

Daniel Karsch

# Alternativen zur neoliberalen Globalisierung für eine nachhaltige Entwicklung





GRAUE REIHE DES  
INSTITUTS FÜR STADT- UND REGIONALPLANUNG  
Technische Universität Berlin

FORUM STADT- UND REGIONALPLANUNG E.V.  
Herausgeber der Schriftenreihe

Heft 16  
Berlin 2008

Die Beiträge der Grauen Reihe dienen der zeitnahen Publikation von Arbeiten im Internet, die aktuelle wissenschaftlich oder planungsbezogen relevante Themen angehen und sich mit unterschiedlichen Positionen in Politikbereichen der Stadt- und Regionalplanung, Stadtgeschichte und Stadtentwicklung, des Wohnungswesens und des Planungs- und Baurechts auseinandersetzen. In dieser Reihe finden Sie u. a. Diplomarbeiten, Tagungs- und Veranstaltungsdokumentationen oder Forschungsberichte.

HERAUSGEBER DER GRAUEN REIHE  
**Forum Stadt- und Regionalplanung e.V.**  
c/o Institut für Stadt- und Regionalplanung  
Sekretariat B7  
Hardenbergstr. 40a, 10623 Berlin  
▷ [www.isr.tu-berlin.de](http://www.isr.tu-berlin.de)

VERLAG UND VERTRIEB  
**Universitätsverlag der Technischen Universität Berlin**  
Universitätsbibliothek im VOLKSWAGEN-Haus  
Fasanenstraße 88, 10623 Berlin  
▷ [publikationen@ub.tu-berlin.de](mailto:publikationen@ub.tu-berlin.de)

LAYOUT, PRODUKTION UND UMSCHLAGGESTALTUNG  
**André Ruppert**  
Publikationsstelle  
Institut für Stadt- und Regionalplanung  
▷ [publikationen@isr.tu-berlin.de](mailto:publikationen@isr.tu-berlin.de)

Das Titelbild zeigt eine Aufnahme von Containern auf einem unbekanntem Schiff im Hafen von Southampton (UK). Die Aufnahme ist unter Berücksichtigung der Creative Common License der Webseite [www.freefoto.com](http://www.freefoto.com) entommen.

Daniel Karsch

**Alternativen zur neoliberalen Globalisierung  
für eine nachhaltige Entwicklung**



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	<b>9</b>
1.1 Hintergrund	9
1.2 Aufbau der Arbeit	9
<b>Theoretische Hintergründe: Globalisierung und nachhaltige Entwicklung</b>	<b>11</b>
2.1 Globalisierung	11
Begrifflichkeit	11
Ideologischer und theoretischer Hintergrund	11
Geschichtliche Herausbildung des globalen Wirtschaftssystems	12
Beobachtete Entwicklungen durch die Globalisierung	13
2.2 Nachhaltige Entwicklung	14
Die Ursprünge – der Club of Rome und der Brundtland-Bericht	14
Begrifflichkeit	14
Darstellung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung	15
Internationale Konferenzen zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung	15
Formulierung der ersten Leitfrage	16
<b>Die negativen Folgen der Globalisierung</b>	<b>17</b>
3.1 Grundlegende Mechanismen	17
3.2 Übertragung nicht nachhaltiger Lebensstile	18
3.3 Die Macht transnationaler Konzerne	18
3.4 Die geplante Spaltung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern	19
3.5 Zunahme von Armut und gesellschaftlicher Spaltung	20
3.6 Folgen der Globalisierung für Umwelt und Klima	21
3.7 Die Begrenztheit fossiler Energieträger	22
3.8 Zusammenfassung der Ergebnisse und Beantwortung der ersten Leitfrage	23
<b>Alternativen zur heutigen Globalisierung</b>	<b>25</b>
4.1 Formulierung der zweiten Leitfrage	25
4.2 Der Global-Governance-Ansatz	25
Die Legitimationskrise der Global Governance Institutionen	26
Ansätze einer veränderten Global Governance	26
Der Aspekt von Macht	27
Internationale Regime und Abkommen	27
Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Globalisierung	28
4.3 Der Deglobalisierungsansatz	28
Krisenanfälligkeit des Weltmarkts	29
Vermeidung ökologischer und sozialer Kosten durch Deglobalisierung	29
Raum für regionale Unterschiede	30
Unmittelbare Betroffenheit durch räumliche Nähe	30
Unausweichlichkeit von Deglobalisierung	30
4.4 Zusammenfassende Diskussion über die Tauglichkeit beider Ansätze	31
4.5 Vereinbarkeit beider Ansätze	31
4.6 Beantwortung der zweiten Leitfrage	32

<b>Deglobalisierungskonzepte</b>	<b>33</b>
<b>5.1 Inhalte von Deglobalisierungskonzepten</b>	<b>33</b>
<b>5.2 Ausgewählte Beispiele</b>	<b>34</b>
Importsubstitution	34
Agropolitan Development	34
Bioregionalismus	35
<b>5.3 Diskussion der Beispiele</b>	<b>36</b>
Vergleich der drei Konzepte	36
Inhaltliche Vereinbarkeit der drei Konzepte	36
<b>5.4 Die Umsetzbarkeit von Deglobalisierungskonzepten</b>	<b>37</b>
Probleme bei der Umsetzung	37
Chancen für eine Umsetzung	38
<b>5.5 Zwischenfazit</b>	<b>39</b>
<b>Fazit</b>	<b>40</b>
<b>Reflexion und Ausblick</b>	<b>41</b>
<b>Quellenverzeichnis</b>	<b>42</b>
<b>8.1 Literatur</b>	<b>42</b>
<b>8.2 Internet</b>	<b>43</b>

## **Abkürzungsverzeichnis**

- BIP** – Bruttoinlandsprodukt
- FDI** – ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment)
- GATT** – Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trades)
- HDI** – Human Development Index
- IBRD** – International Bank for Reconstruction and Development
- IFG** – International Forum on Globalization
- IEA** – International Energy Agency
- IMF** – Internationaler Währungsfonds (International Monetary Fund)
- MDGs** – Millennium Development Goals
- NGO** – Nichtregierungsorganisation (Non-Governmental Organisation)
- PRSP** – Poverty Reduction Strategy Paper
- SAP** – Strukturanpassungsprogramm
- TNK** – Transnationale Konzerne
- UN** – Vereinte Nationen (United Nations)
- UNCED** – United Nations Conference on Environment and Development
- UNCTAD** – UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development)
- UNDP** – United Nations Development Programme
- WCED** – Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (World Commission on Environment and Development)
- WTO** – World Trade Organisation



# Einleitung



## 1.1 Hintergrund

Seit der Veröffentlichung der Studie *Limits to Growth* im Jahr 1972 durch den *Club of Rome* und spätestens seit erscheinen des Berichts *Our Common Future* durch die von den *Vereinten Nationen (United Nations, UN)* ins Leben gerufene *Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (World Commission on Environment and Development, WCED)* im Jahr 1987 ist in Öffentlichkeit und Politik die Diskussion über die Vereinbarkeit gängiger Wirtschafts- und Lebensweisen mit einer dauerhaft erstrebenswerten Zukunft entbrannt. Eine wichtige Erkenntnis war dabei, dass die Ursachen für die zerstörerische Entwicklung der heutigen Zeit vielfältig und in allen gesellschaftlichen Handlungsbereichen zu suchen sind. Daher wurden zur Lösung der globalen Probleme eine umfassende Herangehensweise angestrebt sowie unzählige Handlungsprogramme und Selbstverpflichtungen erstellt. Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung hat dabei eine zentrale Bedeutung. Aktuelle Entwicklungstrends sind jedoch beängstigend und die zahlreichen Probleme in allen gesellschaftlichen Bereichen haben sich seit Aufkommen des Begriffs einer nachhaltigen Entwicklung eher verstärkt als gemindert. Es drängt

sich die Vermutung auf, dass die Ursachen für die fehlende nachhaltige Entwicklung in unseren grundsätzlichen Lebens- und Wirtschaftsweisen liegen. Insbesondere werden dabei die Globalisierung und ihre politische Strategie, der Neoliberalismus, vielfach kritisiert. Die vorliegende Arbeit soll sich mit den Symptomen und Ursachen heutiger Entwicklungstrends auseinandersetzen und diese in einen Zusammenhang mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung setzen. Dabei sollen auch mögliche alternative Strategien thematisiert werden, welche die Möglichkeit einer nachhaltigen Entwicklung grundsätzlich ermöglichen. Mit dem Global-Governance-Ansatz und dem Deglobalisierungsansatz haben sich dabei in der wissenschaftlichen Diskussion zwei mögliche Lösungswege herauskristallisiert haben, welche sich inhaltlich stark voneinander unterscheiden. In beiden Fällen handelt es sich jedoch nur um einen theoretischen Rahmen, welcher in Form konkreter Konzepte auszufüllen wäre. Auch diesem Aspekt soll sich die vorliegende Arbeit widmen.

## 1.2 Aufbau der Arbeit

Im Rahmen dieser Arbeit erfolgt zunächst eine Auseinandersetzung mit

den Begriffen ‚nachhaltige Entwicklung‘ und ‚Globalisierung‘, um die notwendigen theoretischen Grundlagen zu klären. Danach werden beide Begriffe aufeinander bezogen und die erste Leitfrage dieser Arbeit formuliert. Anschließend sollen die mit der Globalisierung verbundenen Probleme im Hinblick auf eine nachhaltige Zukunft herausgearbeitet werden. Zum Ende des ersten Abschnittes sollen die Ergebnisse zusammengefasst und die erste Leitfrage beantwortet werden.

Von den gewonnenen Erkenntnissen ausgehend stellt sich die Frage nach möglichen alternativen Wegen zum Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung. Dieses Thema liegt der zweiten Leitfrage der vorliegenden Arbeit zu Grunde, der im anschließenden Teil nachgegangen werden soll. Dabei sollen mit dem Global-Governance-Ansatz und dem Deglobalisierungsansatz zwei grundlegend unterschiedliche Lösungsstrategien vorgestellt und diskutiert werden. Im Anschluss erfolgt die Beantwortung der zweiten Leitfrage in einem Zwischenfazit.

Nach dieser eher allgemeinen Betrachtung sollen beispielhaft konkrete Konzepte vorgestellt werden, welche den als hoffnungsvoller befundenen Ansatz konkretisieren und mit Inhalt ausfüllen sollen. Nach einer inhaltlichen Diskussion soll anschließend auch auf Probleme und Chancen einer Umsetzung solcher Konzepte eingegangen werden. Zum Schluss sollen im Fazit und Ausblick die gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst und sich ergebende Fragen aufgeworfen werden.

# Theoretische Hintergründe: Globalisierung und nachhaltige Entwicklung

Auf den folgenden Seiten wird das Verhältnis von Globalisierung und nachhaltiger Entwicklung thematisiert. Hierfür ist es zunächst notwendig, sich mit beiden Begriffen, wie sie in diesem Kontext verstanden werden, auseinanderzusetzen. Danach sollen der Zusammenhang zwischen ihnen hergestellt und die Leitfrage für den folgenden Teil der vorliegenden Arbeit formuliert werden.

## 2.1 Globalisierung

### Begrifflichkeit

Der Begriff der Globalisierung wird für unterschiedliche Phänomene benutzt. Dabei sind genaue Bedeutung und Inhalt oft unklar. Überwiegend wird unter Globalisierung vor allem „die Beseitigung von Hemmnissen für den freien Handel und die Integration der nationalen Volkswirtschaften“ (Stiglitz 2004, S. 7) verstanden. Auch in der vorliegenden Arbeit soll sich der Begriff Globalisierung auf die wirtschaftliche Dimension konzentrieren und darunter „ein historischer Prozess verstanden (werden), in dem mächtige Akteure eine weltweite Integration von Wirtschaftssektoren und Produktionssystemen bewirken, die zuvor territorial weitgehend getrennt waren“ (Schamp 1997, S. 209). Mit diesen ökonomischen Prozessen geht zudem eine gesellschaftliche

Globalisierung einher, was sich u. a. im Transfer von Kultur und Lebensstilen äußert (Vgl. Konter 2005, S. 12)<sup>1</sup>.

Globalisierung umfasst somit verschiedene Phänomene und hat Folgen für unterschiedlichste gesellschaftliche Bereiche. Wegen der überragenden Bedeutung wirtschaftlicher Aspekte erscheint eine Definition wie die gewählte dennoch zweckmäßig, wobei an geeigneter Stelle auch andere Aspekte hervorgehoben werden sollen.

In der vorliegenden Arbeit werden neben Globalisierung weitere Begriffe verwendet. Begriffe wie ‚das heutige Wirtschaftssystem‘ ‚das hegemoniale Entwicklungsmodell‘ oder ‚neoliberale Globalisierung‘ beziehen sich dabei auf spezielle Aspekte von Globalisierung bzw. auf Rahmenbedingungen, welche in engem Zusammenhang mit ihr stehen.

<sup>1</sup> An dieser Stelle soll bereits erwähnt werden, dass der bedeutende Aspekt der Finanz- und Kapitalmärkte keine zentrale Rolle in der vorliegenden Arbeit einnimmt. Diese stellen ein besonderes Phänomen dar, weil sie seit ihrer Liberalisierung weitgehend losgelöst von der Entwicklung der nationalen wie internationalisierten Produktion zu betrachten sind. Je nach Angaben wird angenommen, dass 98 bis 99 % des Geldes auf dem Weltmarkt als Zahlungsmittel auf den Geld-, Devisen- und Kapitalmärkten fließt und nicht durch einen Warenwert gedeckt ist. (Vgl. Konter 2005, S. 12; Sachs 2004, S. 401f)

### Ideologischer und theoretischer Hintergrund

Um den Prozess der Globalisierung nachvollziehen zu können, werden zunächst die ideologischen Hintergründe, welche dieser Entwicklung zu Grunde liegen, erläutert. Die Wurzeln der Globalisierung liegen im Liberalismus und reichen somit zeitlich bis ins 18. Jahrhundert zurück. Auch wenn sich theoretisch noch frühere Wurzeln finden ließen, kann der Liberalismus auf die Theorien von Adam Smith und David Ricardo aus dem 18. bzw. frühen 19. Jahrhundert zurückgeführt werden. Während für Smith, als Begründer der Volkswirtschaftslehre, moralische und ethische Beweggründe ausschlaggebend für selbstbezogenes Handeln und die Maximierung von Eigennutzen waren, sah Ricardo den Liberalismus als Instrument zur Verwirklichung ökonomischer Interessen. Dabei bezieht er sich auf die Möglichkeit der Maximierung des Gesamtnutzens und des Wohlstands durch größtmögliche Spezialisierung. In dieser Sichtweise liegt bereits die Logik weltweiter Arbeitsteilung, eines globalen Wirtschaftssystems und des Freihandels. An die Sichtweisen von Smith und Ricardo schließt sich gleichermaßen die Forderung nach freiem, vom Staat unbeeinflusstem Leben an, wodurch der größtmögliche Nutzen für die

Gesellschaft zu erzielen sei. (Vgl. Atkinson 2003, S. 2 ff.; Atkinson 2005, o. S.)

Eng verbunden mit dem Liberalismus ist die Ideologie des Neoliberalismus. Wie aus den Begrifflichkeiten zu erkennen handelt es sich dabei um eine Wiederbelebung der eben skizzierten Werte in der heutigen Zeit. Dem Staat kommt dabei die Rolle zu, das Funktionieren der Märkte zu sichern, während die Freiheit von Individuen und Unternehmen keinesfalls durch staatliche Intervention eingeschränkt werden – eine Haltung, die auch als Laissez-faire-Politik umschrieben wird. Gleichzeitig wird in extremer Weise auf die selbst regulierenden Kräfte der Märkte vertraut. Den entsprechenden wirtschaftswissenschaftlichen Hintergrund stellt die Neoklassik mit ihren hochabstrakten Modellen dar. Ohne späteren Kapiteln zu sehr vorzugreifen, soll bereits an dieser Stelle erwähnt werden, dass sich der Neoliberalismus als politisches Programm seit den 70er Jahren zur herrschenden politischen Ideologie entwickelt hat. Neoliberalismus wird heute oft als Schlagwort für die praktizierten Politiken benutzt, welche die Globalisierung systematisch vorantreiben. (Vgl. Brand et al 2000, S. 57 ff.)

Der Wirtschaftswissenschaftler John Williamson hat zehn, dem Neoliberalismus zu Grunde liegende Politikinstrumente und Regeln für das Handeln von Staaten zusammengefasst, welche als ‚Washington Konsens‘ bezeichnet werden. Zu diesen Strategien gehören u. a. Marktliberalisierung durch Deregulierung, Privatisierung, Handelsliberalisierung und das Vertrauen auf Marktkräfte. (Vgl. Bello 2004a, S. 2 ff. und S. 13; Williamson 1990, o. S.)

Die wirtschaftliche Globalisierung kann als logische Folge neoliberaler Theorien angesehen werden. Der weltweite Wettbewerb unter den skizzierten Bedingungen erlaubt das Überleben nur dem, der das Beste aus den gegebenen Möglichkeiten macht und am effizientesten wirtschaftet. Dabei setzt sich, analog zu

Ricardos ‚Theorie komparativer Kostenvorteile‘<sup>2</sup>, der Standort als Produktionsort für ein bestimmtes Gut durch, welcher die günstigsten Produktionsbedingungen stellt. Durch die damit einhergehende Ballung der Produktion bestimmter Güter an einzelnen Orten können dank größerer Produktionsanlagen steigende Skalenerträge und Effizienzgewinne erzielt werden. Prozesse von Spezialisierung und Arbeitsteilung zwischen Staaten und Regionen sind eine ebenso logische Folge wie der zwangsweise zunehmende Warenhandel. Ein zentraler Aspekt, welcher das Funktionieren dieser skizzierten wirtschaftlichen Organisation erst erlaubt und somit als zentraler Pfeiler der Globalisierung und des Neoliberalismus angesehen werden kann, ist der Freihandel. Die Freihandelsideologie versteht die Welt als einen einzigen Marktplatz, welcher umso besser funktioniert, je weniger er durch Regeln und Gesetze eingeschränkt wird. Die hohe Effizienz des skizzierten Systems erlaubt der Theorie folgend, Preise für viele Güter zu senken und somit mehr Menschen verstärkten Konsum zu ermöglichen. Hierdurch sollen Wirtschaftswachstum und der Wohlstand der Nationen dauerhaft gesichert werden. (Vgl. MORRIS 2004, S. 164 ff.; SACHS 2004, S. 393 ff.; RETALLACK / SOBHANI 2004, S. 367 ff.)

Ausgehend von den eben dargestellten Zusammenhängen lassen sich einige Gesetzmäßigkeiten der Globalisierung ableiten, die im weiteren Verlauf der Arbeit von Bedeutung sein werden:

- » Alles, was der Ausweitung der Märkte entgegensteht, schränkt die Spezialisierung ein und erhöht die Kosten; das Funktionieren des Systems bzw. die Position des Unternehmens verschlechtert sich.
- » Nationalstaaten sollen von der Bereitstellung von Gütern für den

eigenen Verbrauch, der Selbstversorgung, abkehren und sich in ein integriertes, international verflochtenes System begeben.

- » Grundlage dieses Systems ist der Handel: er erlaubt den Export von im eigenen Land hergestellten Produkten und den Import dessen, was im eigenen Land fehlt.
- » Stetiges Wirtschaftswachstum ist notwendig, um das System bei dauerhaften Effizienzgewinnen aufrecht zu erhalten. (Vgl. Morris 2004, S. 164 ff.)

### **Geschichtliche Herausbildung des globalen Wirtschaftssystems**

Im vorangegangenen Abschnitt wurden die ideologischen und wirtschaftstheoretischen Hintergründe des heutigen Wirtschafts- und Handelssystems beschrieben, welche den Unterbau der Globalisierung darstellen. An dieser Stelle soll der Blick auf die historische Herausbildung dieses Systems gerichtet werden. Einblicke in den historischen Ablauf verschiedener Prozesse sowie entscheidender Ereignisse schaffen Verständnis dafür, weshalb sich die Welt von weitgehend voneinander unabhängigen und lokal organisierten Einheiten zu einem global integrierten und vernetzten System entwickelt hat. Zudem können so wichtige Aufschlüsse über Hintergründe und Funktionsweisen des Weltwirtschaftssystems sowie die Interessen einzelner Akteure gewonnen werden.

Der Ursprung der Globalisierung ist in Europa zu finden, von wo aus sie in mehrere Phasen andere Teil der Welt erfasst hat. Die Phase der großen Handels- und Entdeckungsreisen europäischer Mächte ab dem 15. Jahrhundert, beginnend mit der Erschließung Amerikas, kann als eigentlicher Beginn der Globalisierung betrachtet werden. Die Macht europäischer Staaten in der Welt wurde durch den aufkommenden Kolonialismus – im Fall Großbritanniens gar mit einer Art Weltreich – begründet und reicht bis in die heutige Zeit. (Vgl. Atkinson 2003, S. 3; Goldsmith 2004, S. 35 ff.)

2 Das Gesetz der komparativen Kostenvorteile bezieht sich auf den Wettbewerbsvorteil, den ein Standort gegenüber einem anderen auf Grund seiner spezifischen Situation vorweist. Komparative Kostenvorteile existieren in zweierlei Form: absolute Standortvorteile (z.B. Klima, in dem ein bestimmtes Produkt angebaut werden kann) und relative Standortvorteile (Produktivitätsvorteil, der durch Spezialisierung entsteht, selbst wenn andere absolut gesehen das Produkt effizienter herstellen könnten). (Vgl. Morris 2004, S. 165)

Doch schritt die Globalisierung seit ihrem Beginn keinesfalls als stetiger Prozess voran. In einigen Phasen, wie etwa nach der Weltwirtschaftskrise 1929, kann sogar von einer Rückwärtsentwicklung die Rede sein. (Vgl. Bello 2004a, S. 12 ff.)

Mit dem Ende des zweiten Weltkriegs stand die Welt vor einer neuen Situation und es wurden langfristige strategische Pläne über zukünftige Entwicklungen und die Neuordnung der Welt geschaffen, welche entscheidend für den weiteren Verlauf der Globalisierung waren. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Konferenz im US-amerikanischen Bretton Woods im Jahr 1944 zu. Kurz vor Ende des zweiten Weltkriegs fand hier die *UN-Konferenz über Finanzen und Währung* statt, bei der es zur Gründung zweier bedeutender Organisationen kam. Dabei handelte es sich um die *International Bank for Reconstruction and Development (IBRD)*, die ein Jahr später in die neu gegründete *Weltbank* einging, und den *Internationalen Währungsfonds (IWF)*. Beide Organisationen werden zusammengefasst auch als *Bretton-Woods-Organisationen* bezeichnet. Zudem wurde auf der Konferenz das Fundament des drei Jahre später ins Leben gerufenen *General Agreement on Tariffs and Trades (GATT)* geschaffen, welches 1995 in die *World Trade Organisation (WTO)*<sup>3</sup> umgewandelt wurde. Diese Institutionen verfolgten über die Jahre das Ziel, wirtschaftliches Wachstum und freien Welthandel zu fördern, auch wenn sich nach anfänglich anderen Aufgaben deren Agenden erst über die Jahre dahingehend gewandelt haben<sup>4</sup>. (Vgl. Korten 2002, S. 58 ff.)

Einschneidende Veränderungen, welche die Globalisierung in der Folgezeit vorantrieben, waren die Einführung freier Wechselkurse im Jahr 1971 und die Wahl neoliberaler

Regierungen in führenden Industrieländern, insbesondere mit Ronald Reagan in den USA und mit Margaret Thatcher im Vereinigten Königreich in den Jahren 1981 bzw. 1979. Zudem wurden viele Entwicklungsländer im Zusammenhang mit der gleichzeitigen Schuldenkrise zu Reformen gedrängt, welche neoliberale Politiken nach sich zogen und das Ziel verfolgten, Verbindlichkeiten gegenüber vielen Industrieländern kurzfristig abzubauen. (Vgl. Bello 2004a, S. 36 ff.)

Die Durchsetzung des Neoliberalismus in diesem Zusammenhang nach einer Phase starker staatlicher Intervention unter dem keynesianischen Wohlfahrtsstaat wird auch als „neoliberale Konterrevolution“ (Brand et al 2000, S. 60) bezeichnet.

Die *Bretton-Woods-Organisationen* wurden dabei zunehmend als Interessensorganisationen der Industrieländer genutzt, um den in ihnen beheimateten Unternehmen Zugang zu günstigen Ressourcen und Absatzmärkten zu sichern und die angesprochenen Reformen in den Schuldnerländern durchzusetzen. Da sowohl der *IWF* als auch die *Weltbank* von ihren eigentlichen Aufgaben entbunden waren, verfolgten sie nunmehr das Ziel, die Entwicklungsländer in eine globalisierte Wirtschaft zu integrieren. (Vgl. Bello 2004a, S. 12 / S. 42; Sachs 2004, S. 390)

Dies geschah vor allem durch so genannte *Strukturanpassungsprogramme (SAP)*, welche als Gegenleistung für finanzielle Kredite Entwicklungsländer dazu zwangen, ihre Grenzen für den Freihandel zu öffnen und ihre Volkswirtschaften von weitgehender Selbstversorgung auf den Export umzustellen. Auch die Handelsabkommen im Rahmen des *GATT* trugen hierzu bei. (Vgl. Korten 2002, S. 58 ff.)

Mit der Umwandlung des *GATT*s in die *WTO* im Jahr 1995 wurde zudem eine mächtige Organisation geschaffen, welche das Ziel der Handelsliberalisierung ambitioniert verfolgt (Vgl. Sachs 2004, S. 390, Bello 2004a,

S. 33). Bereits mit der Gründung der *WTO* wurde in der *Coherence Declaration* ein konzertiertes Vorgehen mit den *Bretton-Woods-Organisationen* beschworen. Globalisierungskritiker Walden Bello sieht in den drei Organisationen, welche er als „heilige Dreifaltigkeit“ bezeichnet, ein System zur weltweiten Durchsetzung des Neoliberalismus. (Vgl. Bello 2004a, S. 11f / S. 33)

Vor allem seit dem Zusammenbruch des Sozialismus ist die aktuelle Phase der Globalisierung durch die Hegemonie des Neoliberalismus geprägt. Er gilt als übergeordnete Politikrichtung allgemein und wird entsprechend praktiziert. (Vgl. Konter 2005a, S. 10f)

### Beobachtete Entwicklungen durch die Globalisierung

Bereits in den vorherigen Abschnitten wurden einige Entwicklungstendenzen angedeutet, welche sich als Folge neoliberaler Politiken und zunehmender internationaler Verflechtung vollziehen. Die erwarteten Effekte sind dabei zum großen Teil eingetreten und sollen kurz umrissen werden.

Wie angesprochen wurden nationalstaatliche Handels- und Investitionshemmnisse in den letzten 20 Jahren rund um die Welt drastisch reduziert und internationale Handelsabkommen im Rahmen des *GATT*s und *WTO* geschlossen. Während der Abbau von Regulierungen in den Industrieländern vor allem durch neoliberale Regierungen vollzogen wurde, geschah dies in Entwicklungsländern zumeist durch die erwähnten *SAP*. Hierdurch sind die erwarteten Spezialisierungsprozesse eingetreten und die internationale Arbeitsteilung hat zugenommen. Hohe Exportquoten für bestimmte Güter in einigen Staaten – wie etwa 99 % des Kaffees auf Burundi (1990) oder 83 % der Baumwolle in Burkina Faso – sind ein Indikator für diese Entwicklung. (Vgl. Retallack 2004, S. 284 ff.)

Gleichzeitig hat sich das globale Produktionssystem verändert. Nur wenige Produkte werden von Anfang bis Ende an einem Ort oder in einem

3 Im Rahmen dieser Arbeit wird anstatt der deutschen Abkürzung WHO (Welthandelsorganisation) die englische Abkürzung WTO verwendet, um Verwechslungen mit der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation oder WHO) zu vermeiden.

4 Während die IBRD vor allem den Wiederaufbau des kriegszerstörten Europas sichern sollte, hatte der IWF zur Aufgabe, das Funktionieren des neu geschaffenen Währungssystems zu sichern.

Land gefertigt. Fertigungsketten für industrielle Produkte schließen in der Regel eine Vielzahl von Staaten ein, wobei jeweils nur einzelne Teilschritte zum Entstehen des Endprodukts beigetragen werden. (Vgl. International Forum on Globalization 2002, S. 188)

Als Folge von Arbeitsteilung, längerer Produktionsketten und steigender Entfernungen zwischen Produzenten und Konsumenten hat sich der weltweite Handel vervielfacht. Insgesamt hat dieser seit 1950 um das Fünzfache zugenommen. (Vgl. Retallack / Sobhani 2004, S. 370) Die jährlichen Wachstumsraten lagen in den letzten zehn Jahren bei durchschnittlich 6,5 % (Vgl. International Monetary Fund 2004, S. 227).

Zum zunehmenden Welthandel trägt das steigende Weltwirtschaftsvolumen entscheidend bei. Dieses hat sich von 1975 bis 2000 verdoppelt (Vgl. Sachs 2004, S. 396). Ausschlaggebend hierfür sind die stetig sinkenden Produktionskosten für viele Grundprodukte in Folge der eingetretenen Produktivitätsgewinne, die sich in sinkenden Preisen niederschlagen (Vgl. Atkinson 2005, o. S.).

Eine andere zu beobachtende Entwicklung ist der Umstand, dass besonders multinationale Großunternehmen und transnationale Konzerne (TNK) entstanden und durch den Abbau von Handelshemmnissen und nationalen Regulierungen in die Lage versetzt wurden, Produktionsstandorte frei an den Ort der für sie günstigsten Produktionsbedingungen zu verlegen. In der Praxis wird dabei die industrielle Produktion auf Grund geringerer Lohnkosten und Umweltauflagen oft von Industrieländern in Entwicklungsländer verlagert. (Vgl. Atkinson 2003, S. 9; Torres 2001, S. 2)

Diese Entwicklung zeigt sich unter anderem in einem starken Anstieg ausländischer Direktinvestitionen (FDI) der TNK in Entwicklungsländern, die sich laut *World Investment Report* zwischen 1970 und 1992 verzehnfachten und bis 1997 noch ein-

mal verdreifachten (Vgl. Retallack 2004, S. 284f).

Weltweit stieg das Volumen der FDI von 380 Milliarden US-Dollar im Jahr 1950 auf 5,86 Billionen US-Dollar im Jahr 1997, was einen Anstieg um das Fünzfache bedeutet und die zunehmende weltweite Verflechtung untermauert (Vgl. Retallack / Sobhani 2004, S. 370).

Diese knappe Darstellung zeigt nur ein grobes und unvollkommenes Bild von einigen direkten Auswirkungen der Globalisierung und entsprechender Politiken. Zahlreiche weitere Folgen werden im weiteren Verlauf der Arbeit thematisiert.

## 2.2 Nachhaltige Entwicklung

### Die Ursprünge – der Club of Rome und der Brundtland-Bericht

Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, wann das Konzept der nachhaltigen Entwicklung entwickelt wurde. Ein unbestrittener Meilenstein war die Veröffentlichung der Studie *Limits to Growth* durch den Club of Rome<sup>5</sup> im Jahr 1972. Diese Studie, die auch als Urstudie der nachhaltigen Entwicklung bezeichnet und nach ihrem Herausgeber oft *Meadows Studie* genannt wird, zeigt verschiedene Zukunftsszenarien über die Erde. Dabei werden die physischen Grenzen, denen das Leben unter gegebenen und zu erwartenden Lebensverhältnissen und Handlungen auf der Welt ausgesetzt ist, deutlich. Die skizzierten, negativen Entwicklungen sind vor allem Folge des exponentiellen Charakters der kritischen Wachstumsgrößen wie Bevölkerung, Umwelterstörung und Rohstoffabbau. (Vgl. Harborth 1991, S.23)

Ein weiterer zentraler Meilenstein war die Veröffentlichung des so genannten *Brundtland-Berichts* mit dem Titel ‚Unsere gemeinsame Zukunft‘ (‚Our Common Future‘) durch die WCED im Jahr 1987. Der *Brundt-*

*land-Bericht*<sup>6</sup> führt in das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ein und fasst die zentralen weltweiten Probleme von Umwelt und Entwicklung zusammen. Eine grundlegende Erkenntnis des Berichts ist die Anerkennung der globalen Krise: „Es gibt keine Umweltkrise, keine Entwicklungskrise und keine Energiekrise – sie alle sind Teil einer einzigen Krise“ (Hauff 1987, o. S. zit. n. Szerenyi 1999, S.8).

Aus der Erkenntnis zur globalen Krise lässt sich ableiten, dass die Ursachen für die Weltprobleme umfassend sind und dass eine Umkehr aktueller Entwicklungstrends weit reichende, alle gesellschaftlichen Bereiche berührende Änderungen umfassen müsste. Zur Lösung wird als anzustrebender Entwicklungspfad die nachhaltige Entwicklung als eine „Verschmelzung von Ökologie und Ökonomie zu einem Netz von Ursache und Wirkung“ (Hauff 1987, S. 5) angegeben.

### Begrifflichkeit

Weltweit existiert eine unzählbare Anzahl verschiedener Definitionen des ursprünglichen aus dem Englischen stammenden Begriffs ‚sustainable development‘, der in deutscher Sprache zumeist mit ‚nachhaltiger Entwicklung‘ übersetzt wird. Wörtlich bedeutet der Begriff soviel wie ‚bewahrende Entwicklung‘, es werden jedoch auch andere Übersetzungen wie ‚dauerhafte Entwicklung‘ oder ‚zukunftsfähige Entwicklung‘ benutzt. Eine passende Übersetzung wird dabei oftmals als Problem angesehen, nicht zuletzt wegen der Doppeldeutigkeit des Begriffs ‚nachhaltig‘ in der deutschen Sprache. Die am häufigsten verbreitete Definition ist die der WCED aus dem *Brundtland-Bericht*. (Vgl. Szerenyi 1999, S.6 ff. )

Hier wird nachhaltige Entwicklung bezeichnet als „eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen kön-

<sup>5</sup> Der Club of Rome ist eine Organisation, die einen globalen Gedankenaustausch zu verschiedenen internationalen politischen Fragen betreibt.

<sup>6</sup> Benannt nach der Leiterin der Kommission und früheren norwegischen Premier- und Umweltministerin Gro Harlem Brundtland.

nen“ (Hauff 1987, S.46 zit. n. ebd., S.9). Aus dieser Definition, welche der vorliegenden Arbeit zu Grunde liegen soll, ergeben sich unterschiedliche Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung, welche im folgenden Abschnitt knapp erläutert werden<sup>7</sup>.

### Darstellung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung

Beim Konzept der nachhaltigen Entwicklung handelt es sich um eine grundlegende Kritik an der gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Dabei zielt es darauf ab, Ziele und Strategien zu formulieren, welche die ökologischen, sozialen und ökonomischen Probleme unserer Zeit lösen sollen. Die drei genannten gesellschaftlichen Bereiche werden auch als Zieldimensionen einer nachhaltigen Entwicklung bezeichnet. Dabei sollen ökologische, soziale und ökonomische Ziele als die drei wesentlichen Zielbereiche der Gesellschaft im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes gleichberechtigt behandelt werden.

Die zu Grunde liegenden Definition aus dem *Brundtland-Bericht* beinhaltet dabei zwei wichtige Aussagen. Mit der Formulierung, dass eine nachhaltige Entwicklung die Bedürfnisbefriedigung sowohl der heutigen als auch zukünftiger Generationen gewährleisten soll, werden die Prinzipien der intragenerativen und intergenerativen Gerechtigkeit formuliert. So leiten sich aus der Definition folgende Forderungen an eine einzuschlagende Entwicklung ab:

- » Die starken Unterschiede zwischen Arm und Reich müssen beseitigt werden.
- » Wohlstand innerhalb der heutigen und zukünftiger Generationen ist gerecht zu verteilen.
- » Grundbedürfnisse müssen weltweit befriedigt werden.
- » Um zukünftigen Generationen die Möglichkeit der Bedürfnisbefrie-

digung zu ermöglichen, muss der natürliche Kapitalstock aufrecht erhalten werden.

Aus diesen Forderungen lassen sich noch keine konkreten Handlungsaufträge ableiten. In der Literatur sowie in wissenschaftlichen Kreisen bestehen unterschiedliche Auffassungen über einzuschlagende Wege. Die Unterscheidung zwischen starker und schwacher Nachhaltigkeit und sich daraus ergebende Annahmen über die Substituierbarkeit des natürlichen Kapitals sind dabei wichtige Aspekte. Zudem handelt es sich bei Begriffen wie ‚Bedürfnissen‘ oder ‚Gerechtigkeit‘ um Worthülsen, welche einen breiten Interpretationsspielraum erlauben. Die gesellschaftlichen Vorstellungen einer nachhaltigen Entwicklung sind keineswegs objektiv zu betrachten und entsprechend kontrovers. (Vgl. Szerenyi 1999, S. 4 ff.)

Einige Forderungen an die Entwicklung der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit können jedoch als Konsens gesehen werden.

- » Eine nachhaltige ökologische Entwicklung zielt darauf ab, die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts dauerhaft aufrecht zu erhalten. Somit ist eine Entwicklung anzusteuern, welche das dauerhafte Funktionieren von Ökosystemen, Material- und Energiekreisläufen sichert. Dies bedeutet eine behutsame Nutzung von Ressourcen und begrenzte Schadstoffemissionen. Dabei ist nicht nur die Aufnahmefähigkeit der Umwelt entscheidend, sondern auch deren produktives Potential sowie deren ästhetische- und Erholungsfunktion.
- » Eine nachhaltige soziale Entwicklung stellt gesellschaftliche Wertvorstellungen dar. Als Ziele können dabei Gerechtigkeitsvorstellungen wie sozialer Ausgleich, soziale Stabilität oder die Sicherung von Grundwerten wie Menschenwürde, Lebensqualität, Frieden, Freiheit, Gesundheit, Gerechtigkeit und Sicherheit genannt werden. Auch Erwerbstätigkeit und -fähigkeit, Teilhabe an der gesellschaftlichen Wohlfahrt und an

gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sind wichtige Ziele. Eine Entwicklung kann nur dann als sozial nachhaltig betrachtet werden, wenn diese über mehrere Generationen hinweg die genannten Werte sichert.

- » Eine nachhaltige ökonomische Entwicklung beinhaltet ein angemessenes wirtschaftliches Wachstum über mehrere Generationen hinweg, wobei die Meinungen über ein solches weit auseinander gehen. Notwendig hierfür ist eine Verbesserung der wirtschaftlichen Gesamtsituation, um Beschäftigung, soziale Sicherungssysteme, Pro-Kopf-Einkommen und Staatsverschuldung in eine positive Richtung zu beeinflussen. (Vgl. ebd., S. 15 ff.)

Es wird schnell deutlich, dass zwischen den Zielbereichen zwangsweise Wechselbeziehungen und Zielkonflikte bestehen. Dadurch gestaltet sich die Suche nach konkreten politischen Strategien zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung als äußerst schwierig.

### Internationale Konferenzen zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung

Eine Operationalisierung des Konzepts nachhaltige Entwicklung wurde verstärkt seit der *UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (United Nations Conference on Environment and Development, UNCED)* in Rio de Janeiro im Jahr 1992 in Angriff genommen. Dabei handelt es sich um die wohl bekannteste Konferenz im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung. Ihre besondere Bekanntheit verdankt die *UNCED* der Agenda 21, einem ihrer fünf Abschlussdokumente. Dabei handelt es sich um eine von mehr als 170 Staaten unterzeichnete politische Willenserklärung zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung. Neben der Agenda 21 wurde auf der Konferenz die Klimarahmenkonvention als Basis des Kioto-Protokolls von vielen Staaten unterschrieben. Auf der *UNCED* stand der Begriff nachhaltige Entwicklung erstmals im Mittelpunkt, doch bereits zuvor erfolgte

<sup>7</sup> Im Rahmen dieser Arbeit soll zusätzlich zum Begriff der nachhaltigen Entwicklung auch die Übersetzung 'zukunftsfähige Entwicklung' benutzt werden. Dies liegt darin begründet, dass sich der Begriff oft insbesondere auf zukünftige Entwicklungen bezieht und die Aussage im Einzelfall so klarer wird.

auf zahlreichen Konferenzen eine Auseinandersetzung mit ähnlichen Themen oder zumindest Teilaspekten einer nachhaltigen Entwicklung. In der Folgezeit der UNCED kam es zu weiteren bedeutenden Konferenzen, wie der Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung in Kairo 1994, dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen 1995, Habitat II in Istanbul 1996 mit dem Schwerpunkt auf Siedlungswesen sowie den Folgekonferenzen der UNCED in New York 1997 und Johannesburg 2002. Bei diesen Konferenzen wurden zahlreiche unterschiedliche Willenserklärungen und Abkommen unterschrieben und Umsetzungsstrategien erstellt. Stets lag diesen die Idee weltweit einheitlicher Regeln zu Grunde, denen sich nach Möglichkeit alle Staaten freiwillig unterwerfen und welche die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung ermöglichen sollten. (Vgl. Aachener Stiftung 2003, o. S.)

#### **Formulierung der ersten Leitfrage**

Inhaltlich stehen Globalisierung und nachhaltige Entwicklung in einem engen Zusammenhang. Beide Begriffe sind in der globalen Politikarena äußerst präsent und befassen sich mit globalen Zusammenhängen und Aspekten. Dabei kommt es oft zu einer inhaltlichen Reduzierung beider Begriffe. Nachhaltige Entwicklung wird oft mit ökologischen Aspekten gleichgesetzt, während Globalisierung vor allem auf ökonomische Aspekte reduziert wird. Nachhaltige Entwicklung kann allerdings als Antwort auf die Globalisierung gesehen werden. Denn durch das verstärkte Aufkommen von Problemen im Zusammenhang mit der Globalisierung wurde das Konzept der nachhaltigen Entwicklung als Antwort auf diese Probleme gefasst. Dieses stellt Forderungen an eine Entwicklung, denen die Globalisierung bisher nicht gerecht wird. (Vgl. Konter 2005b, S. 2)

Bisherige Ansätze und Strategien zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung vermochten jedoch nicht, entscheidende Änderungen herbeizuführen. Zum einen blieben die gestellten Forderungen oft auf einer unkonkreten und abstrakten Ebene,

zum anderen fehlte es ihnen an politischer Verbindlichkeit und oft auch an der notwendigen Konsequenz. Gemeinsam haben die politischen Versuche jedoch, dass sie Wege für eine nachhaltige Entwicklung innerhalb des bestehenden Systems – also einhergehend mit dem bestehenden globalen Wirtschafts- und Handelssystem – suchen. Ob eine solche Vereinbarkeit jedoch grundsätzlich funktionieren kann, ist durchaus zu hinterfragen. Zahlreiche Experten stützen die Auffassung, „dass Nachhaltigkeit in einer wachstumsorientierten, globalisierten Wirtschaft ein ‚Unmöglichkeitstheorem‘ “ (Korten 2004, S. 71) ist. Diese Frage soll im kommenden Teil der vorliegenden Arbeit untersucht werden. Die Leitfrage, der dabei nachgegangen werden soll, lautet:

*Ist Globalisierung, welche auf den Prinzipien des Freihandels und eines integrierten Weltmarkts basiert, grundsätzlich mit einer nachhaltigen Entwicklung zu vereinbaren?*

# Die negativen Folgen der Globalisierung

Zur Beantwortung der Fragestellung sollen in diesem Teil der Arbeit verschiedenen Aspekte zusammengetragen werden, welche als direkte Folgen der Globalisierung angesehen werden können, allerdings im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung als problematisch anzusehen sind. Eine Auseinandersetzung mit ökologischen, sozialen und ökonomischen Folgen analog zu den Dimensionen der Nachhaltigkeit scheint nicht zweckmäßig, da die verschiedenen, zu beobachtenden Phänomene grundsätzlich mehrere Dimensionen umfassen. Daher erfolgt die Auseinandersetzung an dieser Stelle anhand inhaltlich abgrenzbarer Themen, denen in der Literatur eine große Bedeutung zugemessen wird.

Bei diesen Themen handelt es sich im einzelnen um:

- » Grundlegende Mechanismen
- » Übertragung nicht nachhaltiger Lebensstile
- » Die Macht multinationaler Konzerne
- » Die geplante Spaltung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern
- » Zunahme von Armut und gesellschaftlicher Spaltung
- »

- » Folgen der Globalisierung für Umwelt und Klima
- » Die Begrenztheit fossiler Energieträger

## 3.1 Grundlegende Mechanismen

In Kapitel „*Beobachtete Entwicklungen durch die Globalisierung*“ wurde bereits dargelegt, dass einige der angestrebten Ziele neoliberaler Politiken erreicht werden konnten. Gleichzeitig zeigt sich jedoch, dass die ökonomischen Theorien, auf welchen die Denkweise des Liberalismus basiert, zwangsweise auch zu problematischen Entwicklungen führen. Ein grundlegender Kritikpunkt ist, dass sich Nationalstaaten durch den weltweiten Wettbewerb der Standorte untereinander in einem Dilemma befinden: Vor dem Hintergrund weltweiter Konkurrenz liegt ihr Bestreben darin, möglichst attraktive Standortbedingungen zu schaffen, um mit anderen Standorten zumindest mithalten zu können. Dabei verschlechtert jede Art von staatlicher Regulierung, die einschränkende oder restriktive Wirkung entfaltet, die eigene Position im Wettbewerb. Dabei handelt es sich jedoch oft um sinnvolle und im gesellschaftlichen Konsens entstandene Regelwerke

wie z. B. Kündigungsschutz und Umweltauflagen. Als Folge zunehmender Deregulierung ist ein weltweiter „Wettkampf nach unten“ (Retallack 2004, S. 291) in Bezug auf Standards und Regulierungen zu beobachten. Die erhofften Standortvorteile gegenüber Wettbewerbern stellen sich dabei selten ein. Durch entsprechendes Handeln der Konkurrenz werden die Bestrebungen einer Besserstellung konterkariert. (Vgl. Morris 2004, S. 164 ff.)

Gleichzeitig gehen durch die Deregulierung wichtige Instrumente verloren, welche zum Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung unausweichlich sind. Sie bewirkt u. a. negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, gesellschaftliche Spaltung und ökologische Zerstörung, wie an späterer Stelle noch verdeutlicht wird.

Ein weiteres grundsätzliches Problem der Globalisierung liegt in der bewusst angestrebten und auch erreichten Spezialisierung. Diese – im Fall vieler Entwicklungsländer oft im Rahmen von SAP auferlegte – Konzentration ganzer Volkswirtschaften auf wenige Güter macht ganze Staaten abhängig und verwundbar. Hier besteht u. a. die Gefahr, dass sich andere Standorte auf die Herstellung gleicher oder ähnlicher Produkte

(Substitute) konzentrieren, was nicht selten der Fall ist. Dadurch kommt es zu einem vergrößerten wenn nicht sogar Überangebot, was unweigerlich zu einem Preisverfall führt und Existenz gefährdend wirkt. Um die Zahlungsfähigkeit zu sichern reagieren die betroffenen Staaten oft mit radikalem Export des jeweiligen Guts oder der jeweiligen Ressource. (Vgl. Bello 2004b, S. 194f; Sachs 2004, S. 404.)

Dabei wird deutlich, dass die Logik des Freihandels eigenen Gesetzen folgt. Sachs nennt diesen Widerspruch auch „das alte Gesetz, dass der Markt nicht den Bedürfnissen der Menschen, sondern der Kaufkraft folgt“ (Sachs 2004, S. 413)<sup>8</sup>.

Zusammenfassend lässt sich somit folgern, dass grundlegende Mechanismen der Globalisierung – das Herabsetzen sinnvoller Standards für Menschen und Umwelt, die Verwundbarkeit ganzer Staaten oder die sinnlose Überproduktion von Grundgütern – einer nachhaltigen Entwicklung deutlich entgegenstehen.

### 3.2 Übertragung nicht nachhaltiger Lebensstile

Ein grundlegender Kritikpunkt an der Globalisierung ist die Übertragung von Lebens- und Konsumstilen aus den Industrieländern auf andere Teile der Welt. Diese Ausweitung von Werten und Ideologien ging und geht mit Prozessen wie Kolonialisierung, freiem Welthandel und Mediatisierung einher. So hat die Globalisierung nicht nur zu einer Übertragung institutioneller und wirtschaftlicher Modelle, sondern auch zur kulturellen Homogenisierung beigetragen. Heute kann von einer Hegemonie des gesellschaftlichen Entwicklungsmodells der westlich orientierten Industrieländer gesprochen werden. Dazu gehört auch eine Durchsetzung dort herrschender Entwicklungsvorstellungen wie Modernität, Fortschritt, Wachstum und

entsprechender Wertvorstellungen wie materieller Wohlstand, Freiheit und Individualismus. Zudem setzen sich entsprechende, konsumorientierte Lebensstile zunehmend durch. Große Unternehmen haben vor dem Hintergrund stagnierender Absatzzahlen auf den heimischen Märkten in der Handelsliberalisierung die Möglichkeit gefunden, ihre Produkte in allen Teilen der Welt zu verkaufen. Auch Ansichten z. B. über Ernährung, Kunst, Mode oder Schönheit werden in diesem Zusammenhang – insbesondere durch Werbung für entsprechende Produkte und die Medien – bis in die entlegensten Winkel der Welt übertragen. Die Kritik an dieser Entwicklung bezieht sich zum einen auf die Entwertung lokaler Traditionen und Kulturen. Diese bleiben oft lediglich als ‚Folklore‘, ‚regionale Besonderheit‘ oder als ‚regionales Profil‘ bestehen. Ein Nichtanpassen der eigenen Kultur an das globale System kann dabei einer erfolgreiche Partizipation am Wohlstand entgegenstehen. (Vgl. ATKINSON 2003, S. 9; ATKINSON 2005, o. S.; KONTER 2005a, S. 9 ff.)

Im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung ist jedoch noch bedeutender, dass die übertragenen Lebens- und Konsumstile keineswegs als nachhaltig bezeichnet werden können. Es ist heute unumstritten, dass die Produktions- und Lebensweise in den ‚modernen Industriegesellschaften des Nordens‘, d.h. die Kultur der Industrieländer, in erster Linie für die globale Ressourcenverschwendung und -erschöpfung und für die globale Umweltkrise verantwortlich sind. (Vgl. Konter 2005b, S. 2 ff.)

Ein Blick auf die ressourcen- und energieaufwendigen Lebensweisen der Menschen in den Industrieländern belegt diese Annahme: Nur 20 % der Weltbevölkerung – und dabei handelt es sich vornehmlich um die Bevölkerung der Industrieländer – sind für rund 80 % des weltweiten Ressourcenverbrauchs verantwortlich. Es sind vor allem diese 20 % der Weltbevölkerung, welche durch Überkonsum, Verschwendung von Gütern, Automobilität, Luftverkehr

u. v. m. gleichzeitig den größten Teil an Schadstoffen und Emissionen verursachen. (Vgl. Korten 2002, S. 63)

Besonders die Schadstoffemissionen geben Aufschluss über die Unnachhaltigkeit entsprechender Lebensweisen. Ein US-Bürger setzt im Durchschnitt ca. 5.500 kg Steinkohlenäquivalent frei, wobei der als akzeptierbare Wert bei rund 500 kg liegt (Vgl. Gresh et al 2006, S. 82). Während die USA nur etwa 4 % der Einwohner stellen, sind sie für rund 25 % des Weltölverbrauchs verantwortlich (Vgl. International Forum on Globalization 2002, S.154).

Durch die Ausweitung von Lebensweisen der Menschen aus den Industrieländern werden nicht nachhaltige Lebensstile in vielen Teilen der Welt übernommen. So nimmt beispielsweise die Automobilisierung in neu industrialisierten Staaten wie Südkorea oder Thailand stark zu. Zu Beginn der Neunzigerjahre waren hier jährliche Zuwachsraten von 25 bzw. 40 % zu verbuchen, was, abgesehen von vielen anderen negativen Folgen, eine erhebliche Luftverschmutzung sowie einen negativen Einfluss auf das Klima zur Folge hatte. (Vgl. Retallack 2004, S. 286)

### 3.3 Die Macht transnationaler Konzerne

Die besondere Rolle der TNK bei der Globalisierung wurde bereits angeschnitten. Wie erwähnt, ist eine verstärkte Herausbildung multinationaler Unternehmen im Zuge der Globalisierung zu beobachten. Durch zunehmende Konkurrenz und den Zwang zu mehr Effizienz und Wachstum im verschärften Wettbewerb kommt es zu Konzentrationsprozessen auf Grund von Fusionen oder Ausschalten der Konkurrenz. Hierdurch entstehen immer größere, flexiblere und oft nicht einem einzelnen Nationalstaat zuzurechnende Großunternehmen. (Vgl. Retallack / Sobhani 2004, S. 378 und Morris 2004, S. 164 ff.)

<sup>8</sup> Der Aspekt der Abhängigkeit von nichtbeeinflussbaren Prozessen auf dem Weltmarkt wird an späterer Stelle unter Punkt 4.3.1 noch detailliert thematisiert.

Die Tatsache, dass 1997 51 der 100 größten Wirtschaftseinheiten der Welt Unternehmen und nicht Nationalstaaten waren, gibt einen Einblick in die Bedeutung dieser Konzerne (Retallack 2004, S. 291). Gerade einmal 1 % dieser TNK gehört die Hälfte aller ausländischen Direktinvestitionen der Welt (Vgl. Clarke 2004, S. 110). Die Einnahmen von *General Motors* und *Ford* übertreffen dabei das Bruttoinlandsprodukt (BIP) aller afrikanischer Staaten südlich der Sahara. Die Beispiele von Agrarkonzernen wie *Cargill* oder *Pepsico*, die weltweit rund 70 % des Welthandels mit Nahrungsmitteln kontrollieren<sup>9</sup> unterstreicht die enorme Macht dieser Konzerne. (Vgl. Retallack / Sobhani 2004, S. 372 ff.). Während die Theorien der Globalisierung Wettbewerb predigen, werden gleichzeitig Konzentrationen von Macht und marktbeherrschende Stellungen sichtbar (International Forum on Globalization 2002, S. 123). Während Nationalstaaten in ihrer Handlungsfähigkeit immer stärker eingeschränkt werden, machen wenige „Global Players“ ihre Macht geltend und können Politik und globale Ökonomie steuern. Dabei sind Unternehmen, anders als gewählte Regierungen, grundsätzlich nicht demokratisch legitimiert und haben folglich auch keine moralischen Verpflichtungen<sup>10</sup>. Ihr einziger Auftrag besteht darin, ihre eigenen Gewinninteressen und die ihrer Aktionäre durchzusetzen. Dabei werden Standorte untereinander ausgespielt und so der dargestellte globale „Wettlauf nach unten“ (Retallack 2004, S. 291) gefördert (Vgl. Clarke 2004, S. 110; Mander 2004, S. 132 ff.).

Zudem werden Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitiken maßgeblich von mächtigen Unternehmen und ihren Lobbies beeinflusst. Die Wahlkampfunterstützungen für die beiden großen Parteien in den USA sind ein be-

kanntes Beispiel dafür<sup>11</sup> (Vgl. Sachs 2004, S. 402).

Entscheidend ist auch der Einfluss der TNK auf internationale Abkommen. Die Konzerne – oftmals von mächtigen Lobbies vertreten – spielen dabei eine zentrale Rolle und versuchen, die Handelsbedingungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. (Vgl. Retallack / Sobhani, S. 374)

Besonders die *WTO* wird häufig als Instrument von mächtigen Unternehmen angesehen, ihren Interessen Gewicht zu verleihen. Dies zeigt sich z. B. darin, dass Nationalstaaten bei wichtigen Verhandlungen nicht von politischen Vertretern, sondern von Anwälten der in ihnen beheimateten Unternehmen vertreten werden. (Vgl. Bello 2004a, S. 54 und Retallack / Sobhani 2004, S. 379)

Somit lässt sich schlussfolgern: Die TNK spielen in der heutigen Globalisierung eine zentrale Rolle, sind treibende Kraft und Hauptgewinner zugleich. Daher wird oft auch der Begriff „Corporate Globalization“ (Carr 2004, S. 1) benutzt. Es scheint unwahrscheinlich, dass eine Gesellschaft als nachhaltig bezeichnet werden kann, wenn die für sie geltenden Regeln von Unternehmen gemacht werden, die nur sich selbst verpflichtet sind (Vgl. International Forum on Globalization 2002, S. 122f).

### 3.4 Die geplante Spaltung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern

Durch die Prozesse der Globalisierung ist eine verstärkte Spaltung der Welt in Gewinner und Verlierer zu beobachten. Diese hat unterschiedliche Ausprägungen, für welche im einzelnen wiederum unterschiedliche Ursachen bestehen. Eine besondere Ausprägung ist die räumliche Spaltung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Während einige Regionen und Nationen erfolgreich in den Weltmarkt integriert sind und an Wohlstand und Wachstum partizipieren können, bleibt anderen

Staaten oder Regionen dieser Zugang verwehrt. Trotz Anstrengungen zur „nachholenden Modernisierung“ seitens vieler Entwicklungsländer wächst diese Spaltung stetig an. (Vgl. Konter 2005a, S. 11 ff.)

Dass die Ursachen für diese ungleiche und ungerechte Entwicklung mit der Globalisierung zusammenhängen, wurde bereits bei der Auseinandersetzung mit ihrer geschichtlichen Entwicklung deutlich (siehe auch Gliederungspunkt 2.1.3). Die Ungleichheiten sind als Folge des strategischen Handelns der Industrieländer zur Ausweitung der eigenen Macht – zunächst durch Handelsreisen und Kolonialismus, später durch die Schaffung des heutigen institutionellen Rahmens – zu verstehen. Fehlende politische Stabilität und staatliche Kapazität, notwendige Grundvoraussetzungen zu schaffen, haben es vielen ehemaligen Kolonien nach ihrer Unabhängigkeit unmöglich gemacht, in einem sich herausbildenden globalen Wirtschaftssystem erfolgreich bestehen zu können. So konnten diese Staaten weder die notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen schaffen, noch ihre heimische Wirtschaft auf andere Weise ausreichend unterstützen, wie es viele Industrieländer taten. Später wurden vor allem die Organisationen *IWF*, *Weltbank* und *GATT* bzw. *WTO* genutzt, um den heutigen Industrieländern sowie den in ihnen beheimateten TNK eine Durchsetzung der eigenen Interessen zu ermöglichen. (Vgl. BELLO 2004a, S. 42 ff.; BELLO 2004b, S. 192 ff.; KORTEN 2004, S. 60 ff.)

Das gemeinsame Vorgehen der drei Organisationen im Sinne neoliberaler Politikleitlinien - bereits auf der ersten Sitzung der neu gegründeten *WTO* in Singapur im Jahr 1996 offiziell erklärt – hat die Vormachtstellung der Industrieländer aufrecht erhalten oder sogar ausgebaut. (Vgl. Bello 2004a, S. 33 und Brand et al 2000, S. 103)

Ein Blick auf das Vorgehen der genannten Organisationen gibt einen Eindruck über die Art und Weise, wie Interessen einseitig repräsentiert

<sup>9</sup> der erstgenannte Konzern kontrolliert allein 60 % des weltweiten Getreidehandels.

<sup>10</sup> Dennoch muss von einer sozialen Verantwortung gesprochen werden, welche Unternehmen haben und der sie versuchen, gerecht zu werden. In diesem Zusammenhang ist insbesondere der Ansatz *Corporate Social Responsibility* von Bedeutung. Auch wenn keine weitere Auseinandersetzung mit diesem Ansatz geschehen soll, wird darauf hingewiesen, dass dessen Möglichkeiten als sehr beschränkt gelten können.

<sup>11</sup> Dabei wird als Gegenleistung für die Zuwendungen ein entsprechendes Maß an Loyalität und eine den eigenen Interessen entsprechende Politik erwartet.

tiert werden. In der WTO werden beispielsweise formal alle Entscheidungen einstimmig und per Konsens aller Mitglieder gefällt. In der Praxis werden diese jedoch in geheimen Absprachen der mächtigsten Mitglieder untereinander – sogenannten ‚Green-Room-Discussions‘ – vorbereitet oder Staaten unter Druck gesetzt bzw. mit Zuwendungen überzeugt. Folglich sind es letztendlich wenige, mächtige Staaten und die in ihnen beheimateten TNK, welche Entscheidungen von weltweiter Bedeutung treffen. Auf diese Weise lassen sich widersprüchliche WTO-Entscheidungen, wie die Tolerierung hoher Subventionen der Landwirtschaft der EU und der USA, erklären<sup>12</sup>. (Vgl. Atkinson 2005, o. S.; Bello 2004a, S. 60 ff.)

IWF und Weltbank haben die Spaltung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern vor allem mit den SAP bzw. seit 1999 den *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSP) vorangetrieben. Insbesondere die Ergebnisse der SAP können in Bezug auf erklärte Ziele wie Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung als erfolglos angesehen werden. Nach Aussage des Berichts der *Melzer Commission*<sup>13</sup> haben diese vor allem Stagnation, Armut und wachsende Ungleichheit hervor gebracht (Bello 2004a, S. 32) und oftmals die Möglichkeit einer eigenständigen Entwicklung für Staaten verhindert. Gleichzeitig haben sie den Industrieländern durch die Beschränkung des staatlichen Einflusses, die Privatisierung staatlicher Unternehmen und die Aufhebung der Beschränkungen für ausländische Investitionen Einfluss auf Schlüsselbereiche der nationalen Wirtschaft erlaubt. Durch den Abbau schützender Handelsbeschränkungen im Rahmen dieser Programme wurden den Ökonomien der Industrieländer zusätzliche Absatzmärkte und Zugang zu Rohstoffen geschaffen. Die entsprechenden Staaten hingegen verloren

ihre Unabhängigkeit und wurden zunehmend abhängig von den Mächten des Nordens und den TNK.

Somit sprechen die Vorgehensweisen von WTO, IWF und Weltbank eindeutig dafür, dass die Organisationen hauptsächlich Interessensorganisationen der Industrieländer und der in ihnen beheimateten TNK sind<sup>14</sup>. Anlässlich dieser „heimlichen, strategischen Ziele“ (Bello 2004b, S. 201) wird mitunter auch von einer versteckten Agenda, welche sich hinter den offiziellen Zielen verbirgt, gesprochen. (Vgl. ebd., S. 196 ff.)

Es wird deutlich, dass die räumliche Spaltung der Welt von Beginn der Globalisierung an systematisch vorangetrieben wurde und auch heute durch Organisationen, deren Geschichte von den Industrieländern geleitet werden, institutionalisiert ist (Vgl. Bello 2004a, S. 82; Bello 2004b, S. 196 ff.) Die Folgen dieser Spaltung lassen sich anhand verschiedenster Kennzahlen wie Pro-Kopf-Einkommen, BIP oder durchschnittliches Wirtschaftswachstum bestätigen<sup>15</sup>. Diese geben jedoch nur ein unvollständiges Bild über die wahre Armut der Menschen ab. Der von der UN entwickelte *Human Development Index (HDI)* gibt dabei Aufschluss über die realen Ungleichheiten sowie die tatsächlichen Folgen für die Menschen. Dabei werden z.B. der Zugang zu Gütern, Bildung oder Gesundheit bemessen. Hier bestätigt sich die ausgesprochene Diskrepanz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. (Vgl. United Nations Development Programme 2005, S. 219 ff.)

### 3.5 Zunahme von Armut und gesellschaftlicher Spaltung

Der vorangegangene Abschnitt be-  
zog sich auf die Spaltung zwischen

Weltregionen. Eine andere Art der gesellschaftlichen Spaltung ist die innerhalb von Gesellschaften und Nationalstaaten, welche ebenfalls durch die Globalisierung zunimmt (Vgl. Gresh et al 2006, S. 109). Von besonderer Bedeutung sind dabei die weit reichenden Veränderungen für die Arbeitswelt. Der Zwang zur Konkurrenzfähigkeit im verschärften, weltweiten Wettbewerb drängt Unternehmen dazu, ständig effizienter und Kosten sparender zu agieren. Gleichzeitig wird ihnen durch Deregulierung die Möglichkeit gegeben, hierauf in entsprechender Form zu reagieren. Auswirkungen auf die Arbeitswelt sind dabei u. a. die Substitution menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen, sinkende Löhne in vielen Bereichen, unsichere und ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse sowie Informalisierung und Prekarisierung von Arbeit<sup>16</sup> (Vgl. ebd., S. 110f).

Diese Probleme können auch durch eine stetige Steigerung von Wirtschaftsvolumen und Konsumnachfrage nicht gelöst werden, da positive Effekte durch andauernde Effizienzgewinne aufgezehrt werden. So konnte beispielsweise in Westdeutschland gegenüber 1960 im Jahr 1996 mit nur noch 80 % der Arbeitsstunden der rund 2,7fache Produktionswert geschaffen werden<sup>17</sup> (Vgl. Friedrich / Wiedemeyer 1998, S. 1 ff.).

Als Folge der steigenden Arbeitslosigkeitsszahlen und des zeitgleichen Abbaus öffentlicher Leistungen im Rahmen neoliberaler Politiken ist eine Zunahme von Armut zu verzeichnen. So lebten im Jahr 2000 in Großbritannien 60 % und in den Niederlanden 40 % mehr Familien unterhalb der Armutsgrenze, als dies 1980 der Fall war. Die Globalisierung hat somit auch in Industrieländern zu einem Anstieg von Armut geführt.<sup>18</sup> (Vgl. Gresh et al 2006, S. 109;

12 Diese verstoßen gegen die Ideologie eines freien Marktes mit gleichen Regeln für alle Akteure und fügen vielen Entwicklungsländern erheblichen Schaden zu.

13 Der offizielle Name der Kommission lautet International Financial Institution Advisory Commission. Die Kommission wurde vom US Congress eingesetzt, um die Auswirkungen der Politiken von IWF und Weltbank zu untersuchen.

14 Auch die Tatsache, dass die wichtigsten Positionen beider Organisationen traditionell von einem US-Amerikaner (Weltbank) und einem Europäer (IWF) besetzt werden sowie die Dominanz der Stimmrechte der Industrieländer analog zu ihrem Anteilseigentum untermauern diesen Sachverhalt (Bello 2004b, S. 60 ff.).

15 So leben z.B. die ärmsten 20 % der Weltbevölkerung fast ausschließlich in Entwicklungsländern im südlichen Teil Afrikas, Süd- und Ostasiens sowie Lateinamerikas. (Vgl. United Nations Development Programme 2005, S. 219 ff.)

16 Die Tatsache, dass sich diese negativen Entwicklungen in offiziellen Arbeitsmarktstatistiken nicht ablesen lassen, ist dabei die Folge beschönigter und bereinigter Darstellungen (Vgl. Gresh et al 2006, S. 110f).

17 Die Zahlen sind inflationsbereinigt.

18 Selbst in den reichsten Ländern der Welt leiden heute Menschen an Nahrungsmangel. Demnach haben in den USA rund 10 % der Haushalte und damit 6,1 Mio. Erwachsene und 3,3 Mio. Kinder keinen ausreichenden Zugang zu Nahrungsmitteln.

International Forum on Globalization 2002, S. 6f)

Gleichzeitig lässt sich die Zunahme von Reichtum für einige wenige Menschen beobachten. Zwischen 1979 und 2001 stiegen die Einkommen des reichsten Zehntels der Bevölkerung um 69 %, die des reichsten Hundertstels sogar um 139 % an (ebd. et al 2006, S. 45). Das reichste Fünftel der Weltbevölkerung erwirtschaften rund drei Viertel des weltweiten Einkommens, wobei dem gegenüber die ärmsten 40 % gerade einmal 5 % erwirtschaften, das ärmste Fünftel dabei lediglich 1,5 % (Vgl. United Nations Development Programme 2005, S. 36).

Dass sich diese gesellschaftliche Spaltung parallel zur voranschreitenden Globalisierung vollzieht, verdeutlicht die Entwicklung des Ginikoeffizienten<sup>19</sup>. Während dieser 1960 noch 1:30 betrug, lag er 1990 bei 1:60 und 1997 bereits bei 1:74. Wie Studien von *Weltbank* und *United Nations Development Programme* (UNDP) bestätigen, hat der Wechsel zu einem offenen Handelsregime diese Entwicklung forciert (Vgl. Brand et al 2000, S. 11f). Die Annahme, dass der Wohlstand, welchen die Globalisierung verspricht, durch so genannte ‚Trickle-Down-Effekte‘ zu den Armen ‚heruntersickern‘ würde, hat sich nachweislich als falsch erwiesen (Vgl. International Forum on Globalization 2002, S. 118).

Die dargestellten Ungleichheiten auf der Welt verhindern eine Befriedigung essentieller Grundbedürfnisse für viele Menschen auf der Welt, während im Verhältnis dazu nur wenige Menschen von steigendem Reichtum profitieren können. Dieser Trend als Folge der Globalisierung steht einer nachhaltigen Entwicklung entgegen.

### 3.6 Folgen der Globalisierung für Umwelt und Klima

Die Umwelt ist für den Menschen lebensnotwendig und ohne intakte

<sup>19</sup> Der Ginikoeffizient misst dabei Einkommensunterschiede sowohl innerhalb von Volkswirtschaften als auch zwischen ihnen. Er erfasst die Diskrepanz zwischen dem oberen und dem unteren Bereich der Einkommensverteilung.

Ökosysteme ist ein Überleben nicht möglich. Heutige Entwicklungstrends führen jedoch zu einer extremen Belastung der Umwelt und einer gleichzeitig zunehmenden Erschöpfung nicht regenerativer Ressourcen. Die ökologischen Folgen sind u. a. Entwaldung, der Verlust an Biodiversität, Bodenerosion, Frischwassermangel und Desertifikation (Vgl. Klemme 2002, o. S.). Als eine besonders schwerwiegende Folge der fortschreitenden ökologischen Zerstörung ist der fortschreitende und beschleunigte Klimawandel zu sehen. Nach Aussage vieler Experten stellt dieser das vielleicht größte Problem unserer Zeit dar. Nicht umsonst ist der Klimawandel seit einiger Zeit in den Medien und der Wahrnehmung vieler Menschen überaus präsent. Bereits heute sind die weltweiten Durchschnittstemperaturen um 0,6 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Zeiten gestiegen und die Auswirkungen des Klimawandels sind deutlich erkennbar. Sollte dieser Trend anhalten, sind in Zukunft häufigere und schwerere Stürme, Sturmfluten, Überschwemmungen und damit die verbundene Ausbreitung von Seuchen, aber auch Dürren, Missernten und Waldsterben zu erwarten. Dabei muss der Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung als eine wichtige Ursache für die skizzierten Probleme gesehen werden. (Vgl. Retallack / Sobhani 2004, S. 365 ff.)

Viele Folgen der Globalisierung wirken sich negativ auf Umwelt und Klima aus. So verdrauchen z. B. der zunehmende Handel und Verkehr immer mehr fossile Brennstoffe. Dabei dient der Handel bekanntermaßen nicht dem Ausgleich von Lücken in der heimischen Produktion, vielmehr ist dieser als Folge der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung und Spezialisierung anzusehen. (Vgl. International Forum on Globalization 2002, S. 28f; Sachs 2004, S. 406)

Ebenso wie das zunehmende Transportaufkommen führt die industrielle Produktion selbst zu einem verstärkten Verbrauch von Energie. Dabei ist zu bedenken, dass die zunehmende Automatisierung der Produktion

nicht zuletzt als Folge des Zwangs zur Effizienzsteigerung unter Bedingungen verschärfter Konkurrenz in einem Weltmarkt zu sehen ist. Unabhängig davon, ob der zunehmende Verbrauch an Energie durch zunehmenden weltweiten Handel oder die automatisierte Produktion zu Stande kommt, hat dieser negative Folgen für Umwelt und Klima. Vor dem Hintergrund, dass die Energie vor allem aus fossilen Energieträgern gewonnen wird, stellt deren vermehrter Verbrauch eine der Hauptursachen für den verschärften Klimawandel dar. Gleichzeitig wirft die Abhängigkeit von nicht-regenerativen Energieträgern die Frage nach der Dauerhaftigkeit von Globalisierung auf. Dieser Punkt wird in Abschnitt 3.7 thematisiert.

Ein weiterer Prozess, welcher mit der Globalisierung einhergeht und negative ökologische Folgen mit sich bringt, ist die Deregulierung. Wie bereits in Abschnitt 3.1 erläutert, stellen einschränkende Standards und Regeln unter Bedingungen eines freien Markts und flexibler Großunternehmen einen Standortnachteil für Staaten dar. Umweltstandards haben genau diesen Charakter, so dass sie im Zuge der allgemeinen Deregulierung weltweit abgebaut wurden. (Vgl. Retallack / Sobhani 2004, S. 381)

Das Fehlen ausreichend verbindlicher Auflagen zum Schutz der Umwelt schlägt sich in ihrer zunehmenden Zerstörung nieder. Besonders die TNK nutzen dabei die ihnen gewährte Freiheit und verlagern ihre Produktion dorthin, wo die Umweltauflagen am geringsten bzw. am schlechtesten implementiert sind. Dabei hat sich die geographische Verteilung der Umweltbelastung dahingehend verändert, dass besonders ‚schmutzige‘ Industrien aus den Industrieländern heraus in Entwicklungsländer verlagert wurden, die verstärkt unter den Folgen zu leiden haben. Nachrichten über Umweltkatastrophen in Entwicklungsländern, welche zusätzlich die heimische Bevölkerung in Mitleidenschaft ziehen, sind daher keine Seltenheit. (Vgl. Sachs 2004, S. 412).

Um die negativen Auswirkungen der eben aufgeführten Prozesse auf Umwelt und Klima zu veranschaulichen, soll an dieser Stelle beispielhaft die Funktionsweise der modernen Landwirtschaft kurz erläutert werden. Durch die weltweiten Spezialisierungsprozesse und den Zwang zu hohen Skalenerträgen wurde und wird die Landwirtschaft vielerorts umstrukturiert: Zum einen ist in vielen Staaten eine Spezialisierung auf den Anbau einiger weniger, exportfähiger ‚Cash Crops‘<sup>20</sup> zu beobachten<sup>21</sup>, zum anderen wurden die Produktionsweisen automatisiert und industrialisiert. Die negativen Folgen für die Ökosysteme beginnen dabei bereits mit der Brandrodung der riesigen Flächen, welche für die modernen Anbaumethoden notwendig sind. Die Bewirtschaftung dieser Flächen – also die Ernte, das Pflügen, der Einsatz von Pestiziden, die automatischen Bewässerungssysteme etc. – erfordert einen hohen Energieeinsatz. Diese wird vor allem aus fossilen Brennstoffen gewonnen, was deren fortschreitende Erschöpfung und negative Umweltfolgen, insbesondere für das Klima, nach sich zieht. Heute werden rund 11 % (Benzin) bzw. 29 % (Diesel) des Gesamttreibstoffverbrauchs der USA in der dortigen Landwirtschaft verbraucht. Dabei ist der erhebliche Energieverbrauch der Maschinen für Weiterverarbeitung und Verpackung, für die Herstellung von Pestiziden und den Transport der Produkte noch nicht berücksichtigt. Der zunehmende Einsatz von Chemikalien und Kunstdünger, welcher erhöhte Stickstoffoxidemissionen<sup>22</sup>, Trinkwasserverschmutzung und das Entstehen von Treibhausgasen (Methan) zur Folge hat, stellt ein weiteres großes Problem für Klima und Umwelt dar. (Vgl. Retallack / Sobhani 2004, S. 370 ff.)

Das Beispiel der modernen Landwirtschaft verdeutlicht somit zusammenfassend, wie sich die Prozesse der

20 Als ‚Cash Crops‘ werden ertragreiche landwirtschaftliche Produkte für den Export bezeichnet.

21 Dieser Prozess wurde in vielen Entwicklungsländern nicht freiwillig, sondern im Rahmen von SAPs (heute PRSPs) von IWF und Weltbank forciert, mit dem besonderen Augenmerk auf den Schuldenabbau.

22 10 % der weltweiten Stickstoffoxidemission entstehen allein durch den Einsatz von Kunstdünger.

Globalisierung – insbesondere die Zunahme von Handel durch Spezialisierung, der Zwang zur Effizienzsteigerung und der Abbau ökologischer Regulierungen – negativ auf Umwelt und Klima auswirken.

Neben den genannten Aspekten, welche auf das heutige Weltwirtschaftssystem zurückzuführen sind, muss schließlich auch der Konsum durch private Haushalte beleuchtet werden. Dieser hat sich mit der Durchsetzung ressourcenintensiver Lebensstile und Konsummuster stetig vergrößert und stellt somit ein weiteres ökologisches Problem dar, welches auf die Globalisierung zurückzuführen ist. Dabei sind besonders der steigende Energieverbrauch pro Kopf und die zunehmende Automobilisierung hervorzuheben. (Vgl. ebd., S. 365 ff.)

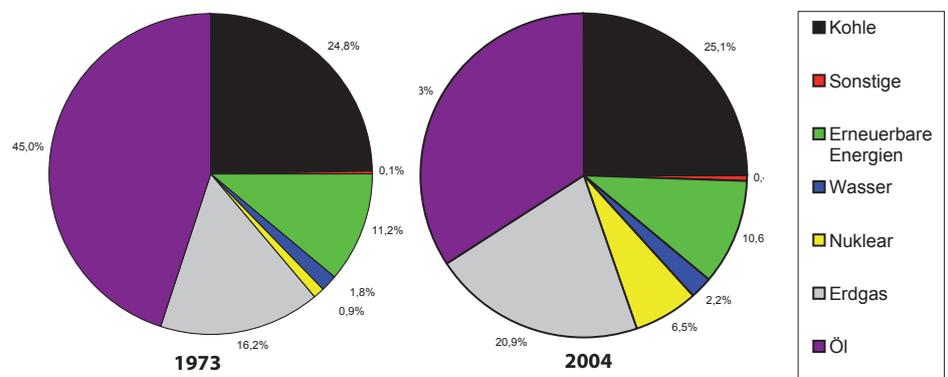
Der stetige Mehrkonsum, welcher zur Aufrechterhaltung des heutigen Wirtschaftssystems unausweichlich ist, vergrößert die ökologischen Probleme. Zudem konterkariert dieser Mehrkonsum mögliche Effizienzgewinne beim Ressourcenverbrauch, welche durchaus erreicht werden können. (Vgl. Sachs 2004, S. 393 ff.)

Es zeigt sich, dass das derzeitige ökonomische System sowie die skizzierten, durch die Globalisierung übertragenen Lebensstile die Lebensgrundlage späterer und bereits heutiger Generationen zerstören. Sie stehen somit einer nachhaltigen Entwicklung entgegen. (Vgl. Retallack / Sobhani 2004, S. 365).

### 3.7 Die Begrenztheit fossiler Energieträger

Die Begrenztheit fossiler Energieträger stellt einen entscheidenden Faktor dar, welcher die Unvereinbarkeit von Globalisierung und einer nachhaltigen Entwicklung aufzeigt. Durch die Endlichkeit fossiler Energieträger werden den energieintensiven Produktions- und Transportweisen sowie Lebensstilen physische Grenzen gesetzt. Abbildung 1 verdeutlicht die weltweite Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, allen voran von Öl. Regenerative Energieträger machen hingegen nur einen geringen Anteil des Energieverbrauchs aus. Auf Grund dieser absoluten Abhängigkeit wird auch von einem „fossilen Entwicklungsmodell“ (Sachs 2004, S. 413) gesprochen. Zudem wird hier, ebenso wie in Abbildung 2 deutlich, dass der Gesamtenergieverbrauch seit 1971 bzw. 1973 deutlich angestiegen ist. Dieser durch die Globalisierung verursachte Anstieg wird durch ein natürliches Bevölkerungswachstum verstärkt. Auch für die Zukunft wird weiterhin ein steigender Energieverbrauch prognostiziert. Die *International Energy Agency (IEA)* geht in einem Szenario bis 2030 von einem durchschnittlichen jährlichen Verbrauchszuwachs von 1,6 % aus, was bedeutet, dass bereits 2015 ein Viertel mehr Energie konsumiert werden würde als noch im Jahr 2004 (Vgl. International Energy Agency 2006a, S. 37).

Kritischen Äußerungen über Zukunftsfähigkeit heutiger Konsum-



**Abbildung 1**  
Anteil einzelner Energieträger am Primärenergieverbrauch weltweit 1973 und 2004  
(Quelle: eigene Darstellung nach INTERNATIONAL ENERGY AGENCY 2006b, S. 6)

muster von Energie wird oftmals entgegen gehalten, dass regenerative Alternativen die fossilen Energieträger substituieren könnten. Untersuchungen der IEA zeigen jedoch, dass in Zukunft sogar ein sinkender Anteil regenerativer Energieträger zu erwarten ist. So scheinen die Bemühungen um Alternativen trotz jahrzehntelanger Forschung und Entwicklung sowie Förderung regenerativer Energien nicht auszureichen.

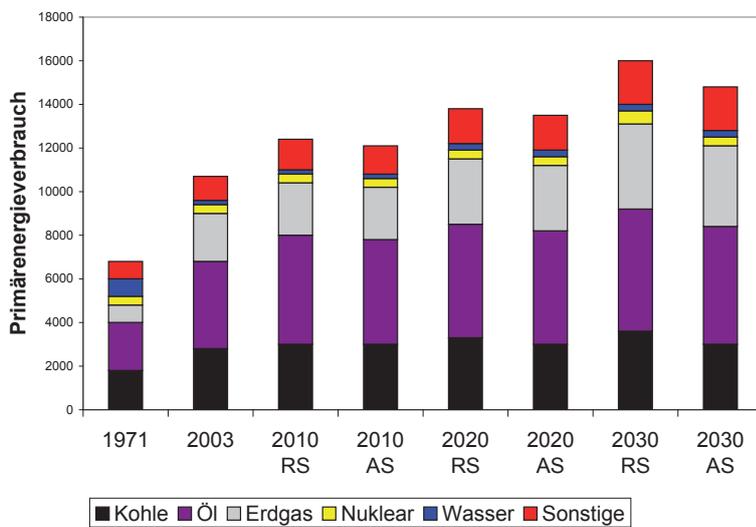
Wie in Abbildung 2 ersichtlich wird, ist der Gesamtumfang hergestellter

regenerativer Energie zwar absolut angestiegen, doch bewirkt der starke Anstieg des Gesamtenergieverbrauchs gleichzeitig eine relative Abnahme. In der Fortschreibung aktueller Trends (RS, Reference Scenario) und selbst unter Annahme politischer Durchbrüche zu Gunsten einer veränderten Energiepolitik (AS, Alternative Scenario) erwartet die IEA bis 2030 einen steigenden Energieverbrauch bei einer Dominanz fossiler Energieträger. (Vgl. ebd. S. 37 ff.) Eine völlige Erschöpfung fossiler Energieträger liegt zwar noch weit in der Zukunft

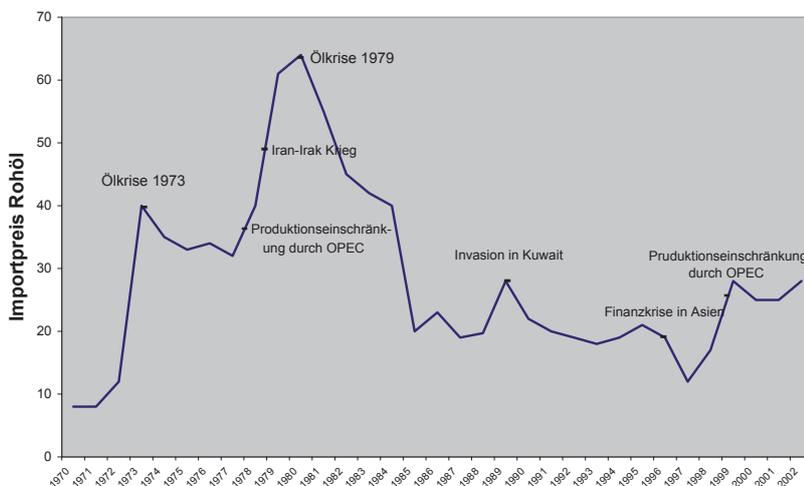
und möglicherweise können andere fossile Energieträger wie Gas noch längere Zeit als Substitut für Öl dienen. Dennoch darf nicht ausgeblendet werden, dass es zu einem Anstieg der Energiepreise durch deren zunehmende Verknappung kommen wird. In diesem Preisanstieg liegt eine weitere ‚Tücke‘: Wie Abbildung 3 zeigt, haben Energiekrisen wie die Ölkrisen von 1973 und 1979 sowie verschiedene Krisenereignisse in der Geschichte zu einem sprunghaften Preisanstieg geführt.

Im Falle solcher Energieschocks kann es vor dem Hintergrund starker gegenseitiger Abhängigkeit in einer globalisierten Welt zu Versorgungsengpässen kommen, wodurch im schlimmsten Fall sogar die Sicherstellung von Nahrung gefährden sein kann. (Vgl. Atkinson 2005, o. S.)

Auch abgesehen von kurzzeitigen Krisen wirkt sich die anhaltende Verknappung fossiler Energieträger dauerhaft negativ auf die Funktionsweise des auf fossilen Energieträgern basierenden Entwicklungsmodells aus. Wenn die Kosten für den Warentransport ansteigen, werden Effizienzvorteile der globalisierten Wirtschaft aufgezehrt. Die Begrenztheit fossiler Energieträger setzt somit dem heutigen Entwicklungsmodell natürliche Grenzen. Ausdrückliche Ziele neoliberaler Politik wie Wirtschaftswachstum, vermehrter Konsum, Wohlstandssteigerung sowie Arbeitsteilung und Welthandel sind dauerhaft nicht aufrecht zu erhalten. Eine Vereinbarkeit von Globalisierung und einer nachhaltigen Entwicklung ist somit im Hinblick auf das Thema Energie nicht gegeben.



**Abbildung 2**  
Gesamtenergieverbrauch nach Energieträger weltweit bis 2030  
(Quelle: eigene Darstellung nach INTERNATIONAL ENERGY AGENCY 2006b, S. 46)



**Abbildung 3**  
Entwicklung der Rohölpreise  
(Quelle: eigene Darstellung nach INTERNATIONAL ENERGY AGENCY 2004, S. 4)

### 3.8 Zusammenfassung der Ergebnisse und Beantwortung der ersten Leitfrage

Auf den vorangegangenen Seiten wurden zahlreichen Aspekte zusammengetragen, welche gegen die Vereinbarkeit einer nachhaltigen Entwicklung mit Globalisierung und den dazugehörigen Politiken sprechen. In der Auseinandersetzung mit den ein-

zelen Themen wurde deutlich, dass die skizzierten Entwicklungen als direkte Folge der Globalisierung anzusehen sind, allerdings im einzelnen einer ökologisch, sozial oder ökonomisch nachhaltigen Entwicklung widersprechen. In einigen Bereichen konnten durchaus positive Entwicklungen erreicht werden, wie beim absoluten Wirtschaftswachstum, der Wohlstandsteigerung für einige Menschen oder einem effizienten Ressourceneinsatz. Jedoch kann eine Entwicklung nur dann als nachhaltig bezeichnet werden, wenn sie ökologischen, sozialen und ökonomischen Zielen gleichermaßen gerecht wird. Wie die Vielzahl der dargestellten Argumente gezeigt hat, ist dies bei der heutigen Form der Globalisierung nicht der Fall.

- » Die Ziele einer nachhaltigen ökologischen Entwicklung können nicht erreicht werden: Das heutige System zerstört die Umwelt durch übermäßige Belastung und überhöhten Abbau von Ressourcen. Es trägt zum weltweiten Klimawandel bei und ist eine Gefahr für Artenvielfalt und den Fortbestand natürlichen Lebens.
- » Die Ziele einer nachhaltigen sozialen Entwicklung werden ebenfalls nicht erreicht: Die Unterschiede zwischen Arm und Reich nehmen zwischen Staaten sowie innerhalb von Staaten durch Globalisierung zu. Viele Menschen können dabei nicht einmal grundlegendste Bedürfnisse befriedigen. Die Wahlmöglichkeiten zukünftiger Generationen werden durch Umweltbelastungen sowie Verknappung von Ressourcen und Energieträgern eingeschränkt. Zudem wird ihre Lebensqualität durch die zerstörerischen Folgen der Globalisierung geschmälert.
- » Auch die Ziele einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung können nicht erreicht werden: Die Dauerhaftigkeit wirtschaftlichen Wachstums ist durch die Endlichkeit fossiler Energieträger und anderer Rohstoffe begrenzt. Gleichzeitig ist ein verlangsamtes Wirtschaftswachstum ebenso in vielen Teilen der Welt zu be-

obachten. Zudem sind negative Auswirkungen auf Beschäftigungsverhältnisse und soziale Sicherungssysteme zu verzeichnen, welche ebenfalls den weltweiten Anstieg von Armut unterstützt haben.

Allein aus der gewählten Nachhaltigkeitsdefinition heraus kann angesichts der dargestellten Folgen der neoliberalen Globalisierung eine inhaltliche Vereinbarkeit beider Begriffe ausgeschlossen werden. Die auf den vorangegangenen Seiten skizzierten Entwicklungen stehen eindeutig und ohne jeden Zweifel im Widerspruch zu einer Entwicklung „die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff 1987, S. 46 zit. n. Szerenyi 1999, S.9).

Deutlich schwieriger ist in diesem Zusammenhang allerdings die Frage zu beantworten, welche Kriterien eine Entwicklung erfüllen muss, um als nachhaltig bezeichnet werden zu können. Das *International Forum on Globalization (IFG)* hat in diesem Zusammenhang verschiedene Kriterien aufgestellt. Wichtige Kriterien sind ökologische Nachhaltigkeit, das Recht auf angemessene Arbeitsbedingungen, Nahrungsmittelsicherheit und Gleichheit. Auch kulturelle, ökonomische und biologische Vielfalt, welche nicht nur den Wert einer Gesellschaft ausmachen, sondern gleichzeitig wichtig für ihr Überleben sind, werden als wichtige Kriterien angesehen. Zudem wird die Verantwortungspflicht von Entscheidungsträgern gegenüber den Trägern der Konsequenzen einer Entscheidung, umschrieben mit dem Schlagwort ‚New Democracy‘, als wichtiges Kriterium für eine nachhaltige Gesellschaft angesehen. Die Autoren des Berichts bezweifeln nicht nur, dass diese Kriterien unter den Bedingungen der Globalisierung erfüllt werden können, sondern erachten Prinzipien der Globalisierung wie Privatisierung, die Ballung von Macht, weltweiten Konkurrenzdruck sowie die Zerstörung von Kulturen und Umwelt als unvereinbar mit ei-

ner nachhaltigen Entwicklung. (Vgl. International Forum on Globalization 2002, S. 54 ff.)

Somit ist eine eindeutige Beantwortung der ersten Leitfrage dieser Arbeit – *Ist das gängige Entwicklungsmodell, welches auf Freihandel und einem globalen, integrierten Weltmarkt basiert, grundsätzlich mit einer nachhaltigen Entwicklung zu vereinbaren?* – möglich. Die Frage kann eindeutig verneint werden. Das heutige Entwicklungsmodell einer neoliberalen Globalisierung ist von Grund auf nicht mit nachhaltigen Entwicklung zu vereinbaren.

1

# Alternativen zur heutigen Globalisierung

Die zahlreichen dargestellten, negativen Folgen haben zu einer Krise der Globalisierung geführt, die sich nicht zuletzt in zunehmenden Protesten gegen ihre treibenden Kräfte widerspiegelt. Dabei haben sich unzählige Bewegungen mit deutlich unterschiedlichem Organisationsgrad formiert<sup>23</sup>, denen gemein ist, dass sie derzeitige Praktiken und organisatorische Strukturen als nicht nachhaltig ansehen. Doch bestehen unterschiedliche Ansichten darüber, wie eine andere, nachhaltige Entwicklung aussehen könnte und auf welchem Wege diese erreicht werden kann. Mit dieser Thematik soll sich der folgende Teil dieser Arbeit auseinandersetzen.

## 4.1 Formulierung der zweiten Leitfrage

Aus der Uneinigkeit über sinnvolle Wege, die im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung einzuschlagen sind, leitet sich die zweite Leitfrage dieser Arbeit ab:

Welche zur heutigen Globalisierung alternativen Entwicklungspfade ermöglichen eine nachhaltige Entwicklung?

Um dieser Frage nachzugehen, sollen zunächst zwei alternative Entwicklungspfade dargestellt werden. Es handelt sich dabei um zwei theoretisch-konzeptionelle Ansätze – namentlich dem Deglobalisierungsansatz und dem Global-Governance-Ansatz – die als zwei unterschiedliche Antworten auf die globale Krise zu verstehen sind. Diese haben grundsätzlich gegensätzliche Charaktere und können daher auch als entgegen gesetzte Paradigmen bezeichnet werden. Alternative Entwicklungs- und Steuerungskonzepte zur neoliberalen Globalisierung, welche heute von Kritikern an aktuellen Entwicklungstrend propagiert werden, lassen sich grob in diese beiden unterschiedlichen Ansätze unterteilen. Beide Ansätze werden auf den folgenden Seiten vorgestellt und diskutiert, um abschließend eine Beantwortung der zweiten Leitfrage zu ermöglichen.

## 4.2 Der Global-Governance-Ansatz

Dem Global-Governance-Ansatz<sup>24</sup> liegt die Logik zu Grunde, dass gemeinsame Weltprobleme auch nach gemeinsamen Lösungen verlangen,

die auf multilateraler und globaler Ebene, also in der globalen Politika-rena, gesucht und gefunden werden müssen. Wichtige Bestandteile dieses Ansatzes sind globale Abkommen, Standards oder Abgaben sowie eine erweiterte Akteurskonstellation unter Einbeziehung von Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), private Unternehmen sowie verschiedenste formellen und informellen Beziehungsgeflechten. (Vgl. Brand et al 2000, S.13; Brunnengräber / Wolf 2003, S.1f)

Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass sich eine liberalisierte Wirtschaft wieder in eine institutionelle Ordnung einbetten lässt. Global Governance stellt den dazugehörigen Referenzrahmen zur Re-Regulierung der entfesselten Globalisierungskräfte. Eine wichtige Grundüberzeugung dabei ist, dass sich Änderungen innerhalb des heutigen funktionalen Wirtschaftssystems herbeiführen lassen. Internationale Arbeitsteilung und Welthandel – als elementare Bestandteile einer globalisierten Weltwirtschaft sollen beibehalten, aber gleichzeitig stärker reguliert und modifiziert werden. Durch diese pragmatische Herangehensweise sollen auch kurzfristige Ziele erreicht und eine grundsätzlich gerechtere oder umweltverträglichere – und somit

<sup>23</sup> Beispiele hierfür sind z.B. ATTAC oder das International Forum on Globalization.

<sup>24</sup> Global Governance wird auch mit ‚Weltordnungspolitik‘, ‚Globale Ordnungspolitik‘ oder ‚Globale Strukturpolitik‘ übersetzt (Brand et al 2000, S. 13).

nachhaltige – Entwicklung ermöglicht werden. (Vgl. Brand et al 2000, S. 9 ff. und International Forum on Globalization 2002, S. 13)

Der Zusammenhang mit einer nachhaltigen Entwicklung wird dabei schon in der Entstehung des Ansatzes deutlich. Der *Brundtland-Bericht* aus dem Jahr 1987, der wie bereits erwähnt, als Geburtsstunde der nachhaltigen Entwicklung gelten werden kann, wird gleichzeitig als Vorläufer des Global-Governance-Ansatzes angesehen, da in ihm weltumspannende, kooperative Lösungen globaler Probleme gefordert werden (Vgl. Brand et al 2000, S. 24).

### Die Legitimationskrise der Global Governance Institutionen

In den bisherigen Ausführungen dieser Arbeit wurde deutlich, dass bereits heute durchaus mächtige globale Steuerungsmechanismen bestehen, welche im Zusammenhang mit Global Governance zu nennen sind. Dazu gehören vor allem die Organisationen *Weltbank*, *IWF* und *WTO*. Auf der anderen Seite ist die *UN* mit ihren zahlreichen Unterorganisationen zu erwähnen, welche nicht zuletzt durch die unter Gliederungspunkt 2.2.4 genannten internationalen Abkommen und Konferenzen Bestrebungen unternommen hat, durch globale Steuerung eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.<sup>25</sup> (Vgl. ebd., S. 89 ff.)

Zwar sind die *UN-Organisationen* gegenüber den erstgenannten weit aus demokratischer organisiert und besitzen somit die größere Legitimation, Entscheidung weltweiten Ausmaßes zu treffen. Dennoch besitzt die *UN* vor allem bei wirtschaftlichen Fragen vergleichsweise wenig Durchschlagskraft und Einfluss. (Vgl. IFG 2002, S. 208 ff.)

Die *Bretton-Woods-Organisationen* und die *WTO* sind im Kontext von Global Governance mächtiger und bedeutsamer – ihr Einfluss wurde bereits in den Abschnitten 2.1.3 und 3.4

thematisiert. Dabei wurde deutlich, dass diese drei Organisationen durch gemeinsames Vorgehen über die Jahre neoliberale Politikleitlinien verfolgten und zu Instrumenten für die Etablierung des Freihandels wurden. Damit üben die Organisationen eine zentrale Rolle bei der Formulierung einer Politik aus, die den Anspruch erhebt, global gültig zu sein. Angesichts aktueller Entwicklungstrends und der einseitigen Interessensausrichtung sind es folglich besonders diese Organisationen, gegen die sich die zunehmende Kritik richtet. Dabei kann von einer „Krise des Globalisierungsprojekts“ (Bello 2004a, S. 24) gesprochen werden, was bei der zentralen Bedeutung der drei Organisationen auch als ‚Legitimationskrise der Global-Governance-Institutionen‘ interpretiert werden kann. (Vgl. ebd., S. 42 ff.; ebd. 2004b, S. 192 ff.; Korten 2004, S. 60 ff.)

Somit scheint das bestehende Global-Governance-System nicht in der Lage zu sein, eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Die Bestrebungen der *UN-Organisationen*, durch ihre einzelnen Programme sowie globale Konferenzen und Abkommen Wege für eine nachhaltige Entwicklung einzuschlagen, sollen an dieser Stelle nicht verschwiegen werden. Doch deren Einfluss, veränderte Rahmenbedingungen zu schaffen, scheint sehr beschränkt. Die inkonsequente Umsetzung der *Agenda 21* und das Scheitern des *Kioto-Protokolls* sind anschauliche Beispiele für die begrenzte Durchsetzungskraft entsprechender Bestrebungen der *UN*. (Vgl. Brand et al 2000, S. 22)

### Ansätze einer veränderten Global Governance

Auf Grund der Erfolglosigkeit und Unfähigkeit des bestehenden Rahmens, eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, haben verschiedene Akteure alternative Global-Governance-Konzepte entwickelt. Diese zielen zumeist auf mehr oder weniger weit reichende Veränderungen in den oben genannten Organisationen ab. Beispiele für solche Akteure sind z. B. die *Commission on Global Governance*, der *Club of Rome*, die

*Gruppe von Lissabon*, das *Institut für Entwicklung und Frieden* oder das *IFG*. (Vgl. ebd, S.9)

Einige Konzepte sprechen sich besonders für eine verstärkte Rolle der *UN* bei der Gestaltung globaler Politik aus. So wird z. B. eine stärkere Rolle des Sicherheitsrats beim Erkennen von Krisen und der Sanktionierung von Verstößen gefordert. Auch die Einrichtung eines Rates für wirtschaftliche Sicherheit unter dem Dach der *UN*, welcher in enger Kooperation mit *IWF* und *WTO* stehen soll, wird vorgeschlagen. Interessant dabei ist, dass die *Bretton-Woods-Organisationen* und die *WTO* in die Konzepte einbezogen werden. Zusätzliche Regelungen oder Organe innerhalb dieser sollen geschaffen werden sowie eine verbesserte Kooperation mit der *UN* erfolgen<sup>26</sup>. (Vgl. ebd., S. 32 ff.)

In diesen Konzepten liegt jedoch eine besondere Brisanz. Zwar wird die Notwendigkeit von Veränderungen durchaus erkannt, doch wird vor allem seitens vieler Entwicklungsländer bezweifelt, dass die notwendigen Veränderungen mit diesen Konzepten umsetzbar sind. Dies wird damit begründet, dass weiterhin die gleichen Institutionen, welche für die heutige Situation maßgeblich verantwortlich sind, zentrale Positionen einnehmen. Gleichzeitig werde gerade durch die weit reichenden Veränderungen neue Legitimation für diese Organisationen befürchtet. (Vgl. Bello 2004a, S. 92 ff.)

Andere Konzepte einer veränderten Global Governance, welche verstärkt die Perspektive von Entwicklungsländern berücksichtigen, zielen folglich auf eine systematische Entmachtung der Organisationen *WTO*, *Weltbank* und *IWF* ab. Ein bekannter Verfechter eines solchen Konzepts ist das *IFG*. Gleichzeitig wird zumeist die Ausweitung eines Systems unter der *UN* vorgeschlagen, wobei bestehende *UN-Organisationen* gestärkt und neue geschaffen werden sollen. Große

<sup>25</sup> Auch weitere Interessensorganisationen wie etwa die G8 oder die OECD spielen diesbezüglich eine wichtige Rolle. Dies soll und kann an dieser Stelle jedoch nicht weiter thematisiert werden.

<sup>26</sup> Die zuvor bereits erwähnte Melzer Commission ist ein bekannter Befürworter einer solchen Herangehensweise.

Hoffnungen beruhen dabei vor allem auf der *United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD)*. Die 1964 gegründete *UN-Organisation*, welche sich besonders für welt-handelsbezogene Interessen von Ent-wicklungsländern einsetzt, verfolgt dabei andere Anätze als die genann-ten Organisationen, ist heute jedoch in ihrem Einfluss äußerst beschränkt. (Vgl. EBD., S.37 ff. / S. 92; INTERNA-TIONAL FORUM ON GLOBALIZATION 2002,S. 208 ff.)

Ein anderes interessantes Konzept, welches an dieser Stelle erwähnt wer-den soll, ist das der *Gruppe von Lis-sabon*. Dieses setzt ausdrücklich auf das Verantwortungsgefühl und das ‚Know-How‘ der mächtigsten und einflussreichsten Länder der Welt. Ohne konkrete Aussagen über die Rollen einzelner Organisationen zu tätigen, werden für die Lösung gegen-wärtiger und zukünftiger Probleme die aufgeklärten Eliten der Industrieländer als zentrale Akteure gesehen. (Vgl. Brand et al 2000, S. 39)

Auch ohne an dieser Stelle einen Überblick über die Bandbreite un-terschiedlicher Konzepte zu geben, können dennoch die wichtigsten Pa-rallelen der gängigen Global-Gover-nance-Konzepte aufgeführt werden:

- » Alle Konzepte gehen davon aus, dass eine nachhaltige Entwicklung unter dem heutigen institutionel-len Rahmen nicht erreicht wer-den kann. Damit wenden sie sich gegen den Neoliberalismus und setzen auf politische Regulations-formen, welche den Anspruch ha-ben, weltweit gültig zu sein.
- » Alle vorgeschlagenen Konzep-te setzen auf die Reformierung, Transformation sowie Auswei-tung bestehender Organisatio-nen und Ordnungsregime, wobei sich die Vorschläge allerdings im Detail unterscheiden, der *UN* je-doch stets eine zentrale Rolle zu-kommt.
- » Alle Konzepte beruhen auf ge-meinsamen Sichtweisen und Überzeugungen. Da in keinem der Konzepte ein gewähltes Welt-parlament vorgesehen ist, ist dies

eine essentielle Voraussetzung für einen global gültigen Ordnungs-rahmen. Somit schafft eine solche ‚Weltethik‘ die Legitimation zum Handeln der entsprechenden Or-ganisationen.

Die Unterschiede zwischen den Kon-zepten fallen demgegenüber eher ge-ring aus. Sie bestehen hauptsächlich in den als entscheidend angesehenen Akteuren. (Vgl. ebd., S. 40 ff.)

### Der Aspekt von Macht

Aus den eben aufgeführten Gemein-samkeiten unterschiedlicher Global-Governance-Konzepte leiten sich gleichsam verschiedene Kritikpunkte ab. Ein wichtiger Kritikpunkt ist der Aspekt von Macht und Dominanz-beziehungen, welche eine entschei-dende Rolle einnehmen, wie im bis-herigen Verlauf dieser Arbeit bereits deutlich geworden sein sollte. Es wurde bereits aufgezeigt, wie seit den frühesten Phasen der Globalisierung Macht dafür genutzt wurde, sich he-rausbildende Dominanzbeziehungen aufrechtzuerhalten und auszubauen (siehe u. a. Gliederungspunkt 2.1.3). Während *WTO*, *Weltbank* und *IWF* zu einseitig agierenden Interessen-organisationen wurden, wurde die Rolle der *UN* bei Wirtschaftsfragen marginalisiert. Es wird deutlich, dass die Aufrechterhaltung der bisherigen Ordnung das Ziel der Macht haben-den Akteure darstellt. Dabei kommt vor allem den USA als Hauptprotag-onist neoliberaler Politik bei einer machtpolitischen Sonderstellung eine zentrale Rolle zu. Angesichts der Tatsache, dass eine einfache Umge-staltung bestehender Organisationen oder die Übertragung von Entschei-dungsgewalt auf andere als Lösung der unter Gliederungspunkt 3 darge-stellten Weltprobleme gesehen wer-den soll, muss von einer generellen Machtblindheit innerhalb des Glo-bal-Governance-Diskurses gespro-chen werden. Im Rahmen erweiterter und offener Akteurskonstellationen wird sogar die Einbindung mächtiger Unternehmen in Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse proklamiert. Auf die Gefahr, welche in der Macht ins-besondere der TNK liegt, wurde bereits ausdrücklich hingewiesen (siehe

u. a. Gliederungspunkt 3.3). Anstatt deren Einfluss zu beschränken, wird mit dem Argument, dass kooperati-onsbasierte Politik ohne Einbindung privater Unternehmen wenig Aus-sicht auf Erfolg habe, eine Teilhabe gerechtfertigt. (Vgl. Brand et al 2000, S. 89 / S. 143 ff.)

Vor dem Hintergrund, dass Global Governance auf global vereinheit-lichende Regeln abzielt, sind Inte-ressenskonflikte vorprogrammiert – unabhängig davon, ob sich diese zwischen Kleinbauern und multina-tionalen Landwirtschaftskonzernen, zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern oder zwischen rei-chen und armen Menschen zutragen. Dass sich dabei konsensfähige Regeln finden lassen, welche gleichzeitig al-len Menschen und zudem ökolo-gischen Aspekten gerecht werden, kann ausgeschlossen werden. Es ist davon auszugehen, dass die Macht habenden Akteure es auch in einem reformierten Geflecht von Organi-sationen und Entscheidungsgremien geschickt verstehen, globale Politik nach ihren Gunsten zu gestalten, so wie es bereits heute der Fall ist. Alles andere als die Aufrechterhaltung des Entwicklungsmodells der Industrieländer und deren Dominanz scheint dabei ausgeschlossen. Diese Erkennt-nisse sprechen gegen die Möglich-keit, durch Global Governance eine nach-haltige Entwicklung zu ermöglichen. (Vgl. BELLO 2004a, S.37 ff.; BRAND ET AL 2000, S. 144 ff.)

Von diesen Erkenntnissen ausgehend erscheinen Konzepte wie das der *Gruppe von Lissabon*, welche die Eliten der Industrieländer als zen-trale Akteure für eine gerechtere Entwicklung vorschlagen, geradezu als zynisch (Vgl. Brand et al 2000, S. 145f).

### Internationale Regime und Abkommen

Als wichtiger Bestandteil einer Glo-bal-Governance-Architektur sind internationale Regime anzusehen, da diese grenzüberschreitend glo-bale Probleme in Angriff nehmen können. Solche Regelwerke finden sich in allen relevanten Sachfeldern

internationaler Beziehungen wieder. Besonders die UN hat dabei über Jahre hinweg auf vielfache Weise versucht, verbindliche und wirksame Regelwerke zu schaffen. Jedoch konnten die angestrebten Ziele trotz einiger Teilerfolge in der Regel nicht zufrieden stellend verwirklicht werden. Das Scheitern diesbezüglicher Bestrebungen wie der *Agenda 21* und des *Kioto-Protokolls* wurde zu Beginn dieses Themenkomplexes bereits erwähnt (siehe auch Gliederungspunkt 4.2.1). Es musste erkannt werden, dass sich eine deregulierte Wirtschaft durch Verträge und Willensbekundungen nicht einfach re-regulieren und in eine institutionelle Ordnung einbetten lässt. Der Grund hierfür – und somit ein wichtiger Kritikpunkt an Global Governance – ist die Unverbindlichkeit von globalen Abkommen. Diese können nur funktionieren, wenn sich alle Staaten den getroffenen Regeln unterwerfen. Auf diese Weise entstehen gleiche Rahmenbedingungen für alle, so dass kein Staat einen Nachteil gegenüber einem anderen zu befürchten hat. Dies ist gerade dann von Bedeutung, wenn diese Regeln restriktiven Charakter haben, wie es bei Umweltstandards oder Regelungen über menschliche Arbeitsbedingungen der Fall ist. Wenn jedoch wichtige Staaten – wie etwa die USA im Falle des *Kioto-Protokolls* – eine Blockadehaltung verfolgen und sich gegen die Unterzeichnung eines Abkommens weigern, werden diese wertlos. In diesem Fall haben alle Unterzeichner des entsprechenden Abkommens einen Wettbewerbsnachteil gegenüber dem Nichtunterzeichner. Da auf Grund der Souveränität von Nationalstaaten kein Land zum Unterzeichnen weltweiter Abkommen verpflichtet werden kann, ist die Wirksamkeit von Global Governance an dieser Stelle folglich stark beschränkt. Diese Problematik wird daher auch als die „Achillesferse dieses institutionellen Ansatzes globaler Regulierung und Problembearbeitung“ (ebd., S. 113) bezeichnet. Doch selbst für den Fall, dass konsensfähige Regelungen gefunden und diese von der Mehrzahl der Mitglieder Staatengemeinschaft unterzeichnet werden, muss deren

Wirkungsvermögen angezweifelt werden. Das Beispiel der *Agenda 21* zeigt, dass es bis zu einem unterschrittsreifen Dokument ein langer Weg mit vielen Kompromissen ist, an dessen Ende dennoch oft nur ein weicher Konsens mit einem absoluten Minimum an Verpflichtungen steht. Die Möglichkeit, tiefgehende, aber gerade notwendige Veränderungen und Umstrukturierungen zu erreichen, ist damit von vorn herein ausgeschlossen. So wird in den entscheidenden weltweiten Abkommen für eine nachhaltige Entwicklung – wie eben in der *Agenda 21* oder den *Millennium Development Goals (MDGs)* – nicht in Betracht gezogen, das bestehende, weltweite Handels- und Produktionssystem zu hinterfragen. Demgegenüber werden weiche, unkonkrete Formulierungen gewählt, die viel Interpretationsspielraum erlauben. Auch hier spielt wieder der Aspekt von Macht eine wichtige Rolle, da auch internationale Regime und Abkommen das Produkt komplexer Herrschaftsverhältnisse zwischen Akteuren darstellen. (Vgl. ebd., S. 110 ff., Atkinson 2005, o. S.)

Abschließend bleibt somit festzuhalten, dass bestehende Willensbekundungen, Selbstverpflichtungen und Regeln auf globaler Ebene im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung, selbst wenn sie sehr weich und unverbindlich sind, weitgehend ignoriert werden. (Vgl. Atkinson 2003, S. 12).

So lies der damalige US-Präsident George Bush Senior trotz einer Unterzeichnung der *Agenda 21* noch während des Erdgipfels im Jahr 1992 in Rio de Janeiro verlauten, der amerikanische ‚Way of Life‘ stehe nicht zur Disposition (Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung 2008, S. 19).

#### **Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Globalisierung**

Die Anschlussfähigkeit von Global Governance an das globale Wirtschaftssystem wird als Vorteil dieses Ansatzes und als ein Argument für dessen möglichen Erfolg angesehen. Dabei ist jedoch fraglich, inwieweit die zerstörerischen Folgen des heu-

tigen Systems, welche ausführlich unter Gliederungspunkt 3 thematisiert wurden, allein durch globale Steuerungsmechanismen vermieden werden können. Zwar ist es schwierig, hierzu vor dem Hintergrund unterschiedlicher Konzepte allgemeine Aussagen zu tätigen, dennoch sind in jedem Fall kritische Punkte zu nennen: Ausgehend von einer Beibehaltung des heutigen Wirtschaftssystem lassen sich Probleme wie die Krisenanfälligkeit eines Weltmarkts (diese wird an späterer Stelle unter Gliederungspunkt 4.3.1 thematisiert) oder die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern sowie deren Endlichkeit auch durch globale Steuerungsmechanismen nicht lösen. Ebenso bleiben die Logiken eines weltweiten Markts und eine entsprechende Wettbewerbssituation bestehen, so dass Zwänge zur Effizienzsteigerung und zum Wachstum weiterhin existieren. Die negativen Folgen dieser Gesetzmäßigkeiten wurden ausführlich diskutiert. Auch im Hinblick auf den Wandel von Lebens- und Konsumstilen bietet der Global-Governance-Ansatz keine Lösungen. (Vgl. Brand et al 2000, S. 18 ff.)

### **4.3 Der Deglobalisierungsansatz**

Nach der Auseinandersetzung mit dem Global-Governance-Ansatz wird auf den folgenden Seiten der Deglobalisierungsansatzes beleuchtet. Dabei sollen insbesondere Aspekte thematisiert werden, welche in Hinblick auf seine Tauglichkeit als alternatives Paradigma zum Ermöglichen einer nachhaltigen Entwicklung von Bedeutung sind.

Dem Deglobalisierungsansatz liegt die Annahme zugrunde, dass Globalisierung langfristig gesehen nicht überlebensfähig und gerecht sein kann und daher eine grundsätzliche Abkehr vom heutigen Entwicklungsmodell notwendig ist (Vgl. International Forum on Globalization 2002, S. 13f). Daher zielt dieser Ansatz auf eine grundlegende Reorganisation des Wirtschaftssystems ab. Ökonomische Beziehungen und Abhängig-

keiten sollen wieder in einen lokalen Kontext eingebettet und integriert werden. Damit gewinnt die regionale bzw. lokale Ebene, was in der Praxis unterschiedliches bedeuten kann, wieder an Bedeutung. Allgemeines Ziel dieses Ansatzes ist es, eine maßgeschneiderte Politik und Entwicklung, welche ein höchstmögliches Maß an Selbstbestimmtheit und Unabhängigkeit erlaubt und den unterschiedlichen lokalen und regionalen Bedingungen Rechnung trägt, zu ermöglichen. Hierfür ist eine entsprechende und maßgeschneiderte Wirtschafts- und Handelspolitik unausweichlich. Somit bezieht sich dieser Ansatz nicht nur auf eine wirtschaftliche Umorientierung, sondern ebenso auf eine Umorientierung von globalen Steuerungsstrukturen in Richtung einer Dezentralisierung institutioneller Macht. Der Deglobalisierungsansatz richtet sich somit gegen weltweite Arbeitsteilung, immer stärkere wirtschaftliche Verflechtung und Welthandel in seiner heutigen Form und gleichzeitig auch gegen die weitreichende Macht von Organisationen wie *Weltbank*, *IWF* und *WTO*. (Vgl. Brunnengräber / Wolff 2003, S.1 ff.)

### **Krisenanfälligkeit des Weltmarkts**

Die angesprochene grundlegende Neuorganisation des Wirtschaftslebens zielt darauf ab, die lokale Wirtschaft zu diversifizieren und auf die Bedürfnisse des lokalen Markts auszurichten, so dass in hohem Maße eine Unabhängigkeit von den Veränderungen und Entwicklungen auf dem Weltmarkt entsteht - ein Aspekt, der gerade vor dem Hintergrund der Krisenanfälligkeit der heutigen Weltwirtschaft von großer Bedeutung ist. Diese Krisenanfälligkeit ist das Produkt der starken gegenseitigen Abhängigkeit, welche durch die weltweite Arbeitsteilung geschaffen wurde. (Vgl. Torres 2001, S. 2)

Eine einseitige Konzentration der eigenen Wirtschaft auf wenige Produkte oder Branchen - wie sie bei der Globalisierung verfolgt wird - kann schnell zur Gefahr werden, wenn gleiche oder ähnliche Produkte (Substitute) von Mitwettbewerbern

auf den Markt drängen (siehe auch Gliederungspunkt 3.1). Schwankende oder dauerhaft sinkende Weltmarktpreise für die jeweiligen Güter können die Folge sein und Staaten in schwerwiegende Krisen gestürzt werden. Die Krisenanfälligkeit eines Weltmarkts besteht aber auch in der Gefahr unerwarteter Schocks wie etwa Kriegen, Streiks, Naturkatastrophen oder Energiekrisen, welche die Versorgung nicht nur der lokalen Bevölkerung, sondern auch des Weltmarkts mit bestimmten Gütern gefährden können<sup>27</sup>. (Vgl. ebd. S. 2, Simonis 1997, S. 8)

Durch eine Regionalisierung und eine gleichzeitige Diversifizierung der lokalen Ökonomie im Sinne einer Umstellung auf die Bedürfnisse der heimischen Bevölkerung - wie beim Deglobalisierungsansatz vorgesehen - können die genannten Probleme umgangen werden.

### **Vermeidung ökologischer und sozialer Kosten durch Deglobalisierung**

Effizienz ist eines der zentralen Argumente für einen gemeinsamen Weltmarkt und internationale Arbeitsteilung (siehe auch Gliederungspunkt 2.1.2). Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Kosten- und Effizienzvorteile auf eine Weise zustande kommen, bei der bestimmte Kosten nicht berücksichtigt werden, während gleichzeitig erhebliche zusätzliche Kosten entstehen. Dabei handelt es sich um gesellschaftliche und ökologische Kosten, die mit der Globalisierung einhergehen und nicht internalisiert oder monetarisiert, also von den Verursachern getragen werden. So führt u. a. die fortschreitende ökologische Zerstörung zu sehr hohen Kosten, da stetig ansteigende Ausgaben wie für die Begrenzung von Umweltschäden oder für die Bekämpfung hierdurch verursachter Gesundheitsprobleme entstehen. Gleichzeitig stellen auch der Verlust an Lebensqualität und Wahlmöglichkeiten späterer Generationen - etwa auf Grund des Klimawandels, schlechterer Luftquali-

tät, abnehmender Biodiversität oder des Verbrauchs endlicher Rohstoffe - globalisierungsbedingte, gesellschaftliche Kosten dar. Diese Kosten müssen von der heutigen Gesellschaft sowie von zukünftigen Generationen getragen werden. Auf der anderen Seite sind von der Gesellschaft erhebliche Kosten aufzuwenden, um das Funktionieren eines globalen Markts und weltweiten Handels zu erlauben. Dabei handelt es sich z. B. um Kosten der gesamten Verkehrsinfrastruktur wie Flughäfen, Häfen oder Fernstraßennetze oder beispielsweise um Subventionen, die in großer Menge aufgebracht werden, um die heimische Wirtschaft gegenüber der Konkurrenz überlebensfähig zu halten<sup>28</sup>. Auf der anderen Seite werden staatliche Leistungen und Löhne abgebaut, um die eigene Wirtschaft konkurrenzfähig zu halten, was ebenfalls als gesellschaftliche Folgekosten der Globalisierung angesehen werden kann.

Die aufgeführten Argumente lassen an der tatsächlichen Effizienz der Globalisierung zweifeln und untermauern einmal mehr ihre Unnachhaltigkeit. Die Vermutung liegt nahe, dass entgegen ökonomischer Theorien eine lokalisierte Wirtschaft mit Binnenorientierung durchaus als effizient betrachtet werden kann, wenn die eben genannten Aspekte berücksichtigt werden. Hieraus lässt sich schließen, dass der Deglobalisierungsansatz ein effizienteres Wirtschaften ermöglicht, als dies unter Beibehaltung der heutigen, weltmarktorientierten Wirtschaft der Fall ist. (Vgl. MORRIS 2004, S. 171 ff.; NORBERG-HODGE 2004, S. 450 ff.; RETALLACK / SOBHANI 2004, S. 370; SACHS 2004, S. 407f)

Es kann gemutmaßt werden, dass eine Internalisierung der genannten Kosten - also ein Abwälzen dieser Kosten auf die Verursacher - die wirtschaftliche Deglobalisierung fördern könnten. Diese Maßnahme

<sup>27</sup> Auch wenn die Krisenanfälligkeit des Finanzmarktes - wie bereits in Fußnote 1 erwähnt - ein weiteres, sehr großes Problem darstellt, soll diese nicht weiter thematisiert werden.

<sup>28</sup> Das unter Gliederungspunkt 3.4 genannte Beispiel der Agrarsubventionen in der EU und den USA veranschaulicht diesen Zusammenhang. So zahlen kalifornische Farmer beispielsweise lediglich 5 % des eigentlich kostendeckenden Preises für Wasser. Auf diese Weise bleiben die kalifornischen Produkte aus der Landwirtschaft konkurrenzfähig.

stellt bereits ein mögliches Umsetzungsinstrument des Deglobalisierungsansatzes dar, welches vom IFG auch mit dem Stichwort „Full Cost Accounting“ (International Forum on Globalization 2002, S. 190f) umschrieben wird.

### **Raum für regionale Unterschiede**

Ein bereits dargelegter Kritikpunkt an der Globalisierung ist, dass diese vereinheitlichend wirkt und kaum Raum für regionale Unterschiede und eine selbstbestimmte Entwicklung erlaubt. Volkswirtschaften müssen unter Bedingungen des Freihandels den Gesetzen des Weltmarkts folgen und ihre heimische Wirtschaft auf dessen Bedürfnisse ausrichten. Ohne ein Anpassen an diese Anforderungen ist ein Überleben ebenso wie eine Partizipation an Reichtum und Wohlstand kaum möglich. Gleichzeitig bewirkt die Hegemonie vor allem nordamerikanischer und europäischer Kultur eine Entwertung lokaler Traditionen und Kulturen (siehe auch Gliederungspunkt 3.2). Walden Bello bezeichnet diese Politik, welche einer eigenständigen Entwicklung vieler Staaten und Regionen der Welt entgegensteht, als „arrogante[s, D.K.] globalistische[s, D.K.] Vorhaben, aus der Welt eine synthetische Einheit individueller Atome ohne Kultur und Gemeinschaft zu machen“ (Bello 2000a, S. 8f).

Der Deglobalisierungsansatz erlaubt es hingegen, den lokalen Prioritäten und Unterschieden zwischen Gesellschaften und Regionen auf der Welt gerecht zu werden. Grundvoraussetzung hierfür ist eine zunehmende wirtschaftliche Unabhängigkeit. Diese führt zu einer Stärkung lokaler politischer Entscheidungskompetenzen und eröffnet somit die Möglichkeit, Maßnahmen zum Beschreiten eigenständiger Entwicklungspfade umzusetzen. (Vgl. ebd. 2000b, o. S.)

Auch nationale Regelwerke, welche die Kultur und die Prioritäten einer Gesellschaft widerspiegeln, jedoch im Rahmen neoliberaler Politiken weltweit abgebaut wurden, finden dabei einen Platz (Vgl. Sachs 2004, S. 398f).

### **Unmittelbare Betroffenheit durch räumliche Nähe**

Ein weiteres wichtiges Argument für den Deglobalisierungsansatz ist die unmittelbare Betroffenheit für die Menschen, welche durch räumliche Nähe entsteht. Durch die Wiedereinbettung der Ökonomie in ein überschaubares, lokales Umfeld werden die positiven sowie negativen Folgen getroffener Entscheidungen wieder spürbar und greifbar. (Vgl. Korten 2002, S. 71f).

Dieser Aspekt wurde unter dem Schlagwort ‚New Democracy‘ bereits zuvor im Zusammenhang mit den zehn Kriterien für eine nachhaltige Gesellschaft vom IFG genannt (siehe auch Gliederungspunkt 3.8).

Durch die Lokalisierung von Wirtschaft und Entscheidungen können Verantwortlichkeit und Rechtfertigungspflicht gegenüber einer lokalen Gemeinschaft geschaffen werden – ein Aspekt, der bei der heutigen Ungreifbarkeit und Entwurzelung von Entscheidungsträgern und Unternehmen weitgehend verloren gegangen ist. In einer globalisierten Wirtschaft treffen Unternehmen Entscheidungen an einem Ort, währenddessen die Auswirkungen an einem anderen Ort spürbar werden. Durch wirtschaftliche Deglobalisierung kann eine direkte Einflussnahme der Bevölkerung auf die Regeln, welchen Unternehmen unterliegen, erreicht werden. Unternehmen selbst stehen dank ihrer Greifbarkeit in einer Rechtfertigungspflicht gegenüber der lokalen Gemeinschaft. (Vgl. International Forum on Globalization 2002, S. 56f)

Ebenso wie für große und flexible Unternehmen führt die Wiedereinbettung der Ökonomie zu verantwortlicherem Handeln der gesamten lokalen Gemeinschaft. Die Folgen des eigenen Handelns sind heute auf Grund kaum erkennbarer Wechselwirkungen und komplexer Interdependenzen oft nur schwer bzw. für vielen Menschen gar nicht absehbar. Durch das Handeln von Politikverantwortlichen und der lokalen Be-

völkerung entstehen oft negative Folgen, ohne dass eine persönliche Betroffenheit besteht. Selbst wenn Wissen und Bewusstsein über negative Konsequenzen des eigenen Handelns vorhanden sind, erfolgt daraus auf Grund der fehlenden Betroffenheit nur selten ein verändertes Verhalten. Tatsächlich erscheint die Möglichkeit der Einflussnahme auf Entwicklungen und Prozesse angesichts global wirkender Kräfte stark begrenzt. Durch eine Wiedereinbettung wirtschaftlicher Beziehungen in einen lokalen, überschaubaren Kontext können hingegen Verständnis für Zusammenhänge und gleichzeitig Verantwortlichkeit geschaffen werden. (Vgl. Klemme 2002, S. 69)

### **Unausweichlichkeit von Deglobalisierung**

In Kapitel 3.7 wurde geschlussfolgert, dass die Begrenztheit fossiler Energieträger ein zentrales Argument dafür darstellt, dass das heutige, energieintensive Produktionssystem und der intensive Welthandel keinesfalls als zukunftsfähig angesehen werden können. Die unvermeidliche Verknappung fossiler Energieträger und das gleichzeitig stetig ansteigende Welthandelsvolumen setzen dem „fossilen Entwicklungsmodell“ (Sachs 2004, S. 413) physische Grenzen. Dabei führen Marktmechanismen bei steigenden Energiepreisen dazu, dass heutige Wirtschaftsweisen mit der Zeit immer unrentabler werden. Anders ausgedrückt zehren steigende Kosten die Effizienzvorteile durch internationale Arbeitsteilung und hohe Skaleneffekte auf. Die logische Folge wären langfristig betrachtet Trends in Richtung einer wirtschaftlichen Deglobalisierung. (Vgl. International Forum on Globalization 2002, S. 109).

Gleichzeitig wurde in dem entsprechenden Kapitel darauf hingewiesen, dass Energiepreise nicht stetig, sondern oft sprunghaft ansteigen und es so zu Energieschocks und in der Konsequenz zu Versorgungsengpässen kommen kann. Es leuchtet ein, dass eine erzwungene Umstrukturierung als Reaktion auf häufigere und heftigere Krisen deutlich schmerzhafter

ausfallen würde als ein geplanter und längerfristig angelegter Prozess (Vgl. Atkinson 1992, S. 349). Dieses Argument spricht für eine Umsetzung des Deglobalisierungsansatzes, um so schnell wie möglich auf andernfalls unausweichliche Krisen zu reagieren.

#### **4.4 Zusammenfassende Diskussion über die Tauglichkeit beider Ansätze**

Der Global-Governance-Ansatz wurde im Hinblick auf seine Tauglichkeit, eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, an vielen Stellen kritisiert. Die bestehenden Global-Governance-Organisationen haben nicht nur dabei versagt, die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung zu stellen, sondern sind teilweise sogar direkt verantwortlich für weitere aktuelle Entwicklungsprobleme. Alternative Global-Governance-Konzepte schlagen dabei zwar Veränderungen innerhalb dieser Organisationen vor bzw. wollen diese ersetzen, doch werden grundlegende Probleme dabei übersehen, wie etwa die Fragen von Macht und unterschiedlichen Interessen zwischen Akteuren und Staaten. Ein weiteres Problem stellt die Weichheit und Unverbindlichkeit internationaler Abkommen dar. Das Festhalten an der grundsätzlichen Funktionsweise des heutigen Wirtschaftssystems spricht zudem an vielen Stellen gegen die Möglichkeit, durch diesen Ansatz viele der Probleme im Zusammenhang mit Globalisierung zu lösen. So kann zusammengefasst werden, dass es sich bei diesem Ansatz nicht um den notwendigen Paradigmenwechsel handelt, sondern vielmehr um ein Konzept, welches sich an den Neoliberalismus anschließen lässt, ohne das „kapitalistische (Markt-)Prinzip und die hegemonialen Akteure in Frage zu stellen“ (Brand et al 2000, S. 157), was jedoch im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung notwendig erscheint.

Anders als der Global-Governance-Ansatz wird beim Deglobalisierungsansatz die eben angesprochene,

grundsätzliche wirtschaftliche und machtpolitische Ordnung hinterfragt. Es sollen dabei Wege eingeschlagen werden, welche viele Probleme im Zusammenhang mit der Globalisierung zu lösen vermögen. So schützt die wirtschaftliche Lokalisierung vor der Krisenanfälligkeit des Weltmarkts und vermeidet die enormen ökologischen und sozialen Kosten, welche unter dem heutigen Weltwirtschaftssystem entstehen. Zudem ermöglicht eine Deglobalisierung wieder Raum für regionale und nationale Unterschiede und erlaubt somit eine selbstbestimmte und eigenständige Entwicklung. Durch die Wiedereinbettung wirtschaftlicher Aktivitäten in einen lokalen Kontext und die Möglichkeiten lokaler Einflussnahme wird Verantwortlichkeit und somit Pflichtbewusstsein geschaffen. Abgesehen von diesen Argumenten hat sich gezeigt, dass auf Grund der Begrenztheit fossiler Energieträger langfristig keine Alternative zum Deglobalisierungsansatz besteht.

#### **4.5 Vereinbarkeit beider Ansätze**

Bevor die Leitfrage für diesen Teil der Arbeit beantwortet werden kann, ist zu klären, inwieweit Elemente und Komponenten des Global-Governance-Ansatzes ggf. mit dem Deglobalisierungsansatz vereinbar sind. Verschiedene Autoren verweisen beispielsweise auf die Notwendigkeit übergeordneter Regeln und Abkommen – wie sie im Global-Governance-Ansatz vorgesehen werden – um eine Deglobalisierung überhaupt zu ermöglichen (Vgl. Bello 2004a, S. 114).

Regulierungsinstrumente wie Umwelt- und Klimaabkommen oder weltweite Ökosteuern auf fossile Energieträger könnten beispielsweise helfen, heutige Produktionsweisen und den weltweiten Warentransport einzuschränken und die Lokalisierung der Wirtschaft voranzutreiben. Ebenso könnten gerade internationale Abkommen und Verträge, in denen sich die Unterzeichner auf „veränderte Spielregeln“ (Norberg-Hodge 2004,

S. 453) und eine Diversifizierung und Lokalisierung der Ökonomie einigen, die Deglobalisierung fördern. Zudem scheinen globale Abkommen und Organisationen angesichts gemeinsamer Weltprobleme unumgänglich und sinnvoll. Auf internationale Regelwerke und Regime, denen sich alle Akteure im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu unterwerfen haben, ist nicht zu verzichten. (Vgl. International Forum on Globalization 2002, S. 107 ff)

Auch finanzielle Ausgleichsmechanismen angesichts unterschiedlicher natürlicher Ausstattungen von Regionen sind denkbar und ließen sich nur auf dem Wege globaler Steuerungsmechanismen erreichen (Vgl. Brunnengräber / Wolff, S. 2).

Ebenso wie auf die zuvor genannten, übergeordneten politische Steuerungselemente nicht zu verzichten wäre, ist vollkommene wirtschaftliche Abschottung von der Außenwelt, wie der Ansatz der Deglobalisierung zugespitzt suggerieren mag, weder realistisch noch erstrebenswert. Eine Ergänzung der lokalen Wirtschaft durch Importe ist durchaus als sinnvoll anzusehen. So könnten Güter, welche nicht zu annehmbaren Preisen lokal hergestellt werden können oder solche, die nur in geringen Stückzahlen hergestellt werden, importiert und gehandelt werden. (Vgl. International Forum on Globalization 2002, S. 108)

Somit ist hervorzuheben, dass Deglobalisierung nicht mit Autarkie gleichgesetzt werden sollte. Vielmehr kann von einer „selektiven regionalen Abschottung“ (Stöhr / Tödtling 1978 zit. n. Atkinson 1992, S. 336, eigene Übersetzung) gesprochen werden. Sinnvoll erscheint die „Förderung der Produktion von Gütern auf gemeinschaftlicher und nationaler Ebene, wenn sich dies bei vertretbaren Kosten zur Erhaltung der Gemeinschaft realisieren lässt“ (Bello 2000b, S. 8f).

Die eben beschriebene Balance – auf der einen Seite ‚das Lokale‘ zu bevorzugen, auf der anderen Seite jedoch auf übergeordnete institutionelle

Strukturen sowie ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Außenorientierung nicht zu verzichten, kann mit dem Schlagwort ‚Subsidiarität‘ umschrieben werden. Das Subsidiaritätsprinzip zielt darauf ab, Entscheidungen und wirtschaftliche Aktivitäten immer so lokal wie möglich anzusiedeln, wobei höhere Ebenen als notwendige Ergänzung der lokalen Ebene angesehen werden. Jedoch nimmt deren Bedeutung mit steigendem Grad an wirtschaftlicher Lokalisierung und lokaler Selbstbestimmtheit ab. Neben vielen anderen Wissenschaftlern und Gruppierungen sprechen sich Walden Bello und das IFG für ein solches Subsidiaritätsprinzip aus. (Vgl. EBD.; INTERNATIONAL FORUM ON GLOBALIZATION 2002, S. 9f, S. 60f, S. 107 ff.)

Somit kann geschlussfolgert werden, dass übergeordnete Steuerungselemente, wie sie im Global-Governance-Ansatz vorgesehen sind, Außenhandel<sup>29</sup> und Arbeitsteilung auch Bestandteil des Deglobalisierungsansatzes sein können und sollten.

Wie das Schlagwort Subsidiarität belegt, sind diese Elemente jedoch nur als Ergänzungen lokal organisierter Wirtschaftssysteme und Entscheidungsstrukturen anzusehen. Das Subsidiaritätsprinzip beschreibt dabei keine Kombination oder Mischung aus Global Governance und Deglobalisierung, sondern grundsätzlich eine Bevorzugung des Lokalen. Eine wirkliche Vereinbarkeit ist auf Grund der deutlichen Unterschiede zwischen beiden Ansätzen nicht gegeben.

#### **4.6 Beantwortung der zweiten Leitfrage**

Global-Governance hat sich in der Diskussion als wenig tauglicher Ansatz zum Ermöglichen einer nachhaltigen Entwicklung herausgestellt. Dem gegenüber wurde der Deglobalisierungsansatz in diesem Zusammenhang als durchaus hoffnungsvoll identifiziert. Übergeordnete

Steuerungsinstrumente und Handel zwischen weitgehend voneinander unabhängigen und somit selbstbestimmten Regionen erscheinen dabei sinnvoll und sind als notwendiger Bestandteil des Deglobalisierungsansatzes anzusehen. Damit kann die diesem Teil der Arbeit zu Grunde liegende Leitfrage – Welche zur heutigen Globalisierung alternativen Entwicklungspfade ermöglichen eine nachhaltige Entwicklung? – beantwortet werden: Nur im Deglobalisierungsansatz liegen die Chancen einer Entwicklung, die dem Anspruch der Nachhaltigkeit gerecht werden kann.

Auch wenn der Deglobalisierungsansatz als Lösung für viele der unter Gliederungspunkt 3 aufgeführten Probleme genannt wurde, kann dieser nicht als Allheilmittel angesehen werden (Vgl. Hamm / Rasche 2002, S. 11). Allein durch wirtschaftliche Lokalisierung kann keine nachhaltige Entwicklung garantiert werden. Denn wie bereits deutlich wurde, stehen neben der wirtschaftlichen Organisation auch Faktoren wie Lebensstile, Konsummuster und kulturelle Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung entgegen. Lösungsansätze, welche dies vernachlässigen, können von vornherein als beschränkt angesehen werden. Jedoch wurde während der Auseinandersetzung mit dem Deglobalisierungsansatz deutlich, dass gerade durch eine wirtschaftliche Lokalisierung wieder Raum für lokale Lebensweisen und Kulturen geschaffen werden kann. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass der Deglobalisierungsansatz im Gegensatz zum Global-Governance-Ansatz überhaupt erst die Möglichkeit bietet, eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Nur so können zentrale Probleme der heutigen Entwicklung – die ökologische Zerstörung als Folge des heutigen Weltwirtschaftssystems sowie dessen Abhängigkeit von begrenzten, fossilen Energieträgern – überhaupt gelöst werden.

<sup>29</sup> Dabei bezieht sich Außenhandel hier auf den Handel mit anderen Regionen, was - je nach Definition von Region - unterschiedliches bedeuten kann.

## Deglobalisierungskonzepte

Zum Abschluss der bisherigen, abstrakt-theoretischen Auseinandersetzung mit alternativen Entwicklungsansätzen zur neoliberalen Globalisierung wurde der Deglobalisierungsansatz als hoffnungsvoller Pfad identifiziert, welcher grundsätzlich die Möglichkeit einer nachhaltigen Entwicklung erlaubt. Hierzu ist es jedoch notwendig, diesen allgemeinen Ansatz mit konkreten, inhaltlichen Konzepten – in der Folge Deglobalisierungskonzepte genannt – auszufüllen. Im letzten Teil dieser Arbeit sollen nun mögliche Inhalte solcher Deglobalisierungskonzepte veranschaulicht und diskutiert werden. Hierzu werden zunächst einige generelle Inhalte und Maßnahmen vorgestellt, um danach drei konkrete Konzepte näher zu beleuchten. Nach einem Vergleich der drei Konzepte gilt es, diese auf ihre Vereinbarkeit hin zu überprüfen. Zum Abschluss werden einige Probleme und Chancen für eine Umsetzung von Deglobalisierungskonzepten angeführt.

### 5.1 Inhalte von Deglobalisierungskonzepten

Deglobalisierungskonzepte zielen auf die Lokalisierung oder Regionalisierung der Wirtschaft ab. Dabei stellen sich zwei wichtige Fragen. Zum einen ist dies die Frage nach der Definition

von ‚Region‘ bzw. der Bedeutung des Begriffs ‚lokal‘<sup>30</sup>. In der Abgrenzung und Bestimmung von Regionen liegt eine grundsätzliche Schwierigkeit: Regionen sind keine gegebene räumliche Einheit, sondern Produkte einer bestimmten Betrachtungsweise nach unterschiedlichen Kriterien (Vgl. Pütz 2004, S.12). Mögliche Kriterien können Arbeitsmärkte, Wirtschaftsräume, Bevölkerungsdichte, administrative Grenzen, aber auch Kriterien wie Sprache, Kultur, Identität oder Aktivitätsräume von Menschen sein. Aber auch ökologische oder geologische Faktoren können als Abgrenzungskriterien herangezogen werden. Somit können sich in der Praxis abhängig von der Betrachtungsweise auch mehrere Regionen überdecken. (Vgl. Blotvogel 2000, S. 497 ff. zit. n. ebd. 2004, o. S.)

Je nach Betrachtungsweise können Regionen als Subeinheit eines Nationalstaats, als Nationalstaat selbst oder auch als Gruppe regionaler Nationalstaaten angesehen werden (Vgl. International Forum on Globalization 2002, S. 109).

Folglich kann an dieser Stelle keine abschließende Antwort auf die Frage gefunden werden, worauf sich der

<sup>30</sup> Im weiteren Verlauf dieses Kapitels wird nur der Begriff „Region“ verwendet. Der Begriff „lokal“ bezieht sich dabei auf die unterschiedlichen Formen von Region.

Begriff ‚Region‘ bezieht. Diese Uneindeutigkeit schlägt sich auch in den einzelnen Deglobalisierungskonzepten wieder, denen oft unterschiedliche Begriffe von Region zu Grunde liegen, wie die ausgewählten Beispiele zeigen werden.

Zum anderen stellt sich die Frage, wie eine Wiedereinbettung der Wirtschaft in ein regionales Umfeld vorzuziehen ist. Diese Frage nach der praktischen Umsetzung des Deglobalisierungsansatzes wird in den einzelnen Konzepten unterschiedlich beantwortet. In der Literatur lassen sich dennoch verschiedene, wiederkehrende Leitlinien finden, welche eine Vorstellung über mögliche Maßnahmen erlauben:

- » Langfristige Maßnahmen sind zu ergreifen, um den internen Markt als Basis für die lokale Ökonomie zu entwickeln. Eine Umorientierung staatlicher Subventionspolitik zu Gunsten der lokalen Ökonomie ist dabei von besonderer Bedeutung.
- » Die finanziellen Entwicklungsmaßnahmen sind auf das eigene Land zu konzentrieren, um Unabhängigkeit von ausländischen Direktinvestitionen zu erlangen.
- » Neue Produktions- und Austauschkomplexe sind zu schaf-

fen, welche staatliche und private Unternehmen einbeziehen, TNK jedoch ausschließen bzw. benachteiligen.

- » Die lokale Ökonomie ist durch Mechanismen zu schützen, wie sie früher bestanden (Steuern, Regulierungen, Handelsbarrieren, Quoten).
- » Der Schwerpunkt wirtschaftlicher Entwicklung ist von Wachstum auf eine gerechtere Verteilung zu legen, wodurch gleichzeitig ökologische Schäden begrenzt werden können.
- » Der staatliche und der private Sektor sind der zivilgesellschaftlichen Kontrolle auszusetzen. Strategische ökonomische Entscheidungen sollen nicht dem Markt, sondern demokratischer Wahl überlassen werden.

Die hier aufgeführten Leitlinien richten sich an alle politischen Ebenen. Einige Maßnahmen zur Umsetzung dieser Leitlinien wie etwa die Vergabe von Kleinkrediten, die Schaffung genossenschaftlicher Betriebsformen oder die Einführung von Lokalwährungen sind am sinnvollsten auf kommunaler Ebene anzusiedeln. Andere, wie etwa Bildungs- und Sensibilisierungskampagnen oder eine entsprechende Außenhandelspolitik, sind Aufgaben der nationalen Politikebene. Grundsätzlich handelt es sich um einen langfristig angelegten Prozess, der mit der Analyse der lokalen Situation beginnt und über die einzelnen kurzfristigen Maßnahmen und Aktivitäten langfristig zur Umgestaltung der regionalen Wirtschaft führt. (Vgl. BELLO 2000b, S. 8f; BELLO 2004a, S. 113f; INTERNATIONAL FORUM ON GLOBALIZATION 2002, S. 110f; NORBERG-HODGE 2004, S. 458 ff.)

## 5.2 Ausgewählte Beispiele

Nachdem einige Gemeinsamkeiten von Deglobalisierungskonzepten vorgestellt wurden, sollen nun drei ausgewählte Beispiele veranschaulichen, wie diese inhaltlich ausgestaltet sein können, teilweise auch umge-

setzt werden und welche Überschneidungen und Unterschiede zwischen ihnen bestehen. Bei diesen Beispielen handelt es sich um *Importsubstitution*, *Agropolitan Development* und *Bioregionalismus*. Die Beispiele wurden so ausgewählt, dass auf der einen Seite wichtige Unterschiede zwischen einzelnen Konzepten deutlich werden, auf der anderen Seite jedoch auch zentrale Überschneidungen aufgezeigt werden können.

### Importsubstitution

Bei der *Importsubstitution* handelt es sich um eine politische Strategie, welche bereits breite Anwendung in vielen Entwicklungsländern fand. In Lateinamerika war sie von 1960 bis 1973 sogar allgemeine Praxis (Vgl. Bello 2004b, S. 194). Insbesondere nach der Unabhängigkeit vieler ehemaliger Kolonien, als diese vor der Frage nach einer angemessenen Entwicklungspolitik standen, und im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise ab 1929 fand das Konzept Anwendung. Im Gegensatz zur außenhandelsorientierten Strategie zielt die *Importsubstitution* darauf ab, die heimische Wirtschaft vor Importen zu schützen und die zuvor aus Industrieländern importierten Güter in eigener Produktion herzustellen. Das politische Argument für die *Importsubstitution* leitet sich aus der Dependenztheorie ab, welche besagt, dass die wirtschaftliche Entwicklung von Entwicklungsländern von den Interessen der Industrieländer entscheidend und dabei vor allem negativ beeinflusst wird. Folglich wird die Reduzierung des als nachteilig empfundenen Außenhandels angestrebt, wodurch der heimische Markt stärker inländischen Anbietern vorbehalten bleibt und eine binnenmarktorientierte Industrialisierung ermöglicht werden soll. Eine entsprechende Wirtschaftspolitik beinhaltet Anreize zur Industrialisierung und protektionistische Elemente wie Schutzzölle oder quantitative Beschränkungen. (Vgl. Amelung 1989, S. 1 ff.)

Die entscheidende Politikebene bei der *Importsubstitution* ist der Nationalstaat, welcher die nationale Wirtschaftsstrategie und die Außen-

handelspolitik entsprechend steuern kann. Die Lokalisierung bzw. Regionalisierung der Wirtschaft bezieht sich beim Beispiel der *Importsubstitution* folglich auf Nationalstaaten.

Vor dem Hintergrund, dass Deglobalisierungskonzepte als möglicher Weg zum Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung angesehen wurden, ergeben sich einige diskussionswürdige Punkte. Das Ziel der Industrialisierung kann dabei kritisch gesehen werden. In Anbetracht der Größe vieler Nationalstaaten ist zudem zu hinterfragen, inwieweit noch von einer Lokalisierung der Wirtschaft gesprochen werden kann. In jedem Fall reduziert die *Importsubstitution* jedoch Abhängigkeit und ermöglicht so die Chancen einer eigenständigen Entwicklung. Interessant ist bei diesem Ansatz vor allem, dass er in der Praxis seine Tauglichkeit bewiesen hat. Zu beobachten war in den entsprechenden Staaten ein zumindest relativ abnehmendes Importvolumen und eine Diversifizierung der nationalen Produktion. (Vgl. Bello 2004b, S. 194; Bae 1990, S. 12)

### Agropolitan Development

Das Konzept *Agropolitan Development* wurde in den 1970er Jahren von John Friedmann und Mike Douglass als mögliche Handlungsoption für Entwicklungsländer entwickelt. Ausgangspunkt ist hier, ebenso wie bei der *Importsubstitution*, vor allem die prekäre Situation in vielen Entwicklungsländern: Besonders in Südost Asien wurden Probleme wie Urbanisierungsdruck durch mangelnde Perspektive der Landbevölkerung und Abhängigkeit von Industrieländern beobachtet, welche als direkte Folgen der Weltmarktorientierung vieler Entwicklungsländer – oft nach einer Phase der *Importsubstitution* – angesehen werden können. Diese Zusammenhänge sind auch heute nach wie vor aktuell. Der Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte als Folge von Freihandel und industrialisierter Produktionsabläufe (siehe auch Gliederungspunkt 2.1.4) führt vielerorts zum ‚Wegbrechen‘ der Lebensgrundlage im ländlichen Raum. Die diesbezüglichen Konsequenzen

sind u. a. verstärkte Migration in die Großstädte, in denen es in der Folge oft zu einem extremen Anwachsen der Bevölkerung sowie zunehmender Informalisierung und Armut kommt. Ausgehend von diesen Überlegungen zielt Agropolitan Development darauf ab, eine weitgehende regionale Selbständigkeit und Selbstbestimmtheit zu ermöglichen, um die betroffene Region vor den Kräften der Globalisierung zu schützen. Die regionale Ökonomie soll dabei so ausgerichtet sein, dass sie zumindest die Befriedigung von Grundbedürfnissen und insbesondere Nahrungsunabhängigkeit ermöglicht. Um dies zu erreichen und gleichzeitig den Migrationsdruck auf die Städte zu mindern, gilt es, die ländlichen Gebiete zu stärken. Dabei stellt die Landwirtschaft die entscheidende Basis dar, wodurch sich auch der Name des Konzepts erklärt. Bezüglich der konkreten Umsetzung ist angedacht, überschaubare räumliche Einheiten, so genannte Agropolitan Districts, zu schaffen, innerhalb derer die Mehrheit aller Güter für den täglichen Bedarf produziert wird. Diese Distrikte sollen klein genug sein, um die Erreichbarkeit jedes Ortes innerhalb dieses Distrikts auch ohne Auto zu erlauben. Gleichzeitig müssen sie groß genug sein, um eine kritische Menge an Arbeitskräften und Konsumenten zum Funktionieren der lokalen Wirtschaft zu bieten. Dabei ist darauf zu achten, dass ein ausreichendes Spektrum an Fähigkeiten vorhanden ist bzw. geschaffen wird, eine Diversifizierung der Landwirtschaft erfolgt und die lokale Produktvielfalt wächst. (Vgl. Douglass, Friedmann, 1976, S. 163 ff.)

Durch die Fähigkeit, die Grundbedürfnisse der lokalen Bevölkerung zu decken, werden die einzelnen Distrikte weitgehend unabhängig von äußeren Einflüssen und Entwicklungen. Jedoch ist diese Unabhängigkeit nicht mit vollkommener Autarkie zu verwechseln. Spezielle Güter, die nicht innerhalb des Distrikts produziert werden können oder bei denen es ökonomisch betrachtet keinen Sinn macht, sollen dabei aus anderen Distrikten im näheren Umland oder aus anderen Teilen der Welt im-

portiert werden, was gleichzeitig die Notwendigkeit des Exports von Gütern bedeutet.

Es ist darauf hinzuweisen, dass *Agropolitan Development* nicht auf eine politische Unabhängigkeit vom Nationalstaat abzielt. Dieser besteht in diesem Konzept weiterhin und soll über Dinge wie die Vergabe von Aufgaben nationaler Wichtigkeit oder mögliche Ausgleichssysteme bestimmen. (Vgl. ebd.)

Das Konzept wurde in abgewandelter Weise in Thailand und Indonesien angewendet und ist vor allem im Rahmen von Dezentralisierungsprozessen in Asien ein aktuelles Thema. Dabei stellen Gebietseinheiten, welche den deutschen Landkreisen oder ähnlichen administrativen Regionen entsprechen, meistens die notwendigen Grundvoraussetzungen zur Umsetzung des Konzepts. (Vgl. Douglass 1998, o. S.)#

### **Bioregionalismus**

*Bioregionalismus* unterscheidet sich maßgeblich von den beiden anderen Deglobalisierungskonzepten und stellt dabei einen sehr interessanten Ansatz dar. Dabei ist *Bioregionalismus* weniger konkret gefasst und eher als eine breit angelegte Bewegung zu sehen, welche unterschiedliche Strömungen beinhaltet. Der Begriff wurde erstmals 1974 von Alan van Newkirk verwendet. Als ökologischer Aktivist verstand er unter *Bioregion* einen ökologischen Lebensraum, in dem alles Leben, also Menschen, Pflanzen und Tiere eine das Überleben sichernde Gemeinschaft bilden. (Vgl. Hamm / Rasche 2002, S.12 ff.)

Die *Bioregion* selbst steht dabei im Zentrum des Konzepts. Eine *Bioregion* wird nach Peter Berg, der als Begründer und bekannteste Person der Bewegung angesehen werden kann, als ein durch natürliche Charakteristika definiertes geographisches Gebiet bezeichnet. Dabei bestimmen Landformen, Bodenbeschaffenheit, Topographie, geologische Gegebenheiten, die einheimische Tier- und Pflanzenwelt, lokales Klima, hydrologische Eigenschaften wie Wasserein-

zugsgebiete sowie weitere natürliche Charakteristika das entsprechende Gebiet. Eine solche Region ist aufgrund der Vielzahl von Eigenschaften sowie weicher Übergänge nicht klar abzugrenzen, zumal diese zeitlichen Veränderungen unterliegen. Daher werden weitere Kriterien, wie soziale Systeme und Religionen, Traditionen, spezielle Lebensformen, lokale Kultur und die Existenz indigener Völker und deren Wirtschaftsformen berücksichtigt, um eine *Bioregion* zu bestimmen. (Vgl. Carr 2004, S. 80; Hamm / Rasche 2002, S. 3)

Zunächst galt *Bioregionalismus* lediglich als Schlagwort für Umwelt- und Friedensaktivisten in Nordamerika. Heute können Bewegungen wie Ökofeminismus, soziale Ökologie, Permakultur, linke Gruppierungen und selbst Zen-Buddhismus als Teil der *bioregionalen Bewegung* betrachtet werden. (Vgl. Carr, S. 72).

Ebenso enthält *Bioregionalismus* Elemente, welche die Bewegung zu einem Deglobalisierungskonzept werden lassen. Der Mensch, welcher als Teil der *Bioregion* betrachtet wird, soll allein mit den heimischen Ressourcen auf nachhaltige Weise wirtschaften. Dabei wird ausdrücklich auf die Bedeutung von lokalen Produktions- und Handelssystemen sowie die Ziele politische Dezentralisierung, Selbstbestimmtheit, sozialer Gleichheit und Solidarität hingewiesen. (Vgl. Hamm / Rasche 2002, 13 ff.)

Somit kann beim *Bioregionalismus* – auch ohne dass einzelne, einzuschlagende Maßnahmen so konkret definiert sind, wie dies bei den anderen beiden Konzepten der Fall ist – auch von der grundlegenden ökonomischen Reorganisation und Lokalisierung ausgegangen werden. Zudem wird die Notwendigkeit grundlegend veränderter Verhaltensweisen und eines veränderten Verhältnisses des Menschen zur Natur als elementar für die Umsetzung von *Bioregionalismus* hervorgehoben. Wichtige Aspekte sind dabei u. a. die Wiederentdeckung gemeinschaftlicher Werte, ein starker Sinn für Interdependenzen zwischen

Menschen, die Bindung an das eigene Lebensumfeld und die Schaffung von Verantwortungsgefühl. (Vgl. Simonis 1997, S. 4)

Besonders interessant ist jedoch vor allem die *Bioregion* als zu Grunde liegende räumliche Einheit, da sie dank ihres Charakters als abgeschlossenes und autarkes Ökosystem unabhängige Lebens- und Wirtschaftsweisen erlaubt. Dank ihrer natürlichen Voraussetzungen bietet sie alle für das Überleben notwendigen Grundvoraussetzungen. (Vgl. Carr 2004, S. 70 ff)

### 5.3 Diskussion der Beispiele

Auf den folgenden Seiten sollen knapp die wichtigsten Unterschiede und Parallelen zwischen den drei dargestellten Konzepten herausgestellt werden. Zudem soll überprüft werden, inwieweit eine inhaltliche Vereinbarkeit gegeben ist.

#### Vergleich der drei Konzepte

Die drei vorgestellten Konzepte weisen große inhaltliche Überschneidungen auf. Entscheidend dabei ist, dass alle grundsätzlich auf eine Lokalisierung der Wirtschaft abzielen, um dadurch eine größtmögliche Unabhängigkeit von Außen zu erreichen und somit eine selbstbestimmte Entwicklung zu ermöglichen, welche den lokalen Gegebenheiten gerecht wird. Gleichzeitig soll jedoch keine Autarkie angestrebt werden, sondern notwendiger Handel zur Ergänzung der eigenen Produktion weiterhin bestehen bleiben. Neben diesen wichtigen Parallelen können einige Unterschiede zwischen den Konzepten identifiziert werden. Diese liegen vor allem in den unterschiedlichen räumlichen Einheiten, auf welche sich die Konzepte beziehen und welche somit als zweckmäßig für die Umsetzung einer wirtschaftlichen Lokalisierung angesehen werden. Während bei der Importsubstitution die nationalstaatliche Ebene entscheidend ist, bezieht sich Agropolitan Development mit den beschriebenen Distrikten hingegen auf deutlich kleinere, überschaubare Einheiten. Bioregionalismus

liegt demgegenüber eine grundsätzlich eigene Sicht von Region zu Grunde, welche nicht auf administrativen Grenzen, sondern auf natürlichen und kulturellen Gegebenheiten beruht. Hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung weisen die drei Ansätze unterschiedliche Schwerpunkte auf. Importsubstitution beschränkt sich dabei auf die wirtschaftliche Organisation und die Schaffung eines dafür geeigneten Rahmens. Agropolitan Development beinhaltet zusätzlich Maßnahmen, welche sich auf die Lebensweisen der lokalen Bevölkerung auswirken. Diese Aspekte, wie eine Orientierung auf Grundbedürfnisse, verändertes Mobilitäts- und Konsumverhalten, aber auch kürzere Transportwege und veränderte Produktionsweisen, unterstreichen die Einbeziehung ökologischer Aspekte in das Konzept. Diese stehen schließlich beim Bioregionalismus im Mittelpunkt und erfordern zu einer erfolgreichen Umsetzung grundsätzliche Veränderungen von Sichtweisen, Werten und Verhalten, während konkrete ökonomische Strategien nicht im Mittelpunkt stehen. Somit weisen die drei vorgestellten Konzepte unterschiedliche Schwerpunkte auf, wobei jedes für sich einen eigenen interessanten Ansatz mit unterschiedlichen Stärken darstellt.

#### Inhaltliche Vereinbarkeit der drei Konzepte

Angesichts der großen Schnittfläche zwischen den vorgestellten Konzepten und der unterschiedlichen Stärken stellt sich die Frage, inwieweit eine inhaltliche Vereinbarkeit grundsätzlich denkbar wäre und sich Synergien erreichen ließen.

Die vorgestellten Konzepte beziehen sich auf unterschiedliche räumliche Ebenen. Dass eine Koexistenz mehrerer Ebenen sogar sinnvoll sein kann, wurde bereits im Zusammenhang mit dem Subsidiaritätsprinzip (siehe auch Gliederungspunkt 4.5) erläutert. Ein räumliches Mehrebenensystem ist auch in Bezug auf die ausgewählten Beispiele denkbar: Bioregionalismus und Agropolitan Development können durchaus als miteinander vereinbar angesehen

werden (Vgl. Atkinson 1992, S. 336). Dabei könnten Agropolitan Districts Unterteilungen der Bioregion darstellen, wie dies von Kirkpatrick Sale vorgenommen wurde: Ausgehend von der größten feststellbaren Bioregion, genannt Ecoregion<sup>31</sup>, nimmt dieser eine Untergliederung in ebenfalls nach natürlichen Kriterien identifizierbare Georegions<sup>32</sup> und Morphoregions<sup>33</sup> vor. (Vgl. Hamm / Rasche 2002, S. 16).

Auf diese Weise könnte ein sehr konkretes Konzept wie *Agropolitan Development* den weniger konkreten *Bioregionalismus* inhaltlich ausfüllen. Diese Art der räumlichen Unterteilung korrespondiert nicht mit der *Importsubstitution*, da sie sich an politisch-administrativen Grenzen orientiert. Die zentrale Bedeutung politischer Instrumente, welche auf höherer Ebene angesiedelt sind und für eine erfolgreiche Lokalisierung der Wirtschaft entscheidend sind, macht jedoch eine Einbeziehung des Nationalstaates in ein erfolgreiches Deglobalisierungskonzept unausweichlich. Das Beispiel des *Bioregionalismus* mit seiner speziellen Sichtweise von Region lässt erahnen, dass die notwendige Vereinbarkeit mit administrativen Grenzen ein großes Problem darstellen kann. Im günstigsten Fall kann eine Deckungsgleichheit von administrativen und ökologischen bzw. natürlichen Grenzen von vornherein gegeben sein, was der Fall ist, wenn sich nationalstaatliche Grenzen an natürlichen Grenzen wie Gebirgen orientieren oder wenn eine Insel oder Inselgruppe einen Staat bildet. Wenn dies – wie in den meisten Fällen – nicht der Fall ist, kann eine Abstimmung administrativer und *bioregionaler* Grenzen auf niedrigerer Ebene hilfreich sein. Im Rahmen räumlicher Reformen und

31 Douglass und Friedmann halten eine Einwohnerzahl von 50.000 bis 150.000 Menschen für angemessen. Ein zentraler Ort mit ca. 10.000 bis 25.000 Einwohnern soll nicht nur den wichtigsten Marktplatz, sondern auch den Standort für die Weiterverarbeitung darstellen. Bei den Zahlenangaben handelt es sich jedoch um modellhafte Werte, welche den realen Gegebenheiten angepasst werden können und müssen. (Vgl. ebd.)

32 Ihre Größe kann mehrere tausend Quadratmeilen umfassen. 40 solcher Ecoregions können in Nordamerika festgestellt werden.

33 Dabei kann es sich um Flusstäler, Gebirgszüge, Täler, sowie spezielle Charakterzüge bezüglich Flora und Fauna handeln.

Neuordnungen – etwa im Zuge politischer Dezentralisierungsprozesse – lassen sich Grenzen verändern, so dass sie mit *bioregionalen Prinzipien* abgestimmt werden können (Vgl. Alexander 1990, o. S. zit. n. Atkinson 1992, S. 331). Entscheidend ist neben der Schaffung politischer Kompetenzen für *bioregionale Einheiten* auch die Möglichkeit, auf höhere Politikerebenen wie die nationale Einfluss nehmen zu können. Daneben sind erweiterte Steuerungsformen, welche die klassischen, sich an politischen Grenzen orientierenden Kompetenzen ergänzen, eine weitere Möglichkeit der Einflussnahme. Ein Beispiel hierfür, welches gerade im Zusammenhang mit *Bioregionalismus* einen interessanten Ansatz darstellt, ist das Management von Wassereinzugsgebieten (Vgl. Atkinson 1992, S. 339). Sind solche Steuerungsformen, welche angesichts veränderter Anforderungen und eines veränderten Politikverständnisses verstärkt aufgenommen, mit entsprechender finanzieller und politischer Macht ausgestattet, sind sie durchaus in der Lage, die notwendigen politischen Entscheidungen zur wirtschaftlichen Lokalisierung mitzugestalten. Wie sich zeigt, bestehen durchaus Möglichkeiten, die drei vorgestellten Konzepte sowie Ansätze auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen miteinander zu vereinen. Durch die Kombination der jeweiligen Instrumente ließe sich so ein integriertes und umfassendes Konzept zur Umsetzung des Deglobalisierungsansatzes entwickeln.

#### 5.4 Die Umsetzbarkeit von Deglobalisierungskonzepten

Nach der theoretischen Auseinandersetzung mit Deglobalisierungskonzepten ergibt sich die Frage nach einer praktischen Umsetzbarkeit. Hierzu sollen in der Folge in knapper Form einige Denkanstöße geliefert werden.

##### Probleme bei der Umsetzung

Es liegt in der Logik des Deglobalisierungsansatzes als alternatives und aktuellen Entwicklungstrends entgegen gerichtetes Paradigma, dass sich eine

Umsetzung als schwierig erweisen würde. Folglich ließen sich zahlreiche Probleme auflisten, welche einer Umsetzung konkreter Deglobalisierungskonzepte wie den vorgestellten entgegenstehen. *Bioregionalismus* ist bisher nicht über den Status einer uneinheitlichen wissenschaftlichen Debatte und vereinzelte Initiativen hinausgekommen. *Agropolitan Development* wurde nur in geringem Umfang und in abgewandelter Form umgesetzt. Die *Importsubstitution* war demgegenüber jahrelang Praxis in einigen Entwicklungsländern, konnte sich jedoch langfristig nicht als alternative Politik halten. Dabei ist eine Vielzahl von Problemen vorstellbar, welche die Umsetzung von Deglobalisierungskonzepten erschweren. Die folgende Auflistung ist dabei keineswegs abschließend, sondern zeigt nur einige mögliche Hindernisse.

- » Eine grundlegende Systemdiskussion, wie sie in dieser Arbeit geführt wurde und wie sie für ein Einschlagen alternativer Entwicklungspfade notwendig wäre, wird in der öffentlichen Debatte in Politik und Medien kaum geführt (Vgl. Korten 2004, S. 72). Vielmehr wird der Status quo als einzig möglicher Weg angesehen – eine Auffassung, welche auch mit dem Schlagwort „Ende der Geschichte“ (Klein 2004, S. 422) umschrieben wird.
- » Die Macht und Interessen derjenigen, welche von der heutigen Entwicklung profitieren, stehen den alternativen Ansätzen entgegen. Wie an mehreren Stellen dieser Arbeit aufgezeigt wurde (siehe auch Gliederungspunkte 3.4 und 4.2.3), waren diese Akteure überaus erfolgreich darin, eine ihren Interessen entsprechende globale Ordnung zu schaffen und auszubauen. Bekanntlich wurden Entwicklungsländer so schon einmal zu einer Öffnung für den Weltmarkt gedrängt. (Vgl. Bello 2004a, S. 33f)
- » Dem gegenüber haben Fürsprecher von Deglobalisierungskonzepten nur wenig Einfluss. So sind Bevölkerungsgruppen, welche von einer Veränderung profitieren

würden, oft marginalisiert. Ökologische Aspekte, welche ebenfalls für Deglobalisierungskonzepte sprechen würden, sind in der politischen Praxis oft unterrepräsentiert. (Vgl. ebd., S. 32 ff.)

- » Zudem lassen sich verschiedene Gründe finden, die teilweise erhebliche Widerstände gegen Deglobalisierungskonzepte vermuten lassen. Die Begrenztheit lokaler Märkte lässt die lokale wirtschaftliche Entwicklung schnell an ihre Grenzen kommen, was sich einschränkend auf den Wohlstand der lokalen Bevölkerung auswirken kann. Dieser Aspekt ließ bereits die *Importsubstitution* an ihre Grenzen stoßen (Vgl. Bae 1990, S. 16f).
- » Insbesondere vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Zielvorstellungen wie Wachstum und Fortschritt (siehe auch Gliederungspunkt 3.2) erscheint fraglich, ob eine Entwicklung, welche nicht in erster Linie auf diese Werte ausgerichtet ist, auf eine breite Akzeptanz stößt.
- » Viele Güter, welche in lokalen Produktionssystemen hergestellt werden, können preislich nicht mit den Massengütern der TNK konkurrieren (Vgl. Atkinson 2003, S. 9). Gerade angesichts extremer Armut würden ärmere Bevölkerungsschichten mitunter am stärksten unter höheren Preisen für einige Produkte leiden, so dass ein Legitimationsproblem die Folge wäre.
- » Eine Politik, welche entsprechende Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Lokalisierung trifft, ist aus unterschiedlichsten Gründen angreifbar. Argumente könnten dabei die Einschränkung individueller und unternehmerischer Freiheit bei hoher staatlicher Kontrolle sein. Gleichzeitig ist der Vorwurf übermäßiger Subventionen denkbar, welche für den Umbau der Wirtschaft unabdingbar wären. In Anbetracht der kurzfristig zu befürchtenden negativen Folgen fiel die Rechtfertigung für einen erneuten umfassenden Wandel schwer, besonders wenn

dieser nicht mit Wachstumszahlen einhergeht. (Vgl. Norberg-Hodge, S. 449f)

- » Fehlende politische Unterstützung kann eine Folge der zuletzt genannten Probleme sein. Gerade lokale Initiativen ‚von unten‘ sind auf diese jedoch angewiesen, etwa in Form einer entsprechenden Außenhandels- und Förderpolitik. (Vgl. International Forum on Globalization 2002, S. 110 ff.)
- » Auch wenn der Wille zur Deglobalisierung besteht, können unterschiedliche Faktoren einer erfolgreichen Umsetzung entgegenstehen. Aus verschiedenen Gründen kann die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit von Staaten erheblich eingeschränkt sein. Dies kann der Fall sein, wenn Mitgliedschaften in Staaten- und Handelsbündnissen, Interessenorganisationen oder supranationalen Organisationen Verpflichtungen nach sich ziehen. Dies ist insbesondere dann von Bedeutung, wenn sich diese Organisationen einer globalisierten Wirtschaft verschrieben haben (siehe auch Gliederungspunkt 2.1.3 und 3.4; Atkinson 1992, S. 336).

### Chancen für eine Umsetzung

Trotz der genannten Probleme bei der Umsetzung von Deglobalisierungskonzepten bestehen hierfür dennoch Chancen. Einige Argumente, die für eine erfolgreiche Umsetzung sprechen könnten, sollen hier kurz aufgelistet werden.

- » Die Kritik an der heutigen Globalisierung durch die internationale Zivilgesellschaft mehrt sich. Massenproteste bei Treffen von Organisationen wie dem *World Economic Forum*, der *WTO* oder der *G 8*, welche als Protagonisten der Globalisierung gesehen werden können, sind mittlerweile die Regel. Gleichzeitig sind aktuell Themen wie der Klimawandel oder Gesundheitsrisiken durch industriell gefertigte Nahrungsmittel in den Medien weltweit präsent. (Vgl. BELLO 2004a, S.16f; INTERNATIONAL FORUM ON GLOBALIZATION, S. 3). Diese Aspekte spre-

chen für eine erhöhte Akzeptanz und eine steigende Zahl an Befürwortern alternativer Ansätze.

- » Der Deglobalisierungsansatz verfolgt eine Entwicklung, welche Werte wie Gesundheit, Gleichheit, Solidarität, Vielfältigkeit, Gemeinschaftlichkeit, Demokratie und Selbstbestimmtheit sichern soll. Diese Werte stehen zwar mitunter im Widerspruch zu individuellem, materiellem Wohlstand, Wachstum, Fortschritt und Individualismus, können jedoch vor dem Hintergrund, dass heute die Mehrheit der Menschen nicht von den Verheißungen der Globalisierung profitiert, als durchaus viel versprechend betrachtet werden. (Vgl. BELLO 2004a, S. 114; INTERNATIONAL FORUM ON GLOBALIZATION 2002, S. 54 ff. und S. 108)
- » Die Umsetzung des Deglobalisierungsansatzes als alternativen Entwicklungspfad scheint vor allem dort möglich zu sein, wo besonders viele Menschen zu den Verlierern der Globalisierung gezählt werden können. Dies ist insbesondere in Entwicklungsländern oft der Fall. Nicht umsonst waren es Entwicklungsländer, welche sich bereits in den 1950er, -60er und -70er Jahren mit Hilfe der *Importsubstitution* gegen die Konkurrenz der Industrieländer und die Gefahren des Weltmarkts zu schützen versuchten. In diesen Staaten sind direkte und spürbare Verbesserung der Lebensumstände für weite Teile der Bevölkerung durch die Umsetzung von Deglobalisierungskonzepten denkbar. Deglobalisierungskonzepte bieten Entwicklungsländern dabei die Möglichkeit, sich aus der Abhängigkeit von Industrieländern und den von ihnen aufgestellten Regeln zu befreien (Vgl. Atkinson 1992, S. 330).
- » In der Tat sind bereits Tendenzen in diese Richtung erkennbar. Vor allem in Lateinamerika sind in der jüngeren Vergangenheit vermehrt politisch links-orientierte Regierungen gewählt worden, was Bello als „anti-neoliberale Revolutionen“ (Bello 2006, o. S.) bezeichnet.

net. Strategien wie der Schutz der nationalen Wirtschaft sowie deren Diversifizierung sind unter solchen Regierungen nicht unwahrscheinlich.

- » Zwar unterliegen Nationalstaaten den Verpflichtungen von Abkommen und Mitgliedschaften in Organisationen, die das Einschlagen des Deglobalisierungsansatzes erschweren können, dennoch können sie auf Grund ihrer Souveränität ihre politische Strategie weitgehend selbst bestimmen. Ist der politische Wille erst einmal vorhanden, können z.B. gemeinsam mit anderen Staaten Abkommen und Regelwerke beeinflusst werden. Wenn dies nicht ausreichen sollte, kann eine Mitgliedschaft in entsprechenden Organisationen wie der etwa *WTO* bzw. die Unterwerfung entsprechender Abkommen überdacht werden. (Vgl. Atkinson 2002, o. S.)
- » Ein weiterer Aspekt, welcher für die Umsetzung von Deglobalisierungskonzepten spricht und bereits diskutiert wurde, ist die Unausweichlichkeit von Deglobalisierung auf Grund der Begrenztheit fossiler Energieträger (siehe auch Gliederungspunkt 4.3.5). Wenn die globalisierte Weltwirtschaft durch die zunehmende Verteuerung fossiler Energieträger immer unrentabler wird, sollte hierdurch die Akzeptanz für Deglobalisierungskonzepten steigen. (Vgl. Atkinson 1992, S. 349f)

Die Nennung wichtiger Argumente gegen und für eine erfolgreiche Umsetzung von Deglobalisierungskonzepten erfolgte hier nur äußerst knapp. Die stichpunktartige Nennung einzelner Punkte zielte dabei nicht darauf ab, eine abschließende Aussage über die Umsetzbarkeit treffen zu können. Vielmehr handelt es sich um eine Auflistung einiger Denkanstöße, welche im Rahmen einer ausführlichen Diskussion zu berücksichtigen wären. Ob eine erfolgreiche Umsetzung von Deglobalisierungskonzepten unter heutigen Bedingungen als realistisch anzusehen ist, werden kann an dieser Stelle nicht abschließend geklärt werden.

## 5.5 Zwischenfazit

Nachdem zunächst ausgewählte Beispiele zum Veranschaulichen des Deglobalisierungsansatzes vorgestellt wurden, zeigte deren Vergleich, dass neben einigen Unterschieden wichtige inhaltliche Überschneidungspunkte bestehen. Ihnen liegen ähnliche Denkweisen und Ziele zu Grunde, so dass sich die im Einzelnen vorgesehenen Maßnahmen und Instrumente gegenseitig ergänzen können. Die Praxistauglichkeit solcher Konzepte stellt jedoch einen problematischen Punkt dar. Hier lassen sich Argumente für und gegen eine erfolgreiche Umsetzung aufführen, ohne dass die Frage nach der Umsetzbarkeit eindeutig bejaht oder verneint werden kann. Ebenso wie die hier aufgeführten Argumente keineswegs abschließend waren, stellen die ausgewählten Beispiele lediglich drei Möglichkeiten aus einer Vielzahl möglicher Ansätze dar. Das zurückliegende Kapitel galt lediglich einer Annäherung an das Thema und einer Veranschaulichung durch Beispiele.

# 6

## Fazit

Zu Beginn der vorliegenden Arbeit wurden zunächst zwei zentrale Begriffe – Globalisierung und nachhaltige Entwicklung – erläutert. Danach wurden diese in Bezug zueinander gesetzt, woraus sich die Frage ergab, ob beide grundsätzlich miteinander vereinbar sind. In der folgenden Auseinandersetzung mit den Mechanismen und Folgen der Globalisierung wurde deutlich, dass eine Vereinbarkeit nicht möglich ist. Aus dieser Erkenntnis ergab sich die Frage, wie alternative Entwicklungsstrategien zum Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung aussehen könnten. Dabei wurden mit dem Global-Governance-Ansatz und dem Deglobalisierungsansatz zwei grundsätzliche und entgegen gerichtete Wege vorgestellt und diskutiert. Als mögliches Paradigma zum Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung wurde der Deglobalisierungsansatz identifiziert, der gegenüber dem Global-Governance-Ansatz an den grundsätzlichen Problemen der Globalisierung ansetzt. Zur Veranschaulichung, wie eine Umsetzung ausgewählter Deglobalisierungskonzepte aussehen könnte, wurden mit der *Importsubstitution*, *Agropolitan Development* und *Bioregionalismus* drei Beispiele vorgestellt und diskutiert. Dabei zeigte sich, dass Potentiale hinsichtlich der Kombinierbarkeit unterschiedlicher Ansätze

sowie bezüglich ihrer Umsetzbarkeit bestehen, denen jedoch auch Hindernisse gegenüberstehen. Abschließend wurden einige Argumente für und gegen eine erfolgreiche Umsetzung von Deglobalisierungskonzepten genannt.

Im Hinblick auf den Titel der vorliegenden Arbeit - „Alternativen zur neoliberalen Globalisierung zum Ermöglichen einer nachhaltigen Entwicklung“ ist festzuhalten, dass mit dem Deglobalisierungsansatz eine solche Alternative vorgestellt, diskutiert, als tauglich identifiziert und letztlich durch die Vorstellung konkreter Konzepte konkretisiert wurde. Dass in nicht allzu ferner Zukunft angesichts zunehmender globalisierungsbedingter Probleme eine grundlegende Diskussion über alternative Entwicklungspfade unausweichlich ist, liegt auf der Hand. Ob dabei jedoch auch Wege eingeschlagen werden, die den im Rahmen dieser Arbeit vorgeschlagen Lösungen im Sinne einer wirtschaftlichen Lokalisierung ähneln, sei dahingestellt. Gerade angesichts der immer wieder hervorgehobenen Interessen und der Einflüsse einiger Akteure erscheinen Lösungen im Sinne von Global Governance, welche nicht per se von einer globalisierten Weltwirtschaft abkehren, als wahrscheinlicher. Dass

auf diesem Wege die tiefgehenden Probleme der Globalisierung jedoch gelöst werden können, kann bezweifelt werden.

## Reflexion und Ausblick

In der vorliegenden Arbeit wurde der Versuch unternommen, einige sehr grundlegende Zusammenhänge und Problematiken herauszustellen und hierfür komplexe Lösungsstrategien zu identifizieren, zu diskutieren und zu veranschaulichen. Angesichts des begrenzten Rahmens, der dabei zur Verfügung stand, konnten wichtige Aspekte nur wenig oder gar keine Beachtung finden. Daher sollen hier einige Punkte, die in der vorliegenden Arbeit etwas zu kurz gekommen sind, zumindest aufgeführt werden:

Unter dem Schlagwort Globalisierung wurden hier vor allem wirtschaftliche Entwicklungen gefasst, wobei das Weltproduktions- und Handelssystem im Zentrum des Begriffs standen. Durch diese begriffliche Verkürzung wurden wichtige Themen wie die Rolle der Kapitalmärkte oder Dienstleistungen weitgehend ausgeblendet. Auch die Auseinandersetzung mit den negativen Auswirkungen der Globalisierung musste sich im begrenzten Rahmen dieser Arbeit auf einige zentrale Themen beschränken.

Ein weiterer interessanter Aspekt wären Zusammenhänge mit dem Thema Siedlungswesen. Menschliche Siedlungen werden maßgeblich durch Globalisierung – etwa in Form

der Herausbildung von ‚Megastädten‘ und ‚Global Cities‘ beeinflusst und würden dies auch durch eine Umsetzung von Deglobalisierungskonzepten und eine damit verbundene Umstrukturierung der Wirtschaft. Zu beleuchtende Aspekte wären dabei u. a. Übervölkerung und daraus resultierende ökologische und soziale Folgen, städtische Arbeitsmärkte, Informalisierung oder das Verhältnis zwischen Stadt und Land.

Interessant wäre zudem eine ausführlichere Auseinandersetzung mit dem Deglobalisierungsansatz gewesen. In den entsprechenden Kapiteln ging es vor allem darum, die Potentiale dieses Ansatzes für eine nachhaltige Entwicklung und zum Lösen von Problemen im Zusammenhang mit der Globalisierung aufzuzeigen. Dabei geriet die kritische Hinterfragung des Deglobalisierungsansatzes auf mögliche negative Folgen etwas kurz, wobei unterschiedliche Aspekte diskutierenswert wären. Welche Gefahren können durch Deglobalisierung entstehen? Was passiert, wenn sich unterschiedliche regionale Politiken nicht miteinander vereinen lassen und Konflikte entstehen? Was passiert, wenn eine Region Lösungen zu Lasten der anderen schafft? Besonders die Rolle bzw. die Vereinbarkeit von Megastädten mit Deglobalisie-

rungskonzepten wäre ein interessanter Aspekt gewesen.

Der Umstand, dass die genannten Aspekte im Rahmen dieser Arbeit nicht in ihnen gebührendem Umfang diskutiert wurden, soll die Ergebnisse jedoch nicht grundsätzlich in Frage stellen. Die zentralen Aussagen, dass die heutige Globalisierung mit dem dazugehörigen Weltwirtschaftssystem nicht mit einer nachhaltigen Entwicklung zu vereinbaren ist und dass die Möglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung im Deglobalisierungsansatz zu suchen sind, bleiben bestehen. Vielmehr sollen sie einen Ausblick über interessante Themen geben, die an anderer Stelle bearbeitet werden könnten.

# 8

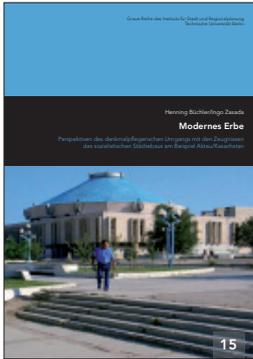
## Quellenverzeichnis

### 8.1 Literatur

- Alexander, D. 1990:** Bioregionalism: Science or Sensibility? In: Environmental Ethics, No. 12, 1990.
- Amelung, T 1989:** Die politische Ökonomie der Importsubstitution und der Handelsliberalisierung: das Beispiel Türkei. Tübingen.
- Atkinson, A. 1992:** The Urban Bioregion as Sustainable Development Paradigm. In: Third World Planning Review 14 (4): 327-354.
- Bae, J.-Y. 1990:** Importsubstitution im weltmarktorientierten Entwicklungsland - theoretische Analyse und empirische Befunde am Beispiel der Republik. Berlin.
- Bello, W. 2000a:** "Die USA sind ein radikales Regime" - Globalisierungskritiker Walden Bello über die Ziele der Regierung Bush und die Gegenbewegungen in Nord und Süd. In: Neues Deutschland, 28. Januar 2006.
- Bello, W. 2000b:** Der Kampf für eine deglobalisierte Welt. In: Focus on the Global South, Annual Report 2000, S. 8f.
- Bello, W. 2004a:** Deglobalization – Ideas for a new world economy. London / New York.
- Bello, W. 2004b:** Die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank. In: Mander, J. / Goldsmith, E. 2004: Schwarzbuch Globalisierung. München.
- Blotevogel, H. H. 2000:** Zur Konjunktur der Regionsdiskurse. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 9/10, S. 491-506.
- Brand, U. et al 2000:** Global Governance - Alternative zur neoliberalen Globalisierung. Münster.
- Brunnengräber, A. / Wolff, Franziska 2003:** Global Governance oder Deglobalisierung? Zwei Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung. In: Politische Ökologie 85, 21. Jg., September / Oktober 2003, S. 30 – 32.
- Carr, M. 2004:** Bioregionalism and Civil Society. Democratic Challenges to Corporate Globalism. Vancouver.
- Clarke, T. 2004:** Herrschaftsmechanismen von Unternehmen. In: Mander, J. / Goldsmith, E. 2004: Schwarzbuch Globalisierung. München.
- Douglass, M. / Friedmann, J. 1976:** Agropolitan Development: Towards a new strategy for regional planning in Asia. S.163-190.
- Douglass, M. 1998:** A Regional Network Strategy for Reciprocal Rural-Urban Linkages – An Agenda for Policy Research with Reference to Indonesia. In: Third World Planning Review, Vol 20, No. 1, 1998.
- Friedrich, H. / Wiedemeyer M. 1998:** Arbeitslosigkeit – ein Dauerproblem. Dimensionen, Ursachen, Strategien. Opladen.
- Goldsmith, E. 2004:** Entwicklung als Kolonialismus. In: Mander, J. / Goldsmith, E. 2004: Schwarzbuch Globalisierung. München.
- Gresh, A. 2006:** Atlas der Globalisierung – Die neuen Daten und Fakten zur Lage der Welt. Paris.
- Harborth, H-J. 1991.** Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung – Eine Einführung in das Konzept „Sustainable Development“. Berlin.
- Hauff, V. 1987:** Unsere Gemeinsame Zukunft – Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. dt. Fassung. Greven.
- Heinrich-Böll-Stiftung 2008:** Bali, Poznan, Kopenhagen – Dreisprung zu einer neuen Qualität der Klimapolitik? Band 2 der Reihe Ökologie. Berlin.
- International Energy Agency 2006a:** World Energy Outlook. London.
- International Forum on Globalization (IFG) 2002:** Alternatives to Economic Globalization – A Better World is Possible. San Francisco.
- Klemme, M. 2002:** Interkommunale Kooperation und nachhaltige Entwicklung. Dortmunder Beiträge zur Raumordnung, Band 110. 2002. Dortmund.

- Konter, E. 2005a:** Europäische Stadt und Nachhaltigkeit. Resumée des Seminars Philosophie der Stadt 2: Urbanität und Nachhaltigkeit.
- Konter E. 2005b:** Globalisierung und Nachhaltige Entwicklung. Text zur Vorlesung am 8. November 2005.
- Korten, D. 2002:** Das Scheitern von Bretton Woods. In: Mander, J. / Goldsmith, E. 2004: Schwarzbuch Globalisierung. München.
- Mander, J. 2004:** Gegen die steigend Flut. In: Mander, J. / Goldsmith, E. 2004: Schwarzbuch Globalisierung. München.
- Morris, D. 2004:** Freihandel: der große Zerstörer. In: Mander, J. / Goldsmith, E. 2004: Schwarzbuch Globalisierung. München.
- Norberg-Hodge, H. 2004:** Von globaler Abhängigkeit zu lokaler Interdependenz. In: Mander, J. / Goldsmith, E. 2004: Schwarzbuch Globalisierung. München.
- Klein, N. 2004:** Abschied vom „Ende der Geschichte“: Organisation und Vision einer konzernkritischen Bewegung. In: Mander J., Goldsmith E. 2004: Schwarzbuch Globalisierung.
- Pütz, M. 2004:** Regional Governance – Theoretisch-konzeptionelle Grundlagen und eine Analyse nachhaltiger Siedlungsentwicklung in der Metropolregion München. München.
- Retallack, S. / Sobhani, A. 2004:** Der Weg in die Klimakatastrophe. In: Mander J., Goldsmith E. 2004: Schwarzbuch Globalisierung. München.
- Retallack, S. 2004:** Die ökologischen Kosten der wirtschaftlichen Globalisierung. In: Mander, J. / Goldsmith, E. 2004: Schwarzbuch Globalisierung. München.
- Sachs, W. 2004:** Wie zukunftsfähig ist Globalisierung? In: Mander, J. / Goldsmith, E. 2004: Schwarzbuch Globalisierung. München.
- Schamp, E. W. 1997:** Globalisierung von Produktionsnetzen und Standortsystemen. In: Geographische Zeitschrift 85 (1997), S. 205-219.
- Stiglitz, J. 2004:** Die Schatten der Globalisierung. München.
- Stöhr, W. B. / Tödtling, F. 1978:** Spatial Equity – Some Antitheses to Current Regional Development Doctrine. In: Papers of the Regional Science Association, S. 38.
- Szenernyi, T. 1999:** Zur Operationalisierung von Nachhaltigkeit und nachhaltiger Entwicklung. Köln.
- Torres, R. 2001:** Towards a Socially Sustainable World Economy: An Analysis of the Social Pillars of Globalization. International Labour Office. Genf.
- Williamson, J. 1990:** What Washington Means by Policy Reform. Chapter 2 from Latin American Adjustment: How Much Has Happened. Institute for International Economics, Washington, D.C.
- the Secretary General's Reform,** Monday 12 September 2005, 10:00 – 12:15. Auf: <http://www.newsynergies.org/Apage/doc/MDGpaper.htm>. Zugriff am 02.02.2006.
- Bello, W. 2006:** „Die USA sind ein radikales Regime“ - Globalisierungskritiker Walden Bello über die Ziele der Regierung Bush und die Gegenbewegungen in Nord und Süd – Interview. Auf: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/USA/Bello2004b.html>. Zugriff am 14.03.2007.
- Hamm, B. / Rasche, B. 2002:** Bio-regionalismus - Ein Überblick. Auf: <http://www.uni-trier.de/zes/schriftenreihe/053.pdf>. Zugriff am 13.04.2006.
- International Monetary Fund:** World Economic Outlook 2004. Auf: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2004/02/pdf/statappx.pdf>. Zugriff am 20.09.2005.
- International Energy Agency 2006b:** Key World Energy Statistics 2006. Auf: <http://www.iea.org/textbase/nppdf/free/2004/keyworld2004pdf#search=%2222IEA%2C%20which%20was%20established%20in%20November%201974%2C%20has%20over%22%22>. Zugriff am 19.09.2006.
- International Energy Agency 2004:** Analysis of the Impact of High Oil Prices on the Global Economy. Auf: [http://www.iea.org/textbase/papers/2004/high\\_oil\\_prices.pdf](http://www.iea.org/textbase/papers/2004/high_oil_prices.pdf). Zugriff am 16.11.2006.
- United Nations Development Programme 2005:** Human Development Report 2005. Auf: <http://hdr.undp.org/reports/global/2005/>. Zugriff am 15.02.2006.
- Simonis, U. E. 1997:** Bioregionalism - A Pragmatic European Perspective. Auf: <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/1997/ii97-407.pdf>. Zugriff am 12.02.2006.
- Atkinson, A. 2005:** Obstacles to Achieving the MDGs. Millennium Development Goals and

# Online-Veröffentlichungen



Nr. 15

Henning Büchler/Ingo Zasada

## Modernes Erbe

**Perspektiven des denkmalpflegerischen Umgangs mit den Zeugnissen des sozialistischen Städtebaus am Beispiel Aktau/Kasachstan**

Auch nach Ende der sozialistischen Systeme ist die Diskussion des Umganges mit sozialistischer Nachkriegsmoderne in Wissenschaft und denkmalpflegerischer Praxis noch immer eine Randerscheinung, während sie international verstärkt als erstzunehmende kunstgeschichtliche Epoche wahrgenommen und damit zum Gegenstand denkmalpflegerischen Handelns wird. Im Zentrum dieser Arbeit steht die Annäherung an das Thema Stadtentwicklung mit einem denkmalpflegerischen und bestandserhaltenden Ansatz in der sozialistischen Planstadt Aktau/Kasachstan.

2008. 175 S., ISBN 978-3-7983-2093-2

**kostenloser download unter [www.isr.tu-berlin.de](http://www.isr.tu-berlin.de)**



Nr. 14

Tim Birkholz

## „Schloss mit der Debatte!“

**Die Zwischennutzungen im Palast der Republik im Kontext der Schlossplatzdebatte**

Die Arbeit liefert einen Überblick über die zahlreichen paradoxen Wendungen in der Entwicklung und Bedeutung des Palastes der Republik, von seiner Erbauung kurz vor der Wiedervereinigung, gefolgt von jahrelangem Leerstand und Asbestsanierung in den 1990er Jahren bis zu den Zwischennutzungen und dem Abriss 2006. Kritisch beleuchtet wird die in den 1990er Jahren begonnene Auseinandersetzung um die richtige (oder falsche) Bebauung des Schlossplatzes, die sogenannte Schlossplatzdebatte, die im Jahre 2002 durch die Zwischennutzungen mit neuen Akteuren und Inhalten erneut aufflammte.

2008. 62 S., ISBN 978-3-7983-2092-5

**kostenloser download unter [www.isr.tu-berlin.de](http://www.isr.tu-berlin.de)**



Nr. 13

Robert Riechel

## Regionale Entwicklung organisieren?

**Regionale Wachstumskerne im Städteverbund in der neuen Förderpolitik des Landes Brandenburg**

Die Arbeit befasst sich mit der Neuausrichtung der Förderpolitik in Brandenburg. Konkret geht es um ihre räumliche Komponente in Form der 15 Regionalen Wachstumskerne, die die brandenburgische Landesregierung im November 2005 ernannt hat. Die Auswahl der Wachstumskerne und ihre besondere förderpolitische Bedeutung sowie der Entstehungsprozess der Förderstrategie werden nachgezeichnet und bewertet. Es wird untersucht, inwiefern die Region im Zuge der neuen Förderstrategie eine strategische Aufwertung als Handlungsebene der Landespolitik erfahren hat und wie die dezentralen Umsetzungsprozesse verlaufen.

2008. 132 S., ISBN 978-3-7983-2089-5

**kostenloser download unter [www.isr.tu-berlin.de](http://www.isr.tu-berlin.de)**



Nr. 12

Christina Pachaly

## Die Krise großstädtischer Subzentren

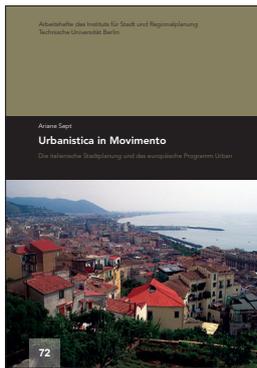
**Zentralitätsverlust gewachsener Nebenzentren mit eigener städtischen Tradition am Beispiel von Frankfurt-Höchst**

In den Kernbereichen vieler europäischen Metropolen finden dynamische Entwicklungen statt, um die Städte für den wachsenden Konkurrenzkampf zu rüsten. Abseits der gewachsenen Kerne expandieren geschlossene Einkaufszentren. Die alten Zentren der zweiten und dritten Hierarchiestufe verlieren dagegen an Bedeutung, sie sind die Verlierer des sich vollziehenden Strukturwandels. Einige dieser großstädtischen Subzentren üben traditionell weit über ihre Grenzen hinaus Zentralfunktionen auf ihre Umgebung aus. Die Arbeit untersucht anhand des Fallbeispiels Frankfurt-Höchst, wie Zentrumsfunktionen außerhalb der Großstadt-City entstanden und nun verloren gehen. Aus den vorhandenen Potentialen werden mögliche Wege zum Aufbau neuer Zentrumsfunktionen entwickelt.

2007. 70 S., ISBN 978-3-7983-2042-0

**kostenloser download unter [www.isr.tu-berlin.de](http://www.isr.tu-berlin.de)**

# Aktuelle Arbeitshefte



Nr. 72

Ariane Sept

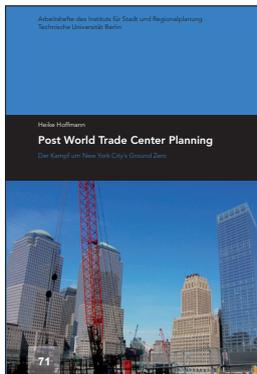
## Urbanistica in Movimento

Die italienische Stadtplanung und das europäische Programm Urban

Anhand der europäischen Gemeinschaftsinitiative Urban untersucht die vorliegende Arbeit einerseits die zunehmende Bedeutung europäischer Integration für die Stadtplanung und andererseits den Wandel italienischer Stadtplanung seit Beginn der 1990er Jahre. Dabei geht es weniger darum, Problemlagen in italienischen Städten auszumachen und entsprechende Handlungsansätze vorzuschlagen, als vielmehr Prozesse der Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtentwicklung aus dem Blickwinkel einer externen Beobachterin abzubilden.

2008. 153 S., zahlreiche Abb., ISBN 978 3 7983 2087 1

15,90 €



Nr. 71

Heike Hoffmann

## Post World Trade Center Planning

Der Kampf um New York City's Ground Zero

Nach dem 11. September 2001 entfachte sich eine breite Debatte um die Zukunft von Ground Zero, die von hoher politischer und wirtschaftlicher Symbolik sowie tief greifender emotionaler Bedeutung geprägt war. Insbesondere durch das – medial hoch inszenierte – Bürgerforum Listening to the City konnte weltweit durchaus der Eindruck entstehen, die New Yorker Stadtentwicklung würde nicht nur durch private Investoren und deren Kapital bestimmt, sondern es würden nun zivilgesellschaftliche Akteure den Prozess entscheidend mitbestimmen. Anlässlich dessen wird in diesem Buch grundlegend nach der Rolle und Einflussnahme verschiedenster Akteure auf die planerischen und städtebaulich-architektonischen Ergebnisse gefragt und die Struktur des Planungsprozesses insgesamt analysiert.

2008. 224 S., zahlreiche Abb., ISBN 3 7983 2070 3

17,90 €



Nr. 70

Ricarda Pätzold

## Zug um Zug

Die Aufgabe öffentlicher Nahverkehr – Eine Chance für die Region  
Potenziale – Akteure – Kooperation

Für den Ausbau regionaler Zusammenarbeit sind regionale Themen und die Präsenz regionsweit agierender Akteure erforderlich. In der vorliegenden Arbeit wurden die Potenziale für die Konstituierung von Regionen anhand des Themas öffentlicher Personennahverkehr untersucht. Trotz der vielfältigen Potenziale wurde deutlich, dass einzelne Impulse – wie der Nahverkehr – nicht ausreichen, um grundlegende Veränderungsprozesse in einer verbalen Region hin zur Entwicklung einer Handlungsregion zu initiieren. Regionen brauchen konsequente Fürsprecher, eigenständige Aufgabenbereiche und Koordination, denn nur so können die verschiedenen Facetten des regionalen Potenzials auch im Verbund wirken.

2008. 210 S., zahlreiche farbige Abb. und Tab., ISBN 978 3 7983 2069 7

16,90 €



Nr. 69

Anke Fischer

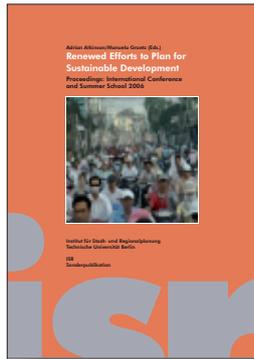
## Das Berliner Kulturforum

Das Berliner Kulturforum ist mehr als nur eine Addition von Bauwerken, es ist aus seiner Entstehungsgeschichte heraus vor allem auch ein kulturgeschichtliches Denkmal. Das Konzept der Stadtlandschaft von Hans Scharoun, auf dem die Struktur des Kulturforums basiert, wurde nicht vollständig umgesetzt und die städtebauliche Konzeption mehrmals verändert. So ist es auch ein seit Jahrzehnten höchst umstrittenes Projekt, an dem Stadtplaner, Kulturpolitiker und auch Denkmalpfleger mit stark divergierenden Positionen gewirkt haben bzw. zu wirken bemüht waren und noch sind. Auf Grund dieser Umstände und der zentralen Lage nahe dem Potsdamer Platz ist das Kulturforum einem permanenten Veränderungsdruck ausgesetzt. In dieser Arbeit werden sowohl das Gebiet und seine Bauwerke, als auch die Debatten und ihre Akteure untersucht und bewertet und Empfehlungen für den weiteren Umgang mit dem Kulturforum unter Beachtung seiner bau-, planungs- und kulturgeschichtlichen Bedeutung gegeben.

2007. 110 S., zahlreiche Abb., ISBN 978 3 7983 2067 3

15,90 €

# Sonderpublikationen



Adrian Atkinson/Manuela Graetz (Eds.)

## **Renewed Efforts to Plan for Sustainable Development** Proceedings: International Conference and Summer School 2006

Cities are ‚sprawling‘ into the surrounding countryside everywhere in the world. There is real concern that this pattern of development is not sustainable and that it is urgently necessary to find and then implement urbanisation patterns that will be sustainable for future generations.

This year's Summer School took as its topics: the analysis of exactly what is wrong with current planning systems that they are failing to address the problem of sprawl; what are available techniques to analyse and determine whether particular forms of urbanisation are sustainable or not; and how might we reformulate and implement planning systems that will effectively deal with the problems.

The last topic was seen as the most important aspect with the need for planning controls and participatory planning methods as needing urgently to be developed and instituted. In this way, ‚good planning‘ can be interpreted as an essential component of ‚good governance‘.

2007. 361 S., zahlreiche Abb., ink. CD, ISBN 978 3 7983 2051 2

14,00 €



Deike Peters

## **Planning for a Sustainable Europe?**

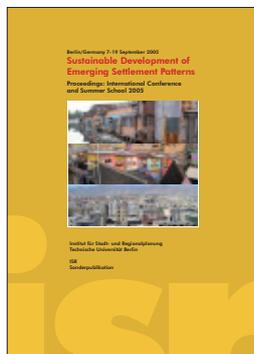
### **EU Transport Infrastructure Investment Policy in the Context of Eastern Enlargement**

The upgrading, expansion and optimization of transport infrastructures is one of the key challenges for creating an ever-expanding „sustainable“ Europe. Officially, the European Union is committed to a shift from road transport to more environmentally sustainable modes, and to decoupling transport from GDP growth. This book contrasts these official policy goals with the reality of EU transport infrastructure policies and programs immediately prior to Eastern enlargement. The presented case studies show that EU transport sector decision-making is in fact dominated by a discourse of „ecological modernization“ which continues to privilege competitiveness and economic growth over alternative development goals.

This study won the 2005 Friedrich List Dissertation Award of the European Platform of Transport Sciences.

2006. 298 S., zahlreiche Abb. und Tab., ISBN 3-7983-2001-2

14,00 €



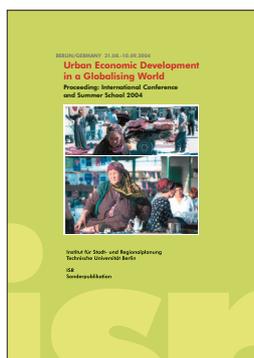
Adrian Atkinson/Manuela Graetz (Eds.)

## **Sustainable Development of Emerging Settlement Planning** Proceedings: International Conference and Summer School 2005

The theme this year takes as background the urbanisation processes that are unfolding in the South. Rural areas are commercialising and new settlements are taking place in rural areas where the subsistence peasant life is in dying and people are increasingly reliant on transport and other resource-intensive activities as part of changing lifestyles. This year's Conference and Summer School analysed these processes. It looked at the increasing demand on resources which these new settlement patterns are making and asked questions about their sustainability. Some case studies of interventions in these development processes designed to bring them back into line with the requirements of sustainability were presented. The Summer School ended with a Short Course on the issue of Sustainable Development and how this needs to become the focus of efforts of urban and regional planners to steer the development process.

2006. 272 S., zahlreiche farbige Abb. und Tab., ISBN-13 978-3-7983-2022-2

14,00 €



Adrian Atkinson, Manuela Graetz, Hanns-Uve Schwedler (Eds.)

## **Urban Economic Development in a Globalising World** Proceedings: International Conference and Summer School 2004

Local economies in cities and urban regions in both the North and the South are suffering weaknesses resulting in high incipient unemployment and hence the growth of informal economies and the spread of poverty. Urban regions are failing to work as integrated providers for the needs of their citizens in the past. Initiatives designed to build stronger local economies, improve chances of remunerative employment and thus reduce poverty, are very fragmented. This conference and summer school aimed at bringing together urban planners concerned with these issues, to shed light on the roots of these problems and to bring about a more strategic and coherent approach to initiatives designed to strengthen local economic development.

2005. 264 S., zahlreiche Abb. und Tab., ISBN-10 3-7983-1991-X

14,00 €

# Aktuelle Diskussionsbeiträge



Nr. 58

Guido Spars (Hrsg.)

## Wohnungsmarktentwicklung Deutschland Trends, Segmente, Instrumente

Die Wohnungsmarktentwicklung in Deutschland ist zunehmend von Ausdifferenzierungsprozessen auf der Nachfrage- und der Angebotsseite geprägt. Die Teilmärkte entwickeln sich höchst unterschiedlich. Die Parallelität von Schrumpfung und Wachstum einzelner Segmente z.B. aufgrund regionaler Bevölkerungsgewinne und -verluste, der Überalterung der Gesellschaft, der Vereinzelung und Heterogenisierung von Nachfragern, des wachsenden Interesses internationaler Kapitalanleger stellen neue Anforderungen an die Stadt- und Wohnungspolitik, an die Wohnungsunternehmen und Investoren und ebenso an die wissenschaftliche Begleitung dieser Prozesse.

Mit Beiträgen von Thomas Hafner, Nancy Häusel, Tobias Just, Frank Jost, Anke Bergner, Christian Strauß, u.a.

2006. 313 S., zahlreiche Abb. und Tab., ISBN 3 7983 2016 0

14,00 €



Nr. 57

Ukrike Lange/Florian Hutterer

## Hafen und Stadt im Austausch Ein strategisches Entwicklungskonzept für einen Hafenbereich in Hamburg

In den zentral gelegenen Hafenbereichen von Hamburg hat in den letzten Jahren ein Umwandlungsprozess eingesetzt, der noch immer andauert. Allgemein zurückgehende Investitionstätigkeit und die unsichere wirtschaftliche Entwicklung, sowie räumliche Besonderheiten des Ortes lassen Zweifel aufkommen, ob die viel praktizierte Masterplanung für eine Entwicklung der Hafenbereiche am südlichen Elbufer geeignet ist. Die vorliegende Arbeit schlägt daher eine Strategie der Nadelstiche vor. Für die Umstrukturierung dieses Hafenbereichs soll eine Herangehensweise angewendet werden, die sich die sukzessiven Wachstumsprozesse einer Stadt zu eigen macht. Durch Projekte als Initialzündungen und ausgewählte räumliche Vorgaben soll unter Einbeziehung wichtiger Akteure ein Prozess in Gang gebracht und geleitet werden, der flexibel auf wirtschaftliche, soziale und räumlich-strukturelle Veränderungen reagieren kann.

2006. 129 S., zahlreiche Abb. und Tab., ISBN 978-3-7983-2016-1

16,00 €



Nr. 56

Anja Besecke, Robert Hänsch, Michael Pinetzki (Hrsg.)

## Das Flächensparbuch Diskussion zu Flächenverbrauch und lokalem Bodenbewusstsein

Brauchen wir ein „Flächensparbuch“, wenn in Deutschland die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung stagniert oder sogar rückläufig ist? Ja, denn trotz Stagnation der Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung wächst die Inanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke. Dies läuft dem Ziel zu einem schonenden und sparsamen Umgang mit der Ressource Boden und damit dem Leitbild einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung entgegen. Das Gut „Fläche“ ist vielseitigen Nutzungsansprüchen ausgesetzt und dessen Inanspruchnahme ist aufgrund divergierender Interessen häufig ein Streitthema. Dieser Sammelband soll die aktuelle Diskussion aufzeigen, die auf dem Weg zu einer Reduktion der Flächenneuanspruchnahme von den verschiedenen Akteuren geprägt wird. Dabei reicht der Blick von der Bundespolitik bis zur kommunalen Ebene und von der wissenschaftlichen Theorie bis zur planerischen Praxis.

2005. 207 S., zahlreiche Abb. und Tab., ISBN 3 7983 1994 4

15,00 €



Nr. 55

Tobias Höpner

## Standortfaktor Image Imageproduktion zur Vermarktung städtebaulicher Vorhaben am Beispiel von „Media-Spree“ in Berlin

Was verbindet städtebauliche Projekte mit Turnschuhen und Zigaretten? – Wenn das Angebot größer als die Nachfrage ist, wird die Imageproduktion zu einem wesentlichen Faktor der Vermarktung. Verkauft wird dann nicht nur das Produkt als solches, sondern die durch Werbestrategien erzeugte Erwartungshaltung, dass das Produkt gut sei. Anhand des Marketingkonstrukts „Media-Spree“, einem Zusammenschluss mehrerer Immobilienentwickler mit Grundstücken und städtebaulichen Projekten entlang der Spree im östlichen Innenstadtbereich Berlins, wird in diesem Buch gezeigt, wie stadträumliche Imageproduktion funktioniert. Welche Mittel und Strategien werden dazu eingesetzt? Aus welchen Inhalten und Bildern setzt sich ein komplexes Image zusammen? Welche Wirkung entfalten diese Bestandteile im Zusammenspiel untereinander?

2005. 92 S., zahlreiche Abb. und Tab., ISBN 3 7983 1957 X

12,00 €

# Portrait des Instituts für Stadt- und Regionalplanung

---

Menschen beanspruchen in sehr unterschiedlicher Art und Weise ihren Lebensraum. Die damit verbundenen Auseinandersetzungen um verschiedene Nutzungsansprüche an den Boden, die Natur, Gebäude, Anlagen oder Finanzmittel schaffen Anlass und Arbeitsfelder für die Stadt- und Regionalplanung. Das Institut für Stadt- und Regionalplanung an der Technischen Universität Berlin ist mit Forschung und Lehre in diesem Spannungsfeld tätig.

## Institut

Das 1974 gegründete Institut setzt sich heute aus acht Fachgebieten zusammen: Bestandsentwicklung und Erneuerung von Siedlungseinheiten, Bau- und Planungsrecht, Örtliche und Regionale Gesamtplanung, Planungstheorie, Städtebau und Siedlungswesen, Stadt- und Regionalökonomie, ebenso gehört die Denkmalpflege und das Fachgebiet "Raumplanung im internationalen Kontext" zu den Stützen des Studiums. Die zunehmende Auseinandersetzung mit ökologischen Belangen und Belangen des Geschlechterverhältnisses in der Planung führten zu einer Erweiterung der Ausbildung um Gender-Planning, Ökologie und Landschaftsplanung.

## Studium

Stadt- und Regionalplanung an der Technischen Universität Berlin ist ein interdisziplinärer Bachelor-/ Masterstudiengang. Die Studierenden lernen, bezogen auf Planungsräume unterschiedlicher Größe (vom Einzelgrundstück bis zu länderübergreifenden Geltungsbereichen) planerische, städtebauliche, gestalterische, (kultur-)historische, soziale, wirtschaftliche, ökologische Zusammenhänge zu erfassen, in einem Abwägungsprozess zu bewerten und vor dem Hintergrund neuer Anforderungen Nutzungs- und Gestaltungskonzepte zu entwickeln.

## Forschung

Die Forschungsaktivitäten der Fachgebiete des ISR sind eingebettet in die fünf fakultätsweiten Forschungsschwerpunkte. In diesen Schwerpunkten wurden und werden zahlreiche Forschungsprojekte im In- und Ausland durchgeführt.

- » Gestaltung neuer städtischer Lebenswelten (beispielhaft für das ISR: die Forschungsprojekte zur Kreislaufwirtschaft in der städtischen und stadtreionalen Flächennutzung (Fläche im Kreis) in Zusammenarbeit mit difu für BBR)
- » Revitalisierung städtischer Quartiere sowie Suburbanisierung (beispielhaft für das ISR: Vier Projekte zum weiteren Umgang und der Weiterentwicklung von Strategien und Optionen für die fünf Berliner Entwicklungsmaßnahmen für den Berliner Senat.)
- » Entscheidungs-, Prozess- und Wissensmanagement (beispielhaft für das ISR: Anwendungsstudie zum regionalen Flächennutzungsplan, 2003 für Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn)
- » Globalisierung, internationale Kooperation und Raumentwicklung (beispielhaft für das ISR: Planungen für den Öffentlichen Raum in Paris in Kooperation mit der MSH Paris)

Das Institut für Stadt- und Regionalplanung ist sowohl über Forschungs- und Studienprojekte als auch über Promotionen, Diplomarbeiten sowie über Kontakte des wissenschaftlichen Personals einschließlich der Lehrbeauftragten mit Akteuren der stadtplanerischen Praxis verbunden.

Weitere Informationen über das ISR finden Sie auf der Homepage des Instituts unter:

<http://www.isr.tu-berlin.de/> und über das vierteljährlich erscheinende Faltblatt „**ereignIS.Reich**“, das Sie regelmäßig und kostenlos per Mail oder Post beziehen können.